

D7426E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 10/Oktober 1985

16. Jahrgang

2,50 DM



Südafrika: Die Erhebung

Weltraumrüstung ● Pazifik
Sowjetunion-Serie
Bolivien

Inhalt

Kommentar

Südafrikasanktionen – kein Thema für Bonn? 3

Südafrika

Die belagerte Volkserhebung 4
Interview mit Allan Boesak (UDF) 6
Erklärung Oliver Tambos (ANC) 8
Gespräch mit Alfred Nzo (ANC) 12

Uganda

Palastrevolte oder Neubeginn? 14

Pazifik

Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik 16

SONDERTEIL

WELTRAUMRÜSTUNG

Die Nichtmilitarisierung des Alls miterzwingen 18
SDI – Reagans Programm für den Erstschatz 19
ABC der Weltraumrüstung 21
Stationen der Weltraumnutzung 22
EUREKA – eine zivile Alternative? 24
Auswirkungen der Weltraumrüstung für die Dritte Welt 26
Weltraumrüstung und Kriege in der Dritten Welt 34
Dokumente zur Weltraumrüstung 39
Aktions- und Materialspiegel 42

Bolivien

Die Wahl des „kleinen Übels“ 45

El Salvador

FMLN: Für eine revolutionäre Einheitspartei 46

Sowjetunion und dritte Welt

Handel und Hilfe 48

Jugend und Studenten

12. Weltjugendfestspiele 51

Frauen

Weltforen von Nairobi 52

Kultur

Schattentage – ein Roman aus dem Alltag der Apartheid 54
Rambo II – Revanche für Vietnam 55

Lesermeinungen, Standpunkte

56

BRD-Infodienst

57

Kurzinformationen

Haiti, Guadeloupe, Mittelamerika, Mexiko, Chile, Naher Osten, Kampuchea, Iran, Sri Lanka, Indien, Nigeria 58



Südafrika

S. 3

Auch nach Bothas Verhängung des Ausnahmezustands dauert in Südafrika die Erhebung der rechtlosen Mehrheit an. Die Vorstädte geraten außer Kontrolle des Apartheidregimes. Arbeiterstreiks kündigen sich an...

An welchem Punkt ist der Volkswiderstand angelangt? Wer trägt ihn? Wer führt ihn an? A. Nzo, O. Tambo, A. Boesak und Ch. Sodemann geben Antworten.

Pazifik

S. 16

Wer und was steht hinter der Versenkung eines „Greenpeace“-Schiffes in Neuseeland? Es hatte sich gerade angeschickt, gegen neuerliche Atomwaffentests vor Ort zu protestieren. Und das just nachdem die Staatschefs der südpazifischen Inselwelt einen Pakt für einen atomwaffenfreien Pazifik abgeschlossen hatten...

Weltraumrüstung

S. 17

Die Reagan-Administration forciert die Militarisierung des Weltraums. Das zeigt ihr umstrittenes SDI-Programm. Das unterstreicht ihr Test von Antisatellitenwaffen Mitte September d.J.

Worin liegen die globalen Gefahren der Weltraumrüstung? Wie beeinflusst sie die künftige Kriegführung in der Dritten Welt? Welche sonstigen Folgen beschert sie den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas? Und was läßt sich dagegen tun?

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, D. Engels, H. Huß, S. Mausfeld, I. Rein, M. Schuck, P. Schüft,

Redaktionsschluß: 4. 9. 1985

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** in der Regel einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. **Spätester Termin:** 15. November

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weitkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Team-Feisen, Pahl-Rugenstein, Verlag Neue Gesellschaft, MERIP-Reports, Solidaritätsshop Dritte Welt, Wechselwirkung, Sozialismus, Röderberg, links, Brasilien Nachrichten, Arbeitskreis Dritte Welt,

Titelbild: Antipartheid-Demonstration in Südafrika
Fotonachweis: US-State Department, NASA, D. Engels, APN, Neue Perspektiven, Granma, ANC, Notisal

Kommentar: Südafrikasanktionen – kein Thema für Bonn?

Südafrika, ein Paradies für Investitionen, das entwickeltste afrikanische Land – das wird auf Hochglanzpapier von südafrikanischer Propaganda in die halbe Welt verkündet. Und auch Behauptungen wie: „Südafrikas Arbeiter, die bestversorgten auf dem afrikanischen Kontinent“ werden, mit entsprechenden Fotos, in vielen Ländern verbreitet. So in der Bundesrepublik, wo Pretoria seine Propaganda ungehindert verbreiten darf. Doch die Wirklichkeit in Südafrika sieht anders aus.

Die „normale“ Apartheid mit ihren Gesetzen und Kontrollen reicht nicht mehr aus, um den Widerstand des südafrikanischen Volkes zu unterdrücken. Die Regierung Pieter W. Bothas verhängte denn auch Ende Juli d.J. den Ausnahmezustand in 36 Bezirken des Landes (siehe Beitrag von Ch. Sodemann).

Und nicht nur in Südafrika wächst der Widerstand, weltweit findet das südafrikanische Volk immer mehr Solidarität und Unterstützung von zahllosen Organisationen und Anti-Apartheid-Bewegungen.

Kernstücke der Forderungen der Anti-Apartheid-Bewegungen in den westlichen Staaten sind Aktionen für den Abbruch aller wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und anderen Beziehungen, solange Südafrika unter der Apartheid leidet.

Diese Forderung wird auch vom Widerstand in Südafrika selbst vertreten. Nach einer kürzlich durchgeführten repräsentativen Umfrage in Südafrika sprechen sich mehr als 77% der nichtweißen Bevölkerung für Sanktionen aus, obwohl zahlreiche Befragte eine Verschlechterung ihrer augenblicklichen Lage, etwa den Arbeitsplatzverlust, befürchteten. Doch sie betonten, daß sie bereit seien, auch Opfer für die Befreiung ihres Landes von der Apartheid zu bringen. Doch all das findet in den verantwortlichen Kreisen unseres Landes nur sehr wenig Resonanz.

Lediglich der Deutsche Sportbund (DSB), erklärte, jeden Kontakt zu südafrikanischen Sportorganisationen seitens seiner Mitgliedsorganisationen zu untersagen, wofür er Rückendeckung durch Politiker der Regierungspartei FDP erhielt. Zwar ist der Abbruch dieser Beziehungen seit langem eine Forderung der demokratischen Bewegung der BRD. Doch heute, angesichts der explosiven Situation in Südafrika und der anhaltenden wirtschaftlich-politischen Beziehungen der BRD zu Südafrika, ist diese Maßnahme allein ein Hohn.

Denn genau an jenem Punkt, wo es um lukrative Geschäfte geht, wo Super-

profite aus der billigen schwarzen Arbeitskraft auf dem Spiel stehen, hört die Sanktionsbereitschaft bundesdeutscher Stellen auf.

Daran hat auch der Entschluß Ronald Reagans vom 9. September d.J., einige kosmetische und zeitlich begrenzte Sanktionen zu verhängen (Einfuhrverbot für Krügerrands falls die wichtigsten Handelspartner zustimmen und geringe Einschränkungen bei Lieferungen von Computern und Nukleartechnologie sowie bei der Gewährung von Krediten), um ein strengeres Boykottgesetz durch den US-Kongreß zu verhindern, nichts geändert.

Die EG sah sich danach allerdings unter Zugzwang. Sie will jegliche neue (nicht etwa die bereits bestehende) atomare Zusammenarbeit mit Südafrika verbieten, paramilitärische Lieferungen beenden und die kulturelle Zusammenarbeit einschränken.

Doch auch das hat Bonn nicht veranlaßt, wenigstens in diesen Bereichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Bundesregierung erfülle diese Forderungen bereits, hieß es. Das Kulturabkommen, soll nicht etwa gekündigt werden, sondern „die auf die Förderung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gerichteten Ziele“ will man verstärken.

Daß die EG selbst hinter Reagans Beschlüssen zurückblieb, lag u.a. am Widerstand Bonns und Londons. Großbritannien lehnte es sogar ab, die jetzt beschlossenen zaghafte Maßnahmen mitzutragen.

Doch gerade die Regierung Helmut Kohls und Maggie Thatchers hätten Grund, wirtschaftliche Sanktionen anzupacken. Denn britische und bundesdeutsche Banken sind führende Kreditgeber an private und staatliche Stellen in Südafrika.

Aus beiden Staaten haben Hunderte von Unternehmen in Südafrika investiert. Die großen Konzerne beider Länder haben ganz selbstverständlich Zweigniederlassungen in Johannesburg, Pretoria oder Kapstadt. Diese Kontakte sind nicht nur lebenswichtig für die südafrikanische Wirtschaft, jede Mark, jedes Pfund und trotz aller Beschlüsse von US-Banken auch die immer noch nach Südafrika fließenden Dollars entlasten die Kriegskasse der südafrikanischen Regierung.

Sie verschaffen ihr Spielraum für ihren Krieg gegen das eigene Volk, die völkerrechtswidrige Besetzung Namibias und die Angriffe gegen souveräne Nachbarstaaten, auch wenn sie für sog. „zivile Zwecke“ nach Südafrika exportiert werden.

Doch damit nicht genug. Noch immer verstößt die Bundesrepublik gegen das 1977 vom UN-Sicherheitsrat beschlossene, verbindliche Rüstungsembargo gegen Südafrika.

Seit 1977 sind mehr als 350 Verstöße seitens der BRD gegen das Rüstungsembargo bekannt geworden. Und erst kürzlich lieferte die Münchner Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) fünf Hubschrauber an die südafrikanische Polizei, die für den Kampf gegen die Schwarzen in den schwarzen Wohnsiedlungen, den Townships, eingesetzt werden.

Angesichts dieser Situation ist es dringlich, daß hierzulande mehr Druck auf die Regierung Kohl ausgeübt wird, um sie dazu zu zwingen, sich den Initiativen anderer europäischer Staaten anzuschließen. Oder muß in der BRD die Frage gestellt werden, ob die Äußerung des britischen Labourpolitikers David Martin – auf das Verhältnis der Bundesregierung zur Wirtschaft bezogen – Berechtigung hat: „Die konservative Partei kann es sich, einmal direkt gesagt, gar nicht erlauben, sich gegen die Apartheid zu stellen. Die Regierungspolitik ist doch von diesen Firmen (die Beziehungen zu Südafrika haben; d. Red.) kollektiv gekauft.“ (Frankfurter Rundschau, 30.8.1985)

Martin belegte dies mit der Höhe des Spendenaufkommens der Konservativen Regierungspartei durch Unternehmen, die am Südafrikageschäft beteiligt sind. Der Befreiungsprozeß des südafrikanischen Volkes wird sich durch die menschenverachtende Politik der Herrschenden in der BRD allenfalls verzögern lassen. Auch ihre Haltung wird die endgültige Abschaffung der Apartheid in Südafrika nicht verhindern können. Sie müssen sich jedoch vorwerfen lassen, daß sie für die fortdauernde Unterdrückung der Mehrheit in Südafrika mitverantwortlich sind, solange von ihrer Seite keine eindeutige Sanktionspolitik gegen das Botha-Regime betrieben wird.

Marianne Kolter



Christoph Sodemann

Die belagerte Volkserhebung



Begräbnisdemonstrationen wie hier mit Bischof Tutu im Township KwaThema sind mittlerweile verboten

Nur durch eine wahre Knüppelorgie und den Einsatz von Tränengas und Schusswaffen konnten südafrikanische Polizei- und Militäreinheiten am 28. August d.J. den Marsch Tausender aus den schwarzen Vorstädten Kapstadts zum Pollsmoorgefängnis verhindern, wo seit 3 Jahren der zu lebenslanger Haft verurteilte ANC-Führer Nelson Mandela einsitzt.

Tags zuvor wurde der Geistliche Allan Boesak in Isolationshaft genommen. Der Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen und Schirmherr der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) wurde von den Behörden beschuldigt, Initiator dieser bislang einmaligen Solidaritätsaktion für Mandela zu sein.

Noch am Abend des 28. August tobte sich die weiße Soldateska in den Townships aus: 15 Schwarze mußten allein in den Ghettos der Kaphalbinsel sterben, weitere 5 in anderen Teilen des Landes. Die Ereignisse in Kapstadt sind der jüngste Höhepunkt einer Auseinandersetzung, die mittlerweile Formen eines offenen Bürgerkrieges angenommen hat. Noch hält das weiße Apartheidregime in Pretoria genügend Gewaltinstrumente in der Hand, um den nicht nachlassenden

Ansturm der Schwarzen niederzuwerfen.

Doch immer lauter und häufiger wird bei Demonstrationen und den täglichen Beerdigungszügen der Ruf: „Tambo, gib uns Waffen!“ – „Nein zur Südafrikanischen Armee – Ja zu Umkhonto we Sizwe“ (Speer der Nation, bewaffneter Arm des ANC). Ein seit Jahren drohender blutiger Kampf um die Macht, vor allem von Repräsentanten der Kirche an die Adresse des Regimes mahnend beschworen, scheint inzwischen unvermeidlich.

„Tambo gib uns Waffen!“

Seit August 1984 lodert die Volkserhebung, die heute weite Teile des Landes überzogen hat. Ausgangspunkt waren die sog. Wahlen für das Dreikammernparlament (Ende August 1984; d. Red.), die den Ausschluß der schwarzen Bevölkerungsmehrheit von der Macht zementieren sollten. Nur wenige Wochen später folgten Miet- und Gebührenerhöhungen in den Townships (Vorstädte), die eine ohnehin explosive Stimmung zum Entladen brachten.

Während die Unruhen nun seit Monaten fort dauern, immer wieder neue Zentren des Aufstandes entstehen, setzt das Regime einzig auf eine „Lösung“, den Gewalteinsatz und dessen ständige Eskalation: Bis Mitte Juli sind mindestens 500 Tote zu beklagen, darunter nur drei Weiße. Tausende sind verletzt und mehr als 10.000 Personen sind im Zeitraum von August 1984 bis Mitte Juli d.J. verhaftet worden.¹

Zu einem der entsetzlichsten Massaker kam es am 9. Juli d.J. in der Township Kwathema bei Johannesburg während einer Trauerfeier für vier von der Polizei erschossene Männer. Die Trauergemeinde versammelte sich in einem Kino, woraufhin die Polizei Tränengas in den vollbesetzten Saal feuerte. Die Menge rannte in Panik hinaus und wurde von einem Kugelhagel empfangen, in dem neun Menschen starben und zahlreiche schwer verletzt wurden.²

Anfang Juli d.J. wurden an verschiedenen Orten die verkohlten und grauenhaft verstümmelten Leichen von vier entführten Mitgliedern der schwarzen Bürgervereinigung von Cradock in der östlichen Kapprovinz gefunden. Zur Trauerfeier für die ermordeten Führer der „Cradock“

(Cradock Residents' Association) kamen annähernd 100.000 Menschen in das Stadion der kleinen Stadt.

Einen Tag später verkündete Staatspräsident Botha den Ausnahmezustand, um – wie er zynisch erklärte – „das Klima für einen fortgesetzten Dialog zu schaffen“.³

Am 31. Juli d.J. wurde schließlich auch das Trauern verboten. Es darf nur noch in geschlossenen Räumen einer Person gedacht und von einem Priester gepredigt werden. Öffentliche Trauermärsche sind nicht mehr erlaubt.⁴

Unter die Notstandsregelungen aufgrund des Public Security Act von 1953 fallen etwa 5,3 Mio Menschen in 36 Magistratebezirken (von 332), die den Großraum Johannesburg/Soweto, die Bergbaustädte im östlichen Witwatersrandgebiet und Port Elizabeth sowie andere Städte in der östlichen Kapprovinz einschließen.

Ausnahmerecht: Trauer verboten

Unmittelbar nach Ausrufung des Ausnahmezustands wurden Straßensperren errichtet und setzten Massenverhaftungen ein, bei denen mindestens weitere 2.000 Personen festgenommen wurden. Die Notstandsregelungen ermöglichen generelle Veranstaltungsverbote und Ausgangssperren. Und sie ermächtigen die Polizei zu sämtlichen Gewaltmaßnahmen, ausdrücklich auch solcher mit tödlicher Folge, wenn Aufforderungen, die „mit lauter Stimme“ ergangen sind, nicht befolgt werden. Die Presse unterliegt schärfster Zensur.

Verstöße gegen das Ausnahmerecht werden mit Gefängnis bis zu 10 Jahren und Geldstrafen bis zu 20.000 Rand geahndet. Bemerkenswert ist vor allem die Festlegung, daß Inhaftierte künftig **unbegrenzt** (vorher bis zu 6 Monaten) in Isolationshaft gehalten werden können, und ferner die Aufnahme einer Immunitätsklausel, die **allen Beamten** bei möglichen Straftaten „in Ausübung ihrer Pflichten“ **vorab** Straffreiheit zusichert. Im Kern bedeutet der ausgerufenen Notstand jedoch kaum eine Veränderung der Rechtslage, da die ansonsten gültigen Bestimmungen des Internal Security Act ohnehin die Situation eines permanenten Ausnahmerechts geschaffen haben. Zuletzt war der Ausnahmezustand im März 1960 nach dem Massaker von Sharpeville verhängt worden, zeitgleich mit dem Verbot von ANC und Panafrikanischem Kongreß (PAC).

Die Erfahrungen des Regimes damit waren durchaus zwiespältig: Zwar wurde der Widerstand zu einer jahrelangen Reorganisation seiner Kräfte gezwungen, doch erschütterte das sechsmonatige Notstandsregiment im Ausland den

Glauben an die Stabilität des Regimes und führte zu einem drastischen Rückgang von Handel und Investitionen.

Warum dann zum gegenwärtigen Zeitpunkt diese Maßnahme, deren Zwieschlächtigkeit für das Regime auch heute offenkundig ist? Heute, knapp 1 Monat später, führten der Abzug ausländischen Kapitals und ein geradezu dramatischer Kursverfall der Landeswährung – in nur 2 Wochen fiel der Kurs des Rand um 30% – zu einer vorübergehenden Schließung der südafrikanischen Börse und der Einstellung von Devisen- und Aktienhandelsgeschäften. „Die Börsen sind empfindliche Barometer“, schreibt die Frankfurter Allgemeine besorgt, „sie spüren früher als andere heraufziehende Unwetter. Offenbar sehen sie schwere Zeiten anbrechen für das Land.“⁵ Wenn sich Pretoria dennoch zur Verhängung des Ausnahmerechts entschloß, dann um die Machtausübung in den Unruhegebieten direkt an die Militär- bzw. Polizeiführung zu delegieren. Das Regime verfolgt dabei vorab ein Ziel: die Ausschaltung der UDF!

Denn in den nur 2 Jahren seines Bestehens hat es dieses Oppositionsbündnis verstanden, die Beteiligung von über 700 Organisationen zu gewinnen und zu einer Massenorganisation mit wohl 2-3 Mio Mitgliedern zu werden. Das in der UDF vereinte Spektrum reicht von „Grassroots“-(Basis-)Bewegungen und Gewerkschaften bis hin zu namhaften kirchlichen Kräften (B. Naudé, A. Boesak, D. Tutu), und bezieht auch Farbige, Inder und Weiße gleichberechtigt ein. Folgerichtig ist auch das Programm der UDF, das sich an Forderungen der Freiheitscharta des ANC (Grundsatzerklärung von 1955; d. Red.) anlehnt, geeignet, nicht nur alle sozialen Schichten der unterdrückten schwarzen Mehrheit (25 Mio) in die Konfrontation mit dem Apartheidregime zu führen, sondern auch für die Farbigen, Inder und einen großen Teil der immerhin 4,5 Mio Weißen des Landes eine realistische Perspektive zu weisen.

Im Schutz ihrer Panzerwagen schießt die Polizei wahllos in die Menge



Dieses Programm ist zu einem Kristallisationspunkt geworden, der die meisten der oppositionellen Kräfte zusammenschmolzen hat, welche den sofortigen Sturz der Apartheidherrschaft wollen. Wagte das Regime bislang nicht, ein direktes Verbot der UDF zu verlängern, so soll die wichtigste noch legale Oppositionskraft nun durch die Bestimmungen des Notstands illegalisiert und zerschlagen werden.

Die UDF ausschalten!

Die meisten der jetzt Inhaftierten gehören denn auch zur Führung oder Mitgliedschaft der UDF, für die ein legaler Wirkungsrahmen faktisch nicht mehr existiert. Bereits im Frühjahr 1985 wurden 16 Führungsmitglieder der UDF wegen „Hochverrats“ vor Gericht gestellt. Im September d.J. soll nun ein zweiter „Hochverrats“prozeß vor dem Obersten Gerichtshof in Pretoria beginnen.

Bei ihm sind neben Mitgliedern der Azanischen Volksorganisation (AZAPO), einer Reihe von Bürgerkomitees und einem Mitarbeiter des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC) auch der bisherige UDF-Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit, Patrick „Terror“ Lekota, und UDF-Generalsekretär Popo Simon Molefe angeklagt. Mit den Prozessen gegen die Spitzenkader der UDF, denen dabei die Todesstrafe drohen kann, soll nach dem Vorbild des berühmten „Hochverrats“-prozesses von 1956 die Führungsarbeit dieser Organisation über Jahre gelähmt werden.

Die Rassisten schrecken indes auch nicht vor der direkten Liquidierung von UDF-Mitgliedern zurück. Anfang Juli d.J. gab UDF-Sprecher Morobe bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt 11 Führer der UDF oder einer ihrer Mitgliedsorganisationen von Todesschwadronen ermordet worden waren, 27 weitere entführt oder vermißt wurden, und auf zahlreiche Häuser und Autos von UDF-Mitgliedern Bom-

ben- und Brandanschläge verübt worden waren.⁶

Anfang August d.J. wurde Victoria Mxenge grausam ermordet. Sie war Verteidigerin im UDF-, „Hochverrats“-prozeß und Frau des 1981 ebenfalls ermordeten Rechtsanwalts Griffiths Mxenge. Entgegen der Ankündigung Bothas, mit der Verhängung des Ausnahmezustands die Rechtsordnung und Stabilität im Land wiederherzustellen, eskalierten die Polizeigewalt und die militanten Auseinandersetzungen weiter.

Abgesehen von der erneuten Verhaftungswelle ist die Todesrate drastisch auf über 150 Opfer innerhalb nur 1 Monats gestiegen. Nach dem Mord an V. Mxenge entflammten Aufstände in den Townships um die Hafenstadt Durban, einer Region, die bis dahin relativ ruhig geblieben war.

Diese Entwicklung bestätigt die Einschätzung des ANC: „Botha hat zuge-

geben, daß der einzige Weg zur Wiederherstellung der Apartheidherrschaft in den Townships in der Einführung des Kriegsrechts besteht. Er kann nicht mehr in der alten Weise regieren... Machen wir es durch den Kampf unmöglich, daß unser Feind in der neuen Weise regieren kann.“⁷

Ist nun also schon eine revolutionäre Situation in Südafrika schon herangereift oder behält der Londoner Economist Recht, der vermutet, daß die weißen Herrscher, die Sharpeville um ein Vierteljahrhundert überlebt haben, möglicherweise auch die gegenwärtige Krise weitere 25 Jahre lang überstehen werden?⁸ Wie stark hat die Opposition bereits an den Bastionen des Apartheidsystems gerüttelt? Und welche kurz- und mittelfristigen Perspektiven können die unterschiedlichen Kräfte des Widerstands aufzeigen?

Zunächst soll hier in einer Standortbe-

stimmung bilanziert werden, was der Widerstand bislang erreicht hat und wo noch Schwächen des revolutionären Kampfes liegen:

Der von den Farbigen und Indern weitgehend befolgte Boykott der Wahlen zum Dreikammernparlament im August 1984 hat die sog. Verfassungsreform und damit ein Kernstück der „totalen Strategie“ und Botha'scher „Reformpolitik“ zum völligen Scheitern gebracht.

Anfang des Jahres rief der ANC dazu auf: „Macht Südafrika unregierbar!“⁹ Mittlerweile ist die Verwaltung in den schwarzen Townships zusammengebrochen, hat die Regierung die administrative Kontrolle verloren. Von den seit 1982 eingeführten 34 schwarzen „Stadtparlamenten“ – auch ein Teil der weißen „Reformpolitik“ – existierten bereits im April d.J. nur noch drei.¹⁰

Dies ist in erster Linie auf die militanten Aktionen gegen die schwarzen Kollabo-

Interview mit Allan Boesak Der Widerstand wird nicht aufhören!

Am 27. August d.J. nahm die südafrikanische Polizei den Pfarrer Allan Boesak (39) fest. Er hatte zu einer Demonstration in Kapstadt für die Freilassung Nelson Mandelas, des seit 1964 eingekerkerten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), aufgerufen. A. Boesak ist Präsident des Weltrates Reformierter Kirchen und gleichzeitig Führungsmitglied der Vereinigten Demokratischen Front (UDF).

(...) **FRAGE:** Was sollte jetzt unternommen werden?

A. BOESAK: Wir sollten der Regierung zeigen, daß keine Machtdemonstration und keine noch so große Gewaltanwendung unsere Entschlossenheit frei zu sein, stoppen kann. Zweitens sollte die Welt endlich beginnen, sich darüber klar zu werden, daß sie in dieser Angelegenheit auf der richtigen Seite stehen sollte.

Die westliche Welt erzählt uns immer wieder, daß sie uns nicht unterstützen kann, wenn wir Gewalt anwenden. Wir haben dieser Regierung für viele Jahre gewaltlos Widerstand geleistet. Wir bitten die Welt darum, uns bei diesen gewaltfreien Maßnahmen, wie wirtschaftliche, politische und diplomatische Druckausübung auf Südafrika, zu unterstützen.

Ich hoffe, daß die USA und Großbritannien in irgendeiner Form handeln.

FRAGE: Wird der Widerstand aufhören?

A. BOESAK: Nein, das wird nicht geschehen. Wir haben hier eine entscheidende Phase erreicht.

Man muß sich nur einmal die Jugendlichen ansehen, die daran teilnehmen, um einzusehen, daß es für die Regierung nicht so einfach sein wird, daran zu glauben, daß sich der Widerstand legt.

FRAGE: Würden Sie sich mit Botha treffen?

A. BOESAK: Nein. Herr Botha hat kein Interesse daran, die wahren Führer unseres Volkes zu treffen, die er in den Gefängnissen festhält.



Allan Boesak, Schirmherr der UDF

Er ist nicht daran interessiert, den Frieden in Südafrika wiederherzustellen, indem er die Apartheid abbaut. Er hat kein Interesse daran, den Schwarzen einen Anteil an der Regierung zu geben oder den Ausnahmezustand aufzuheben.

Ich werde mit Herrn Botha nur reden, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird und er das Versprechen gibt, daß zumindest die politischen Gefangenen freigelassen und die Apartheid abgebaut wird.

FRAGE: Können Sie ein langfristiges Szenario für Südafrika formulieren?

A. BOESAK: Es ist augenblicklich sehr schwierig, über die Apartheid hinauszusehen, weil dieses Monstrum sich immer noch auf der Erde bewegt. Wenn wir die Apartheid so schnell wie möglich loswerden und die Gewalt, die dieses System unausweichlich mit sich bringt, überwinden können, würde ich es begrüßen, eine offene, nichtrassische Demokratie, an der alle Menschen Südafrikas wirklich teilnehmen, zu sehen.

FRAGE: Meinen Sie, daß eine Regierung der Mehrheit durch Gewalt oder durch eine eventuelle Machtteilung mit den Weißen entstehen wird?

A. BOESAK: Ich benutze den Ausdruck Mehrheitsregierung niemals, weil es bedeutet, daß man in die Falle rassischen oder ethnischen Denkens zurückfällt, was Südafrika schon so viele Verletzungen zugefügt hat. Die Art und Weise, in der hier eine Demokratie aufgebaut würde, hängt in starkem Maße von den Weißen ab. Der Schlüssel zu einer sofortigen friedlichen Wende liegt nicht in den Händen der Schwarzen, sondern in denen der Weißen.

Sie haben die politische Macht, es ist ihre Regierung. Sie können morgen darüber entscheiden, ob sie wollen, daß die Regierung mit echten schwarzen Führern verhandeln soll, und sie können verlangen, daß Präsident Botha Nelson Mandela freiläßt. (...)

FRAGE: Welche Wirtschaftspolitik würde von einer Regierung der Schwarzen verfolgt?

A. BOESAK: Die meisten Schwarzen würden wahrscheinlich eine gewisse sozialistische Struktur dem Kapitalismus vorziehen. Hier existiert wenig Vertrauen zum Kapitalismus. (...)

(Quelle: Newsweek, Washington, 12.8. 1985)

rateure zurückzuführen, die sich als „Stadträte“ für die Verwaltung der Apartheid-Mißwirtschaft auf Kosten der Bevölkerung hergegeben haben. Über 100 Kollaborateure wurden verprügelt, fünf getötet und 66 Häuser von „Stadträten“ gingen in Flammen auf. Die meisten „Stadträte“ räumten daraufhin fluchtartig ihren Posten, manche mit der Ankündigung, „zu ihrem Volk zurückzukehren“.¹¹

Der ANC hat im Juni 1985 auf seiner Nationalen Beratenden Konferenz diese sehr wirkungsvollen Aktionen ausdrücklich gutgeheißen. Die Townships oder Teile davon nun jedoch als „etwas Ähnliches wie befreite Gebiete“¹² zu bezeichnen, erscheint indes verfrüht. Sicherlich sind die schwarzen Vorstädte für vereinzelte Polizeikräfte heute zu „no-go areas“ (nicht betretbare Gebiete; d. Red.)¹³ geworden.

Angesichts des gewaltigen militärischen Übergewichts der Rassisten läßt sich die Lage in den Townships aber wohl eher als die Situation einer belagerten Volks-erhebung charakterisieren.¹⁴

In zweierlei Hinsicht unterscheidet sich die gegenwärtige Erhebung von den Ereignissen in Soweto 1976:

Zum einen blieben die Unruhen nicht mehr auf eine Region beschränkt, sondern breiten sich momentan im ganzen Land in zahlreichen Zentren aus – ein Faktor, der das Regime in Pretoria zunehmend in Bedrängnis bringt.

Unterschiede zu Soweto 1976

Einschränkend muß man allerdings feststellen, daß die Bevölkerung auf dem Land und in den „Homelands“ bei den Auseinandersetzungen noch mehr oder weniger abseits steht. Die Einbeziehung dieser Gegenden und ihrer Bevölkerung in den Kampf wird deshalb vom ANC als eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben betrachtet.

Zum anderen hat sich die soziale Basis der Erhebung in einem wichtigen Maße erweitert. 1976 konnten die aufständischen Schüler und Studenten nur sehr zögerlich und sporadisch die Unterstützung der schwarzen Arbeiterschaft gewinnen. Heute bilden die Schüler erneut ein mobilisierendes und vorwärtstreibendes Element des Kampfes, wie die bis heute andauernden mutigen Schulboykotts von zehntausenden Schülern, die oft noch nicht einmal 10 Jahre alt sind, belegen. Die Angst des Regimes vor dieser Schülerbewegung äußert sich nicht zuletzt im Ende August d.J. ausgesprochenen Bann (d.h. praktisch ein Verbot, des Kongresses Südafrikanischer Oberschüler (COSAS), einer UDF-Mitgliedsorganisation), die nahezu an jeder schwarzen Oberschule präsent ist.



Noch ist es ein ungleicher Kampf: Steine gegen Panzerwagen

Der gegenwärtige Aufstand gegen das Apartheidssystem wird zumindest von der gesamten Bevölkerung der Townships getragen, die ein soziales Spektrum von Arbeitern und Arbeitslosen, mittelständischen und subproletarischen Schichten umfaßt. Der bislang eindrucksvollste Beweis der aktiven Beteiligung der Arbeiterklasse an der Volkserhebung lieferte der von etwa 80% der Arbeiter in dem Industriegürtel des Transvaal befolgte zweitägige „Stay-Away“ im November 1984.

Schließlich haben sich die Kampfmethoden des Widerstands hin zu mehr Vielfalt und Effizienz entwickelt. Die Bereitschaft zur Militanz wächst täglich.

Ein vom Minister für Recht und Ordnung, le Grange, veröffentlichter Bericht verzeichnete 1549 gemeldete Gewaltaktionen allein im April d.J., gegenüber dem Vormonat März ein Anstieg um 30%. Eine Umfrage der britischen Sunday Times unter der schwarzen Bevölkerung ergab, daß sich 69% der Befragten für den bewaffneten Kampf und einen Bürgerkrieg aussprachen.¹⁵

Widerstand vorwiegend spontan

Ein schwarzer Jugendlicher beschrieb gegenüber der Johannesburger Sunday Times wie sich mit primitivsten Mitteln Anfänge eines Volkskrieges entwickeln: „In der Mitte der Straße wird eine Grube ausgehoben und mit benzingeüllten Plastiksäcken vollgepackt. Eine Blechplatte mit etwas Schotter tarnt die Falle. Sobald das Fahrzeug des Feindes festsetzt, wirft ein Kämpfer ein Streichholz in die Grube.“¹⁶

Auch die Guerillakämpfer des Umkhonto we Sizwe sind aktiver denn je: In den ersten 6 Monaten d.J. wurden bereits 44

Anschläge gegen Öltanks, Elektrizitätswerke, Eisenbahneinrichtungen und Gebäude von Bergbauindustrie und staatlicher Verwaltung verübt, ebensoviel wie im gesamten Jahr 1984 (der bisherige Höhepunkt lag 1983 bei 56 Anschlägen). Auf einer Pressekonferenz im Juni d.J. mußte Polizeimajor C. Williamson zugeben, daß der ANC über eine solide militärische Infrastruktur im Land selbst verfügt. Im übrigen ist dies ein deutliches Eingeständnis, daß der Vertrag von Nkomati und seine Absichten völlig fehlgeschlagen sind (siehe AIB 5/1985, S. 4ff.).

Dennoch ist offenkundig, daß die meisten militanten Aktionen spontanen Charakter tragen, überwiegend Ausbrüche der Verzweiflung gegen die Übermacht des weißen Militärapparates sind. Es ist kein Zufall, daß der ANC 1985 zum „Jahr des Kaders“ erklärt hat. Aus der Vielzahl der in der Tat „todesmutigen Patrioten“ sollen mehr Mitglieder für Umkhonto we Sizwe mobilisiert werden. Es bedarf der Aufstellung bewaffneter Einheiten, die heute schon politische Massenaktionen unterstützen, und ohne deren Eingreifen ein revolutionärer Sturz des Apartheidregimes wohl kaum möglich erscheint.

Auf ausgesprochen wirkungsvolle Weise haben in den letzten Wochen Käuferboykotts reichlich Sand in das Getriebe der Apartheidökonomie geschüttet.

Vor allem in den Städten der östlichen Kapprovinz haben Schwarze erfolgreich weiße Geschäfte boykottiert, so daß allein im 'North-End'-Viertel von Port Elizabeth 43 Geschäfte Umsatzeinbußen von 30-100% hinnehmen und zwei Läden sogar schließen mußten.¹⁷ Eine landesweite Ausdehnung solcher Aktionen hätte verheerende Folgen für die weiße Geschäftswelt, die weitgehend von

Oliver Tambo

Antwort auf Bothas Unnachgiebigkeitserklärung



ANC-Generalsekretär Oliver Tambo

Gestern Abend mußten sich das Volk Südafrikas sowie die übrige Welt eine anmaßende Bekräftigung Präsident P.W. Bothas anhören, daß das Apartheidsystem unverändert bestehen bleiben werde. Während jeder Mensch in unserem Land wie im Ausland, der seinen Verstand gebraucht, sagt, mit der Apartheid müsse jetzt Schluß sein, brachte die herrschende Gruppe nichts anderes fertig als sich als das zu zeigen, was sie ist — eine Clique absolut unverbesserlicher Rassisten, rücksichtsloser Reaktionäre und blutrünstiger faschistischer Größenwahnwärtiger, die sich um niemanden scheren als um sich selber.

Systematisch hat Botha alle und jegliche Maßnahmen abgelehnt, die von irgendwem noch als möglicher Beitrag zur Lösung des südafrikanischen Problems hätten hingestellt werden können. Er verschrieb dieselben Rezepte, die zur gegenwärtigen Krise geführt haben, die nun tagtäglich die Leben unserer Menschen verschlingt. Während er irreführenderweise und in zynischer Manier behauptete ein Demokrat zu sein, wies er vor allem bereits den Gedanken verächtlich von sich, alle Südafrikaner hätten das Recht, für eine Regierung ihrer Wahl zu stimmen. Er gelobte, das verbrecherische Bantustansystem zu verewigen, unser Land weiter zu balkanisieren und den Landraub an der afrikanischen Mehrheit aufrecht zu erhalten, die auf wenig mehr als 10% Südafrikas eingeschränkt ist.

Die Hand auf sein Herz gelegt, schwang er sich zu dem großen Verteidiger sog. Minderheiten auf und gab im selben Atemzug ein unzweideutiges Bekenntnis zur Unterdrückung der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes ab. Im Rahmen dieser Zielsetzung nahm er sich vor, das System der Zugangskontrolle weiter zu verfeinern sowie die Paßgesetze zu modernisieren und kosteneffektiv zu gestalten, so daß weitere Familien auseinandergebrochen und mehr Menschen in die Trostlosigkeit der Bantustans verschleppt werden können.

Botha bekräftigte seine Entschlossenheit, Nelson Mandela und die anderen politischen Gefangenen im Gefängnis zu halten, indem er anbot, ihre Entlassung in Betracht zu ziehen, wenn sie Bedingungen annähmen, die sie bereits zurückgewiesen haben und weiter-

hin ablehnen werden. Statt der Forderung unseres Volkes sowie der internationalen Gemeinschaft nachzugeben, diese wirklichen Führer unseres Volkes freizulassen und mit ihnen zu sprechen, versprach Botha mit seinen bezahlten Angestellten zu sprechen, die er aushält, damit sie ihm helfen, das verbrecherische Apartheidsystem zu verwalten. (...)

Seine besten Freunde im internationalen Bereich hat er bloßgestellt, indem er ihnen in unzweideutigen Worten sagte, er bedürfe ihrer Ratschläge nicht.

Diejenigen, die sich der Politik eines sog. „konstruktiven Engagements“ verschrieben haben, ernten nun die Früchte einer Politik, die lediglich die Halsstarrigkeit und Arroganz des Apartheidregimes bestärkt hat.

Vor all jenen, die er im weißen „Lager“ halten und dorthin zurücktreiben will, schwang er die Peitsche: Niemandem solle es einfallen, machte er deutliche, an irgendeinen anderen Weg aus der südafrikanischen Krise zu denken. (...)

Botha hat bestätigt, was wir bereits viele Male gesagt haben — daß die Apartheid nicht reformiert werden kann. Der Botha-Malan-Kurs hat unser Land bereits an den Rand des größten Flammenausbruchs in unserer Geschichte gebracht.

Die einzige gangbare und von den Massen unseres Volkes akzeptierte Lösung bewegt sich um die Freiheitscharta (von 1955; d. Red.) und die Strategie des ANC. Die Massen unseres Volkes demonstrieren, daß nur ein Punkt auf der Tagesordnung steht: Aktion. Die vor dem ANC und unserem Volk stehende Aufgabe ist klar: Das Botha-Regime muß vernichtet werden — das ist die allerdringlichste Aufgabe.

Der bewaffnete Kampf muß und wird verstärkt werden. Die Massen unseres Volkes, denen Botha einen totalen Krieg erklärt hat, müssen und werden die allgemeine Offensive, um die Apartheidorgane der Regierung zu zerstören, um das verbrecherische rassistische System funktionsunfähig und um Südafrika unregierbar zu machen, verstärken. Wir müssen unsere Einheit bewahren wie nie zuvor und allen Provokationen uns zu spalten, wie nur wenige Tage zuvor in Durban, eine Abfuhr erteilen.

Viele Weiße werden ihr Leben lassen, so wie

es die Schwarzen bereits mußten. Viel Besitz wird zerstört werden. Für diese unausweichlichen Konsequenzen hat Botha die Verantwortung zu übernehmen. Was uns betrifft, so verhielten wir uns nicht menschlich, würden wir uns zurücklehnen und hinnehmen, daß wir weiterhin unterdrückt und ausgebeutet werden sollten.

Diejenigen aus unserem Volk, die ihre Hoffnungen darauf gesetzt haben, Botha werde die Gangart wechseln und einräumen, daß es eine dringende Notwendigkeit für einen Wandel gibt, müssen all ihre Illusionen fahren lassen. Sie müssen gegen das Botha-Regime aktiv werden, um die Ziele zu verwirklichen, für die sie sich ausgesprochen haben und die dieses Regime nun mit völliger Verachtung abgelehnt hat. Ich spreche damit die Geschäftswelt unseres Landes an, die Freiberufler und Intellektuellen, die kirchliche Gemeinschaft und andere. Ihnen sagen wir: Eure eigenen Interessen bedingen, daß Ihr Euch dem Kampf für die Vernichtung des Frankensteinmonsters Apartheid anschließt. Die Zeit ist da, daß der Westen aufhört, den Anschein zu erwecken, er verfüge über irgendeinen anderen Weg, einen Wandel in Südafrika zu beeinflussen, als den der Verhängung von Sanktionen.

Angeichts des Faschismus in Europa vor 50 Jahren griffen alle, denen an der Verteidigung der Menschenwürde gelegen war, zu den Waffen, um eine Nazi-Diktatur zu schlagen. Der elementare menschliche Anstand verlangt, daß die gesamte Weltgemeinschaft sämtliche Verbindungen zu den neuen Nazis abbricht, deren Verkettung mit dem Verbrechen so weit geht, daß sie als Antwort auf die Apartheid-Südafrika treffende Krise die Aussicht auf weitere Massaker bereithalten.

Die Zwänge des Apartheidsystems treiben das Pretoria-Regime dazu, blind in den eigenen Untergang zu marschieren und auf seinem Weg verbrannte Erde zu hinterlassen. Wir als seine Opfer sind bereit, jedes erdenkliche Opfer zu bringen, um Gerechtigkeit und Demokratie auf der Grundlage des Prinzips „Eine Person — eine Stimme“ in einem einheitlichen Südafrika zu erreichen. Südafrika hat seinen Rubikon überschritten. Lusaka, 16.8.1985



Premierminister P. Botha (L.); der Ruf nach Sanktionen wird lauter — Demonstration in New York

schwarzen Käufern abhängig ist.

Von noch zentralerer Bedeutung sind natürlich die Entwicklung und das Niveau der Arbeiterkämpfe in Südafrikas krisengeschüttelter Wirtschaft. Dabei wird Südafrikas Goldbergbau, aus dem Pretoria etwa 40% seiner Deviseneinnahmen und knapp 1/4 des Staatshaushaltes schöpft, zunehmend zur Achillesferse des Apartheidsystems.

Mit 469 Streiks war 1984 ein Rekordjahr. 181.942 Arbeiter hatten die Zahl der Streiktage auf 378.712 hochgeschraubt. In den ersten 3 Monaten d.J. verzeichnete ein Regierungsbericht 87 Streiks (Vorjahr: 132), bei denen 68.000 (Vorjahr: 32.000) Arbeiter beteiligt waren; über 50.000 davon waren Bergarbeiter.¹⁸

Kennzeichnend für die von beiden Seiten mit zunehmender Härte geführten Auseinandersetzungen war im März 1985 der Streik in der weltgrößten Goldmine, der Vaal-Reefs-Mine bei Klerksdorp, die der Anglo-American-Corporation gehört. Ausgerechnet der Konzern des als „liberal“ geltenden Henry F. Oppenheimer entließ daraufhin 14.000 Bergarbeiter.

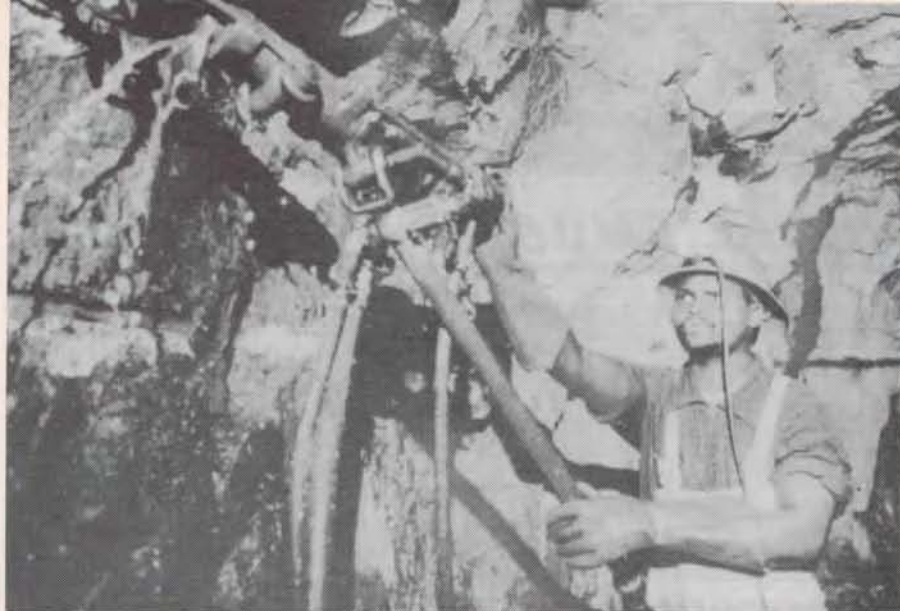
Die Wiedereinstellung fast aller „Miners“ muß jedoch als Verhandlungserfolg der Nationalunion der Minenarbeiter (NUM) gewertet werden, die sich als größte Einzelgewerkschaft mit – nach eigenen Angaben – über 200.000 Mitgliedern in jüngster Zeit wachsenden Respekt bei den Unternehmerverbänden verschafft hat.

„Geist aus der Flasche“

Eine neue Qualität der Arbeitskämpfe äußert sich in der immer häufigeren Koppelung von Streiks an Verbraucherboykotts und in einer stärkeren Anbindung der Gewerkschafts- an die politische Bewegung.

Der zweitägige politische Generalstreik in Transvaal im November 1984 war in diesem Zusammenhang ein nicht hoch genug einzuschätzender Schritt nach vorn. Trotz dieser enormen Fortschritte ist allerdings nicht zu übersehen, daß die Mehrheit der Gewerkschaftssanktionen sich noch auf ökonomistische Forderungen beschränkt, daß sie in erster Linie die Abwehr der Krisenerscheinungen und ihrer Folgen für die schwarzen Arbeiter zum Ziel hat.

Das zeigt auch der mit einem eindrucksvollen Votum der Bergarbeiter für Ende August d.J. beschlossene, dann aber zunächst von der NUM-Führung vertagte Streik in 18 Goldminen und 11 Kohlebergwerken an. Der schließlich Anfang September für sieben Bergwerke ausgereifene Streik wurde denn auch nur unzureichend befolgt.



Schwarzer Bergarbeiter: Ihre Streiks treffen den Nerv des Apartheidsystems

Neben der Forderung nach Aufhebung des Notstands und der Anerkennung des 1. Mai als Feiertag waren die eigentlichen Hauptforderungen Lohnerhöhungen um 23% und eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Mit ihrem Einlenken und einer deutlichen Steigerung des Lohnangebots stellten die Unternehmer ihren selbst in der gegenwärtigen Situation noch vorhandenen Möglichkeiten unter Beweis, durch „sozialpartnerschaftliches“ Agieren den Auseinandersetzungen ihre politische Brisanz wenn nicht zu nehmen, so diese doch zumindest kleinzuhalten.

„Wir müssen die kollektive Stärke der Arbeiterklasse nicht nur dazu nutzen, um die unmittelbaren ökonomischen Bedingungen dieser Klasse zu verbessern, sondern auch um demokratischen Wandel in unserem Land herbeizuführen“, erklärte zu Beginn des Jahres ANC-Präsident Oliver Tambo.¹⁹ Für die momentane Offensive zum Sturz des Apartheidregimes und ihren Ausgang wird es zur entscheidenden, zur „Gretchenfrage“, ob es gelingt, die Arbeiterkämpfe in den nationalen Befreiungskampf zu integrieren.

Insgesamt wird deutlich, daß der Widerstand in einem noch nie dagewesenen Maße Positionen im Kampf um die Macht erobert hat, die zum Sturz des Apartheidregimes führen können. Dennoch muß man die aktuelle Lage noch als vorrevolutionäre Situation begreifen.

Ob der Aufstand in einen revolutionären Umsturz einmünden wird oder ob die oppositionellen Kräfte erneut Rückschläge hinnehmen müssen, wird auch abhängen von der weiteren Entwicklung im Lager des Widerstands selbst und von der notwendigen Vertiefung von Widersprüchen und Rissen in der „Wagenburg“ der Weißen.

Ein Gradmesser für die Stärke der oppositionellen Kräfte insgesamt ist die Stärke der Organisationen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften. Seit Mitte

der 70er Jahre hatte das weiße Regime schwarze Gewerkschaften gebilligt, um ein Ventil für die befürchtete Eruption von Unzufriedenheit und Wut der schwarzen Arbeiter zu schaffen.

Die dann folgende Entwicklung charakterisiert der Guardian zutreffend so: „Die aufblühenden schwarzen Gewerkschaften stellen für die Regierung den Geist aus der Flasche dar, der nun nicht mehr zu bändigen ist.“²⁰

War die Situation in den Gewerkschaften zunächst von einer ungeheuren Zersplitterung geprägt, verursacht vor allem durch staatliche Repression und Verfolgung und eine rigide Arbeitsgesetzgebung, so zeichnet sich gegenwärtig die bevorstehende Bildung einer starken Einheitsgewerkschaft ab.

Die Überwindung der nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Probleme – so wurde nach einem Delegiertentreffen am 9. Juni d.J. in Soweto der für Oktober geplante Gründungskongreß erneut verschoben – ist inzwischen zu einer der drängendsten Aufgaben des Befreiungskampfes geworden.

Ringen um Aktionseinheit

Nicht von ungefähr haben der ANC (so in einem beschwörenden Appell des ANC-Exekutivrates vom 9. Mai d.J., siehe: AIB 8-9/1985, S. 12-13) und andere Gruppierungen und Persönlichkeiten zur Einheit gemahnt, die momentan die wichtigste und schärfste Waffe der Unterdrückten sei. Anlaß dazu boten u.a. gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der UDF und der AZAPO, die mehrere Opfer gefordert hatten.

Nach einer gemeinsam veranstalteten „Gedenk- und Friedensfeier“ in der Regina-Mundis-Kirche von Soweto am 16. Juni d.J. scheint dieser gefährliche Konflikt inzwischen jedoch beigelegt zu

SOZIALISMUS



**»WIR SCHAFFEN DAS
NEUE LIBERALE ZEITALTER«**

Auch wenn Optimismus zur Leitlinie der Regierungspolitik geworden ist — die Neokonservativen kommen um die nächste Krise nicht herum. Keine Schönfärberei — kein Geißler und kein Kohl — können die rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf Dauer verbrämen.

SOZIALISMUS

»ANDERS ARBEITEN UND ANDERS LEBEN« lautet die zusammenfassende Formel für eine Erneuerung der politischen Linken. Die Debatte über die ZUKUNFT DER ARBEIT voranzutreiben, ist die Aufgabe der Zeitschrift **SOZIALISMUS**.

Unsere Themen u.a.:

- Weltwirtschaft vor einer neuen Krise — Alternativen für die Erste und Dritte Welt statt Hochrüstung und Armut
- Was leistet der Sozialstaat — was nicht? Argumente zur Erneuerung.
- Umwelt und Technik: Erfordernisse einer ökologischen Gesamtreform.
- Gesellschaftspolitische Alternativen der Linken in Großbritannien, Italien, Frankreich usw.
- Reformen in den sozialistischen Ländern: Sowjetunion, China usw.

Unsere Autoren: ... von B — Z

Bäcker/Conert/Wettig-Danielmeier/
Fischer/Glotz/Hickel/Ingrao/Kofler/
Mahlein/Natta/Oertzen/Peter/Reichlin/
Scharpf/Therborn/Voigt/Weizmüller/Zinn
u. v. a. m.

SOZIALISMUS

SOZIALISMUS erscheint monatlich mit 60 Seiten im Großformat zum Preis von DM 6,—

Jahresabo: DM 55,— (+ Porto)

Bestellungen bitte an:
VSA-Verlag, Postfach 50 15 71,
2000 Hamburg 50

sein. Sprecher von AZAPO und UDF hatten zudem erklärt, man müsse davon ausgehen, daß beide Organisationen von Provokateuren infiltriert seien, die das Geschäft der Regierung erledigten.²¹

Von den unterschiedlichen politischen Kräften des Widerstands repräsentiert die AZAPO, die nach wie vor beachtliche Strömung des Black-Consciousness (Schwarzes Bewußtsein), deren noch legale und größte Organisation sie darstellt.

Für die AZAPO, die im übrigen einigen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung hat, ist der Kampf gegen die Apartheid identisch mit dem Kampf gegen den Kapitalismus — eine Strategie, die zur Ablehnung der Zusammenarbeit nicht nur mit Weißen, sondern auch mit den schwarzen Mittelschichten führt. Die radikale Rhetorik der AZAPO geht einher mit einer durchaus sektiererischen Praxis, wie sie sich z.B. in der Nichtbeteiligung am zweitägigen Generalstreik im November 1984 äußerte.

Ideologisch ist die gesamte Bewegung des Black-Consciousness von Unklarheiten und Selbstfindungsprozessen geprägt. Den momentanen Diskussionsstand in diesen Organisationen faßt die taz am 22.5.1985 folgendermaßen zusammen: „Die kulturelle Revolution muß der politischen Revolution vorangehen. Derzeit ist an eine ökonomische Zersetzung des Systems noch nicht zu denken.“

Was will die AZAPO?

Das insbesondere aus Kreisen der AZAPO aufgebaute Diskussionsgremium Nationales Forum (NF), dessen Fortentwicklung als Bündnisorganisation zeitweilig geplant war, ist in den letzten Monaten offensichtlich wieder in den Hintergrund getreten.

Aufgrund der recht desolaten innerorganisatorischen Situation des Panafrikanischen Kongresses (PAC, er ging 1961 aus einer ANC-Abspaltung hervor; siehe AIB 9/1982, S. 38-40; d. Red.) waren die im Land verbliebenen PAC-Kader in den vergangenen Jahren bemüht, in den Organisationen des Black-Consciousness Fuß zu fassen. Angesichts seiner triumphalistischen Einschätzungen (so PAC-Sekretär Muendane: „Es besteht kein Zweifel, daß Südafrika unregierbar geworden ist.“²²) wäre denkbar, daß der PAC unter Kräften, die vor allem auf spontane Militanz setzen, einen gewissen Zulauf erhält: Ein neues Profil als Führungskraft des Befreiungskampfes wird er mit derartigen Analysen und entsprechenden Orientierungen jedoch nicht erlangen.

„Ich bin nur eine Führer-Notlösung, weil unsere wahren Führer im Gefängnis



Die Schüler- und Studentenorganisation COSAS, eine der aktivsten Mitgliedsorganisationen der UDF, wurde Anfang September d. J. verboten

sind“, erklärte kürzlich Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu. Unbestritten im In- und Ausland ist der inhaftierte ANC-Führer Nelson Mandela die Schlüsselfigur für politische Veränderung, gilt er als erster Anwärter für das Amt des Premierministers in einem freien Südafrika.

Das geradezu hektische Verlangen von US-amerikanischen und inzwischen sogar südafrikanischen Konzernbossen und Spitzenmanagern nach Sondierungsgesprächen mit dem ANC spricht Bände: In Kreisen des Kapitals, d.h. bei den eigentlichen Stützen des weißen Herrschaftssystems besteht kaum Zweifel, wer die Nachfolge des Apartheidregimes antritt.

Der ANC genießt Rückhalt bei der überwältigenden Mehrheit der Schwarzen. Dies ist so, weil der ANC mit dem auf der

Die Freilassung Nelson Mandelas ist eine einmütige Forderung des Widerstands, in der Mitte Mandelas, Tochter Zinzi





Nationalen Beratenden Konferenz vom Juni d.J. in Sambia erneut bekräftigten Programm der Freiheitscharta eine realistische Perspektive der nationaldemokratischen Revolution weisen kann. Dies ist so, weil der ANC mit seinen vorhandenen organisatorischen und militärischen Kapazitäten die einzige Kraft ist, an die sich begründete Hoffnungen auf revolutionäre Umgestaltungen knüpfen lassen. Dabei ist insbesondere das Programm der Freiheitscharta, das in einem sonst nur mit einigen Ländern Lateinamerikas vergleichbaren Maße christliche und marxistische Kräfte zusammengeführt hat, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Kommt der ANC ursprünglich aus der christlich-humanistischen Tradition²³, so arbeiten doch seit langem Christen und Marxisten auch in der ANC-Führung zusammen.

Dieses Bündnis wurde im Juni d.J. bei der Neuwahl des Nationalen Exekutivkomitees des ANC erneut bestätigt und ausgeweitet. Bemerkenswert war dabei auch die erstmalige Aufnahme von mehreren Farbigen, Indern und einem Weißen (Joe Slovo) in das oberste Beschlussorgan des ANC, was zugleich einer demonstrativen Absage an jeglichen „schwarzen Rassismus“ gleichkommt.

Integrationsfigur Mandela

Einem sog. „Dialog“ unter Vorbedingungen hat der ANC eine klare Absage erteilt. Gespräche mit dem Regime in Pretoria könnten nur Sinn haben als Verhandlungen über die Modalitäten der Machtübergabe. Die Freilassung von Mandela wäre der erste und unabdingbare Schritt dorthin.

Daß Pretoria trotz weitestgehender in- und ausländischer Unterstützung für diese Forderung bislang hart bleibt, hat

wohl ausschließlich einen Grund: Das Apartheidregime fürchtet die außergewöhnliche Integrationskraft des ANC-Führers, dessen Freilassung der Auslöser für einen revolutionären Dammbbruch werden könnte. Doch noch hat der Aufstand nicht auf die weißen Städte übergreifen — und hier wird die letzte und entscheidende Schlacht geschlagen.

Noch ist der weiße Gewalt- und Machtapparat intakt. Und noch hat die herrschende Klasse einen — wenn auch geringen — Spielraum, Teile der Arbeiterklasse mit wirtschaftlich-sozialen Zugeständnissen zu beeinflussen und zu spalten. Botha steht für die „Betonfraktion“, von der außer rethorischen Seifenblasen keine Veränderung zu erwarten ist.

Dennoch: Risse im weißen Block werden auch sichtbar. Ultrarechte verschärfen das Klima des faschistischen Terrors. „Liberale“ — heute meist Deckname für die südafrikanische Monopolbourgeoisie — artikulieren zunehmend eigene Optionen, deren Kurzformel lautet: Abschaffung der Apartheid, Erhalt des Kapitalismus. Die schwarze Gallionsfigur eines solchen Modells steht bereit: der schon jetzt vom Regime bezahlte „Homelandführer“ Buthelezi.

Die Unfähigkeit der herrschenden Klasse wie bisher zu regieren, ist eine Vorbedingung der Revolution. Eine andere Vorbedingung, die Verteidigungsbereitschaft der Volkserhebung, ist dabei heranzureifen.

Anmerkungen:

- 1) Der Spiegel, 29.7.1985
- 2) AfricAsia, Paris, August 1985, S.14
- 3) ANC-Info, Bonn, Nr. 6/1985, S.3
- 4) Guardian, London, 1.8.1985
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.8.1985
- 6) Sunday Tribune, Johannesburg, 7.7.1985
- 7) BBC, London, 25.7.1985
- 8) Zit. nach: Der Spiegel, 17.6.1985
- 9) Erklärung des ANC-Exekutivkomitees, London, 8.1.1985
- 10) Rand Daily Mail, Johannesburg, 16.4.1985
- 11) ANC-Info, Nr. 5/1985, S.21
- 12) Der Spiegel, 17.6.1985
- 13) Africa Now, London, Juli 1985
- 14) „Nachdem die schwarze Bevölkerung bisher die Townships 'unregierbar' gemacht habe (so ANC-Präsident Tambo), müßten die Aktionen jetzt auf von Weißen bewohnte Gebiete übergreifen, um das gesamte Land 'lahmzulegen.'“ FAZ, 26.8.1985
- 15) Daten nach: ANC-Info, Nr. 5/1985, S.23 und FAZ, 26.8.1985
- 16) Nach: Der Spiegel, 29.7.1985
- 17) Ebenda, 12.8.1985
- 18) Daten nach: ANC-Info, Nr. 3/1985 und BusinessDay, 5.6.1985
- 19) Erklärung des ANC-Exekutivkomitees, 8.1.1985
- 20) Zit. nach: Der Spiegel, 17.6.1985
- 21) Sowetan, 24.5.1985
- 22) kämpfendes afrika, Zürich, August 1985, S.9
- 23) Vgl. dazu: Tambo-Interview im Spiegel, 12.8.1985

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

WECHSELWIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Schwerpunkt: Neue Weltbilder * Mein New-Age-Dilemma * Faszination * Wendezeit-Wendedenken-Wegdenken * Mißtraue der Idylle! * Die Unordnung der Dinge * Ein „neues Weltbild“ in der Geschichte * Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf? * Im Delphinarium: Eine Weltbild-Show * Der Wendehammer *

Weitere Themen: RWE: Geschäft mit Energie * Der automatenlesbare Personalausweis * Strategien für ein globales EDV-System bei General Motors * Sterilisationspolitik im Nationalsozialismus * Modellierung der Sinne *

Bitte kostenloses Probeheft anfordern!

Bestellungen an **WECHSELWIRKUNG**
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

Gespräch mit Alfred Nzo

Auf dem Weg zur Doppelmacht



Alfred Nzo ist der Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Im August d.J. sprach Pia Grund für das AIB mit ihm über Lageeinschätzung und Konzept des ANC.

AIB: Überall stößt man auf Anzeichen für eine explosive Situation in Ihrem Land. Können Sie bitte die Lage in Südafrika ein wenig erläutern?

A. NZO: Die gegenwärtige Situation in unserem Land ist von einer gewaltigen politischen Erhebung der Masse unseres Volkes gekennzeichnet. Dies begann im September letzten Jahres, als das Regime daranging, seine sog. Verfassungsänderung in Kraft zu setzen, indem es innerhalb der farbigen und indischen Gemeinschaften Scheinwahlen zur Bildung eines „Drei-Kammern-Parlaments“ durchführte.

Legitimationsversuch schlug fehl

Diese Situation löste große Aktivitäten in breiten Teilen unseres Volkes aus, die sehr deutlich zeigten, daß die sog. neue Verfassung null und nichtig war. Die Inder und Farbigen waren ihr mit einem massiven Boykott entgegengetreten, wobei sie natürlich von der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung unterstützt wurden.

Dies war ein sehr schwerer Rückschlag für das Apartheidregime, das zuvor versucht hatte, insbesondere seine westlichen Verbündeten davon zu überzeugen, daß es die Lage in Südafrika unter Kontrolle bringen würde, besonders nachdem sich die weiße Minderheit mit 66% für eine neue Verfassung ausgesprochen hatte.

Dies gab dem Regime zu Verstehen, daß vor allem die weiße Minderheit diese Politik unterstützte. Da in Südafrika nie nach der Meinung der schwarzen Bevölkerung gefragt wird, hängt alles von der Einstellung der weißen Minderheit ab.

Auch diesmal hatte das Botha-Regime natürlich versucht, seine Verbündeten davon zu überzeugen, daß es ein wichtiger Faktor für einen Frieden im Südlichen Afrika sei. Das war zu der Zeit, als es die sog. Abkommen, darunter das von Nkomati (Nichtangriffspakt mit Moçambique vom 16.3.1984; d. Red.), in unserem Teil der Welt geschlossen hatte. Deshalb glaubten die Herrschenden, die Legitimität des Regimes würde allmählich anerkannt, insbe-

sondere von seinen ausländischen Verbündeten.

AIB: Ist dies auch ein Grund dafür, daß die Menschen ihre Sympathie für den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) jetzt ganz offen zeigen? Bei vielen Kundgebungen sieht man heute ANC-Fahnen. Und auch die Kampagne „Freiheit für Mandela“ hat an Stärke gewonnen. Ist das Ihr Weg, dem Regime diese Legitimität abzuspüren?

A. NZO: Ja, natürlich. Man sieht heute an verschiedenen Aspekten der Ausdrucksformen des Volkes, daß innerhalb des Landes eine Alternative aufgebaut werden muß. Und natürlich haben die Menschen im Laufe der Zeit ihr Vertrauen in die Fähigkeit des ANC gesetzt, sie zu führen.

Dies wurde insbesondere an den Aktionen offenkundig, bei denen der ANC in der Lage war, das Regime durch bewaffnete Aktionen im Land selbst wirksam zu bestrafen, und ebenso dort, wo der ANC imstande war, dem Volk ein politisches Programm nahezubringen, dessen zentraler Punkt die Einheit aller Bevölkerungsgruppen war.

Keine Alternative zur Freiheitscharta

Es ist dies ein Programm, das nun zur Entstehung von strukturierten Fronten in Südafrika geführt hat, wie der Vereinten Demokratischen Front (UDF), deren Gründung ein Beweis für das wachsende Verlangen der Bevölkerung nach einheitlichem Handeln war.

Und natürlich wurde der zunehmende Widerstand der Bevölkerung selbst mit dem Programm, das der ANC entwickelt hat, identifiziert, so z.B. in Bezug auf die Frage, ob das Volk die Freiheitscharta (aus dem Jahr 1955; d. Red.) als politisches Programm akzeptieren soll oder nicht. Über diese Frage gibt es heute in Südafrika keine Diskussionen mehr, weil das Volk selbst gezeigt hat, daß es heute in Südafrika keine Alternative zur Freiheitscharta gibt.

Doch das Regime war angesichts dieses wachsenden Widerstands nun natürlich gezwungen, während dieses Prozesses, in dem es sich durch diese Reformen zu konsolidieren suchte, sein wahres Gesicht zu zeigen. Die Masse der Bevölkerung lehnte diese Reformen ab. Danach blieb dem Regime nichts anderes übrig, selbst den Schein, die Probleme auf diese Art zu lösen, fallen zu lassen.

Das Regime sah sich mit einer Situation kon-

frontiert, in der die Masse der Bevölkerung diese sog. Reformen als Manöver ablehnte, welche einer weiteren Festigung des Apartheidsystems dienen sollten.

Deshalb wurde dann die internationale Gemeinschaft und unser Volk Zeuge der brutalsten Angriffe auf die demokratische Bewegung in unserem Land.

Wo das Regime zugegebenermaßen die Lage mit seinen traditionellen Sicherheitskräften nicht mehr kontrollieren konnte, mußte es die Armee einsetzen, die verschiedene Gebiete des Landes, in denen die schwarze Bevölkerung lebt, besetzte. Eine Armee, die einem völlig wehrlosen Volk gegenübersteht!

Nun sprach unser Volk vor allem von der Entschlossenheit, Südafrika unregierbar zu machen. Damit konnte das Regime eindeutig nicht mehr im alten Stil weiterregieren. Es wurde in eine Situation gezwungen, in der es sich fast jeden Tag genötigt sah, in Südafrika seine Armee, seine Sicherheitskräfte einzusetzen, um zu töten.

Es gibt Schätzungen, daß bis heute nicht weniger als 500 Menschen auf diese Art ermordet wurden. Und natürlich wurden Tausende von Menschen verhaftet und in Gefängnissen festgehalten. Diese Zahlen sind sehr tief gegriffen. Zweifellos beläuft sich die Anzahl der bisher Ermordeten sogar auf mehr als das Doppelte der sog. offiziellen Angaben.

Dies zeigt, daß die Zuflucht zur Gewalt mittlerweile die einzige Alternative ist, die das Regime noch hat. Aber sogar damit war es nicht imstande, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Deshalb mußte das Regime den Ausnahmezustand verhängen. Dieser Ausnahmezustand schafft natürlich eine Situation, in der es den Versuch unternommen wird, die revolutionäre Erhebung zu ersticken.

AIB: In jüngster Zeit wurden Menschen außerhalb von Städten tot aufgefunden. Und es hieß, dies sei das Werk von Todesschwadronen ... um Führer der UDF oder andere Persönlichkeiten der Widerstandsbewegung auszuschalten. Wie ernst ist dies?

A. NZO: Es werden jetzt Todesschwadronen eingesetzt, deren Hauptaufgabe es ist, die Führung der demokratischen Bewegung zu erledigen.

Diese Todesschwadronen sind bereits für die Ermordung von mehreren Führern verantwortlich. Dies ist insbesondere am Ostkap der Fall, das nach den Morden, die das Regime im März d.J. in Gebieten wie z.B. Uitenhage begangen

Angriffe auf die Rassisten wie bei diesem Anschlag 1984 wird der ANC verstärken (L.); UDF: Zeichen für das Verlangen nach einheitlichem Handeln)



hatte, ein Zentrum der Widerstandsbewegung wurde.

Auf diese Weise hofft das Regime, die Situation zu seinen Gunsten verändern zu können. Immer wieder sitzt es diesem Irrtum auf.

Womit ist es wirklich konfrontiert? Mit einer Vielfalt politischer Massenaktivitäten, und zwar nehmen diese Aktivitäten verschiedene Formen an. Zunächst einmal entwickelt sich in Südafrika der Kampfgeist der schwarzen Arbeiterklasse. Diese Arbeiterklasse hat durch ihre Organisation, ihre Aktivität und ihre militärischen Aktionen entschlossen ihren rechtmäßigen Platz an der Spitze der Anstrengungen des Volkes, den Widerstand gegen das faschistische Regime voranzutreiben, eingenommen.

Vorstädte werden unregierbar

Bemerkenswert an der Entwicklung dieser Arbeiterklasse ist, daß ihre Aktivitäten nicht mehr allein das Ziel haben, wirtschaftliche Probleme, von denen sie als Arbeiter betroffen sind, zu lösen. Sie führt heute Aktionen durch, die die Aufmerksamkeit auf politische Fragen lenken.

AIB: Können Sie hierfür ein Beispiel nennen?
A. NZO: Vor kurzem streikten die Volkswagen-Arbeiter. Grund für ihren Streik war, daß sich diese Arbeiter weigerten, sich daran zu beteiligen, Transportmittel für das Rugbyteam aus Neuseeland zu produzieren. Das war, als das neuseeländische Rugbyteam eine Tournee durch Südafrika machen sollte. Und die Arbeiter sagten: Nein, wir weigern uns, Fahrzeuge für diese Tournee zu produzieren. Dies hat nichts mit einem Kampf für eine Lohnerhöhung zu tun. Es ist eine Frage, die eng mit dem politischen Widerstand unseres Volkes verbunden ist. Die Volkswagen-Arbeiter haben die Stimmung in Südafrika zum Ausdruck gebracht.

Deshalb sagen wir, daß die Arbeiter durch ihr Handeln zurecht ihren Platz an der Spitze des Widerstands der Menschen in unserem Land einnehmen.

Ein anderer Charakterzug dieses Widerstands ist die Tatsache, daß die Gemeinschaft sich bereit fand, Solidaritätsaktionen durchzuführen. Das tut sie insbesondere, wenn sie sieht, daß die Arbeiter für ihr Handeln schikaniert werden.

Durch sie kommt es zu einer wachsenden Aktionseinheit der verschiedenen Sektoren der unterdrückten Bevölkerung. Das ist es, womit sich das Regime konfrontiert sieht.

AIB: Wie weit ist der Aufbau von eigenen Strukturen z.B. in den „Townships“, den Vorstädten, gediehen?

A. NZO: In einer Erklärung, die der ANC als Teil eines Aufrufs an das Volk veröffentlichte, Südafrika unregierbar zu machen – eine Aktivität, die auf die Zerschlagung der Machtorgane des Regimes in den schwarzen Gebieten gerichtet ist –, legt der ANC dem Volk nahe,

daß es nun der Schaffung eigener, alternativer Machtorgane seine Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Denn wenn man etwas zerstört, muß man etwas Neues schaffen, um es zu ersetzen.

Was bedeutet das in der Praxis? Zum Beispiel organisieren sich junge Leute in ihren Wohnvierteln, um sich gegen die Übergriffe von Agenten des Regimes und der Polizei zu schützen. Sie schließen sich in Kampfgruppen zusammen, um die herum sie für einen organisierten, effektiveren Ansturm gegen das Regime mobilisieren.

Als nächsten Schritt wird das Volk natürlich Mittel und Wege suchen müssen, diese Organe soweit zu ersetzen, daß eine Doppelmacht, eine Volksmacht, entsteht. Dabei wird das Volk natürlich in Rechnung stellen, daß das Regime bis jetzt das Monopol der organisierten Gewalt ausübt.

Eine der zentralen Fragen der Nationalen Beratenden Konferenz des ANC (vom 16.-23.6. 1985 in Sambia; d. Red.) war folglich jene, wie wir den Kampf des Volkes eskalieren und an den bewaffneten Kampf herangehen.

Die Rassisten sind Angriffsziele

Bislang befanden wir uns in einer Phase, in der dem Volk die bewaffnete Propaganda nahe und ihm damit zum Bewußtsein gebracht werden sollte, daß es notwendig war, zur Phase der militärischen Konfrontation mit dem Regime überzugehen. Deshalb bedeutete bewaffnete Propaganda, daß die bewaffneten Angriffe auf das Regime in engem Bezug zur politischen Aktivität des Volkes stehen mußten.

Ein Beispiel: Das Volk lehnt die vom Regime in den Bantustans geschaffenen Organe ab. Wie verbindet man diese Ablehnung mit dem bewaffneten Kampf? Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation, bewaffneter Arm des ANC; d. Red.) stellte eine Verbindung durch die Zerstörung einiger dieser Zentren her. Und das Volk beginnt, diesen Zusammenhang zu erkennen. Die Menschen erkennen allmählich, daß es möglich ist, militärische und politische Aktionen zu verbinden.

Es mußte also die Frage gestellt werden, ob wir den Zeitpunkt erreicht haben, an dem wir sagen können, daß wir über die bewaffnete Propaganda hinausgehen können. Unsere Konferenz entschied, daß die allgemeine Strategie noch immer gültig ist. Zwischenzeitlich sei es jedoch notwendig, zu der Phase voranzuschreiten, in der das Augenmerk auf das Personal des Gegners gerichtet wird.

AIB: Ist also etwas dran an der in den westlichen Medien verbreiteten Version, der ANC setze inzwischen vornehmlich auf „weiche“ bzw. zivile Ziele?

A. NZO: Es stimmt, die Nachrichtenmedien versuchen, gerade diesen Beschluß absichtlich zu verdrehen, als ob der ANC sage: Gut, alles, was sich bewegt, muß vernichtet werden.

In Wahrheit sagt der ANC, daß diejenigen, die weiterhin dem Gegner bei der Durchsetzung seiner drakonischen Politik verhelfen, es verdienen, vom Volk angegriffen zu werden. Und natürlich kann dabei nicht immer verhindert werden, daß auch unschuldige Menschen im Kreuzfeuer umkommen, denn wir befinden uns im Krieg.

Aber, daß es nicht zu vermeiden ist, bedeutet nicht, daß der ANC dies vorsätzlich beschlossen hat. Der Beschluß, der gefaßt wurde, ist, daß unser Volk sich denjenigen zuwenden muß, die, wie die Sicherheitskräfte u.a., weiterhin den Gegner bei der Durchführung seiner reaktionären Angriffe gegen unser Volk unterstützen.

AIB: Eine Reihe ausländischer Unternehmen ist über diese neue Politik in Bezug auf den bewaffneten Kampf und „weiche“ Ziele sehr besorgt, weil sie fürchten, auch sie könnten ein Ziel sein oder werden. Was ist Ihre Meinung dazu?

A. NZO: Was ist geschehen? Wieder ein aktuelles Beispiel: Die Arbeiter der Anglo-American Corporation streiken. Und die Anglo-American wirft sie hinaus, anstatt ihren Forderungen Gehör zu schenken.

Was tut eine revolutionäre Bewegung? Sie sagt der Anglo-American, daß dies nicht die Art und Weise ist, mit den Sorgen und Nöten der Menschen umzuspringen. Und da ihr dies getan habt, werden wir eure Anlagen militärisch zerstören. Und man führt sehr erfolgreiche Sabotageakte durch.

Mit dieser Aktion, die auch hier wieder mit der Frage politischer Ablehnung verbunden war, wurde deutlich gemacht: Ihr könnt mit unserem Volk nicht so umspringen und hoffen, daß ihr damit durchkommt.

Wir haben diesen internationalen Firmen gesagt: „Macht, daß ihr aus Südafrika hinauskommt.“ Über 20 Jahre lang haben wir das gesagt. Mit verschiedenen schamlosen Argumenten haben sie das abgelehnt. So behaupteten sie z.B., sie seien im Interesse der schwarzen Bevölkerung im Land, Argumente, die sie auch vorbringen, um die Desinvestment-Kampagne zu bremsen.

Sie sagen: „Wenn wir unsere Investitionen stoppen oder abziehen, arbeiten wir gegen die Interessen der schwarzen Bevölkerung.“ Ein zynisches Argument. Sie wissen, daß sie in Wirklichkeit sagen müßten: Wir sind im Interesse unserer eigenen Geldbeutel hier, nicht im Interesse der schwarzen Bevölkerung. Sie werden ihren gerechten Lohn ohne Zweifel bekommen. Es ist besser, sie wissen, daß unser Volk es ernst meint.

Auch wenn sie uns als Terrororganisation bezeichnen, erkläre ich an dieser Stelle, daß sie ihren gerechten Lohn bekommen werden, solange sie bereit sind, ein Terrorregime zu stützen, das für solche Verbrechen an unserem Volk verantwortlich ist. Wir erklären dies ohne Angst und sind uns unserer Verantwortung bewußt. Darüber müssen sie sich im Klaren sein.

Freiheit für Südafrika!

Materialien für die aktive Solidarität

Plakatmappe zum südlichen Afrika	15,- DM
AIB/ASK Sonderheft	
„Südafrika, Apartheid, Befreiungskampf und die BRD“	2,- DM
Broschüre „Sanktionen gegen Südafrika“	1,50 DM
Broschüre „Daimlers Rüstung für Südafrika“	3,- DM
Broschüre „Kündigt das Kulturbkommen mit Südafrika“	3,- DM
Plakat „Freiheit für Nelson Mandela – Solidarität mit den politischen Gefangenen Südafrikas“	2,- DM
Plakat „Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika – Unterstützung des ANC, die Befreiungsbewegung Südafrikas“	3,- DM
Eindrucksplakat „Gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika“	2,50 DM
Plakat „Afrikanischer Nationalkongress (ANC) – Freiheitcharta Südafrikas – Juni 1985“	1,50 DM
Poster „Nelson Mandela“	6,- DM
Aufkleber „Solidarität mit dem ANC“	0,40 DM
Button „Freiheit für Nelson Mandela“	1,50 DM
Kugelschreiber „Ein Nagel gegen Apartheid“	
Ein Nagel für das ANC-Schulfarm-Projekt Morogoro/Dakawa in Tansania	1,50 DM
Anhänger ANC-Symbol aus Silber	18,- DM

Preise excl. Versandkosten

Unterstützt den Befreiungskampf!

Spenden auf das Solidaritätskonto des ASK: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PGIRO A Frankfurt Kto. 527055-602, Kennwort Südafrika. Alle Spenden gehen in den Nothilfefonds des ANC und stehen – ohne Zweckbindung – zur freien Verfügung der Befreiungsbewegung.

Materialbestellungen an:

Solidaritätsshop 3. Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/M. 90

Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika



Fiaza Makumbi-Kidza

Palastrevolte oder Neubeginn?

Ein Militärputsch – der vierte in der Geschichte der ostafrikanischen Republik Uganda – beendete am 27. Juli d.J. die mehr als 4jährige zweite Amtszeit von Präsident Milton Obote. Dieser war schon einmal, von 1966-71, Regierungschef und wurde seinerzeit von Idi Amin aus dem Amt geputscht.

Dem jüngsten Coup waren lange schwelende Spannungen zwischen Angehörigen der Stämme der Acholi und der Langi vorausgegangen, aus denen sich die ugandische Armee (UNLA) vorwiegend rekrutiert. Die Auseinandersetzungen spitzten sich Anfang Juli d.J. zu, als Obote und sein Generalstabschef Opon-Acak (beide Langi) – vermutlich nach einem gescheiterten Putschversuch einiger Acholi-Offiziere – Befehl zur Entwaffnung der Acholi-Einheiten in der Landeshauptstadt Kampala gaben.

Armeekommandant Tito Okello verweigerte dies und setzte sich stattdessen mit einigen Anhängern nach dem 243 km nördlich gelegenen Gulu ins Hauptquartier der 10. Brigade von General Basilio Okello ab. Auch dieser gehört zum Stamm der Acholi, ist jedoch nicht näher mit Tito Okello verwandt.

B. Okello begann alsdann mit seinen Truppen den Vormarsch auf die Hauptstadt, wo er am Abend des 26. Juli unter dem Jubel der Bevölkerung einrückte.

Bis zu allgemeinen Wahlen, die binnen Jahresfrist stattfinden sollen, übt nun ein 10köpfiger Militärrat unter Vorsitz von T. Okello die Exekutivgewalt aus. Zudem wurde ein Übergangskabinett installiert, dem u.a. der Vorsitzende der Demokratischen Partei (DP), Paul Ssemogerere, als Innenminister, der bisherige UNO-Botschafter Olara Otunno als Außenminister und der Vorsitzende der „Ugandan Airlines“, Oberstleutnant Wilson Foko, als Verteidigungsminister angehören.

Schon die Auseinandersetzungen um den Posten des Ministerpräsidenten widerspiegeln die labile politische Situation im Land. Nachdem zunächst P. Ssemogerere für dieses Amt im Gespräch war, wurde am 1. August überraschend der bisherige Vizepräsident und Verteidigungsminister Paulo Muwanga vereidigt. Seine umstrittene Regentschaft währte indes nur Tage, denn schon am 25. August wurde er – auf Druck der



Der neue Machthaber Tito Okello

Nationalen Widerstandsarmee (NRA) – durch Abraham Waligo (Wohnungsbauminister unter Obote) ersetzt.

Wie weit letztlich die Kompetenzen der Interimsregierung neben dem Militärrat reichen, bleibt abzuwarten.

Milton Obote, dem zusammen mit Opon-Acak und Ex-Innenminister Kirunda die Flucht nach Kenia gelang, hinterläßt ein Land, das nach fast 15 Jahren bürgerkriegsähnlicher Zustände, einhergehend mit großen Flüchtlingsströmen und verschärft durch das Wiederauftreten von Hunger und Seuchen, nahezu ausgeblutet erscheint. Es wäre allerdings verfehlt, die desolante Situation

Ugandas allein an Obote und dessen Regierung festzumachen.

Schon bei seinem Regierungsantritt nach den umstrittenen Wahlen vom Dezember 1980 war die Situation geprägt von tiefgreifenden ethnisch begründeten Spannungen zwischen den verschiedenen Stämmen und einer darniederliegenden Wirtschaft (siehe auch AIB 3/1981, S. 34ff.). Obote, der inzwischen seiner sozialistisch angehauchten „Common Man's Charta“ (Charta des einfachen Menschen) von 1969 (siehe AIB 5/1979, S. 27ff.) abgeschworen hatte, sprach sich nun für eine nach allen Seiten offene Außen- und Wirtschaftspolitik aus.

Tatsächlich aber steuerte er, der in Personalunion auch das Amt des Außen- und Finanzministers bekleidete, einen Kurs der bedingungslosen Unterordnung unter das Diktat des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank. Die Freigabe der Landeswährung führte 1981 zu einer Abwertung des Uganda-Shilling um fast 1.000%. 1983 mußten 51,6% der Deviseneinnahmen für die Tilgung der Schulden und Zinszahlungen aufgewendet werden.

Regierungsangaben über eine Eindämmung der Inflation auf unter 30% seit 1981 stehen in krassem Gegensatz zu den Verlautbarungen des Wirtschaftsexperten der Opposition, Prof. Mulema,

Guerrilleros der NRA



der von einem Anstieg der Inflationsrate auf über 200% in der zweiten Jahreshälfte 1984 spricht.

Mitte 1984 stellte denn auch der IMF seine Zahlungen ein, da im die – durch das überdimensionale Militärbudget ständig steigenden – Staatsausgaben zu hoch gerieten. Ein Großteil der Bevölkerung hält sich durch landwirtschaftliche Subsistenzproduktion einigermaßen über Wasser, doch sind im weniger fruchtbaren Norden und Nordosten schon tausende Hungertote zu beklagen. Wirklich dramatisch wurde die Lage der Bevölkerung aber letztlich durch die Aktivitäten der UNLA. Nach dem Sieg über die Amin-Diktatur vornehmlich aus Kreisen sozial entwurzelter Jugendlicher rekrutiert, zeichnet sie sich vor allem durch beispiellose Disziplinlosigkeit aus. Da der Sold oft nicht reicht bzw. gar nicht ausbezahlt wird, sind Plünderungen und eigenmächtige Erhebungen von Wegezoll an der Tagesordnung.

Beim Kampf gegen die NRA schreckte das Militär auch nicht vor massenhaften Vergewaltigungen, Hungerblockaden und Massakern an der Zivilbevölkerung zurück, um die Guerilla ihrer sozialen Basis zu berauben.

Das ganze Ausmaß der Gewalt wird der Weltöffentlichkeit durch die fast täglichen Meldungen über neugefundene Massengräber nun endgültig offenbar, so daß die Schätzungen von 300-500.000 Bürgerkriegstoten in den letzten 4 Jahren nicht mehr utopisch anmuten.

Hier darf nicht übersehen werden, daß internationale Beobachter schon seit über 1 Jahr verstärkt auf die groß angelegten Menschenrechtsverletzungen hingewiesen haben. Dies hielt aber z.B. den bundesdeutschen Entwicklungshelferminister Jürgen Warnke nach seinem Uganda-Besuch im Juli 1984 nicht von weiteren Zahlungen ab, konnte er doch „im Gegensatz zur Amin-Ära keine systematischen Menschenrechtsverletzungen“ feststellen.¹

Massaker der Armee

Die NRA mit ihrem politischen Flügel, der Nationalen Widerstandsbewegung (NRM), ist die größte und einflußreichste von bis zu sechs Rebellenorganisationen, die im Land operieren. Unter Leitung des früheren Verteidigungsministers Yoweri Museveni führt sie seit Anfang 1981 den bewaffneten Kampf gegen das Obote-Regime.

Sie stützt sich dabei vor allem auf die Völker des Südens und Westens, darunter die mit 2,5 Mio größte Völkerschaft, die Baganda.

Museveni wird von westlichen Journalisten gerne als Marxist bezeichnet, wohl wegen seiner Befürwortung einer staat-

lich gelenkten Wirtschaftspolitik.

Daß dem ein recht bescheidenes Marxismus-Verständnis zugrundeliegt, erhellt schon die Tatsache, daß der Rebellenführer sich ansonsten politisch weitgehend mit der – keineswegs revolutionären – DP im Einklang sieht. Auch er hat bislang kein klar umrissenes Programm als Alternative zu den bestehenden Verhältnissen vorgelegt.

Seit dem Sturz Idi Amins wird in Uganda viel von nationaler Versöhnung geredet. Bei Museveni, einen der wenigen profilierten Politiker, die nicht in das schier undurchschaubare Geflecht wechselnder politischer Koalitionen, militärischer Ränkeschmiede und Korruption verwickelt sind, klingt dies noch am glaubhaftesten. Zwei britische Journalisten, die sich im Frühsommer d.J. für einige Wochen bei den Guerilleros im Luwero-Dreieck aufhielten, bestätigten die Berichte von einer disziplinierten, politisch motivierten Truppe, in der ethnische Differenzen eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung spielen.²

Keine Regierung in Kampala, die ernsthaft den Frieden will, kann dies unter Umgehung der NRA bewerkstelligen. Aus den 26 Mann, die Museveni im Februar 1981 in den Busch folgten, sind inzwischen 8.000 geworden. Sie kontrollieren weite Gebiete im Westen des Landes inklusive mehrerer Städte. Nach dem Putsch haben sie ihr Operationsgebiet bis in die unmittelbare Umgebung der Hauptstadt erweitert.

Die Opposition arrangiert sich

Weitere bewaffnete Kräfte sind die ehemaligen Amin-Gefolgsleute der Nationalen Errettungsfront (NRF) in der West-Nil-Region. Ihr Anführer Generalmajor Isaac Lumago unterzeichnete inzwischen ein Memorandum über die bedingungslose Unterordnung seiner Soldaten unter den Militärrat.

Die dritte größere militärische Formation ist die Ugandische Vereinigte Demokratische Bewegung (FEDEMU), die als ihr Hauptziel die Schaffung einer föderalistischen Regierung und die Förderung des freien Unternehmertum angibt.

Schließlich ist als politische Kraft noch die DP zu nennen, die einzige parlamentarische Opposition der Obote-Ära. Sie ist konservativ-katholisch und genießt u.a. die Unterstützung der bundesdeutschen CDU.

Alle größeren politischen und militärischen Organisationen haben sich relativ schnell mit den neuen Machthabern arrangiert. Nach längerem Hin und Hersitzen nach der Absetzung P. Muwngas nun auch NRA-Vertreter am Verhandlungstisch, um ein Ende der Kampfhandlungen zu ermöglichen.

Die Erfolgsaussichten dieser Gespräche sind fraglich, denn die NRM-NRA veröffentlichte am 20. August d.J. eine Erklärung in der es u.a. heißt: „Wir erkennen den Militärrat, Tito (Okello) als Staatsoberhaupt, Muwanga als Premierminister und die anderen Ernennungen und Entscheidungen der Junta nicht an.“³ Die NRA fordert u.a. die Hälfte der Sitze im Militärrat und die Kontrolle über die Armee.

Betrachtet man die Zusammensetzung der neuen Mannschaft etwas genauer, so wird diese Haltung durchaus verständlich. Schließlich sind auch nach dem Putsch wieder Personen in Amt und Würden, die maßgeblich an der Politik der letzten Jahre beteiligt waren. So der Ex-Verteidigungsminister und ehemalige Vizepräsident Muwanga, politischer Überlebenskünstler par excellence, der seit der Unabhängigkeit in jeder Regierung mitmischte und nicht ohne Grund mit den Massakern unter Obote in Verbindung gebracht wird.

Obote-Regime in neuem Gewand?

Gleiches gilt für den neuen Armeeführer B. Okello, Mitglied des Militärrats, der in seiner Zeit als Armeekommandant im Stadtzentrum von Kampala eigenhändig Erschießungen vorgenommen haben soll.⁴

Auch der neue Staatschef, T. Okello, gehörte dem alten Regime an. Als einer der dienstältesten Offiziere Ugandas, der seine militärische Ausbildung unter den britischen Kolonialisten erhielt, war er unter Obote immerhin Oberkommandierender der Streitkräfte.

Die Ziele des 6-Punkte-Programms von General T. Okello – u.a. Friedenssicherung, nationale Einheit und Wiederaufbau, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Rückkehrhilfe für die Flüchtlinge – klingen gut.⁵ Ob aber mit dem Putsch vom 27. Juli d.J. die Weichen für die weitere Entwicklung des Landes tatsächlich neu gestellt sind, ist zur Stunde noch nicht sicher einzuschätzen. Der Fortgang der Ereignisse wird u.a. auch von der Stärke und dem Verhalten der NRA abhängen.

Fest steht jedoch, daß nur eine Regierung aus Vertretern aller ugandischer Völker, die alles daran setzt, das schwere koloniale Erbe der ethnischen Konflikte zu überwinden, Aussichten haben wird, einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Anmerkungen:

1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 11.7.1984

2) Vgl. New African, London, Juli 1985

3) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 21.8.1985

4) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 4./5.8.1985

5) SZ, 12.8.1985

Georg Diederichs

Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik



Die „Rainbow Warrior“ nach dem Bombenanschlag

Anlässlich ihres 16. Gipfeltreffens stimmten die 14 Teilnehmerstaaten des Südpazifischen Forums Anfang August d.J. in Rarotonga, der Hauptstadt der Cook-Inseln, für einen Vertragsentwurf, der die gesamte Region des Südpazifiks zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

Danach sollen Erwerb, Stationierung, Anwendung und Erprobung von Kernwaffen in dieser Region untersagt werden. Das Vertragsgebiet erstreckt sich nördlich bis zum Äquator, südlich bis zur Antarktis, westlich bis zur australischen Küste am Indischen Ozean und östlich bis zur durch den Tlateloco-Vertrag festgelegten atomwaffenfreien Zone Lateinamerikas.

Mit der Annahme dieses „South Pacific Nuclear Free Treaty“ hat das 1971 als lose Staatenorganisation gegründete Südpazifische Forum zum 40. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6.8.1945) eine seiner bedeutsamsten politischen Entscheidungen getroffen. Noch am Konferenzort auf Rarotonga setzten die Repräsentanten von Australien, Neuseeland, der Cook-Inseln, von Fidschi, Westsamoa, Kiribati, Niue und Tuvalu ihre Unterschriften unter das Dokument. Er erwartete, so erklärte der neuseeländische Premierminister David Lange als offizieller Sprecher der Konferenz, daß auch die übrigen Forums-Mitglieder (Papua-Neuguinea, Nauru, Tonga, die Salomonen, Vanuatu sowie die Staatenföderation von Mikronesien) bis zum Jahresende den Vertrag unterzeichnen werden.

Einige dieser Staaten haben zuvor noch parlamentarische oder Kabinettsbeschlüsse herbeizuführen oder wünschen – wie Vanuatus Regierungschef Walter Lini – zu einzelnen Artikeln des Vertragswerkes weitergehende Festlegungen.

Denn bei aller Bedeutung hat der unter Federführung Australiens zustandgekommene Vertrag auch seine Schwachstellen. So stellt er z.B. jedem Land frei, kernwaffenbestückte Schiffe durch seine Hoheitsgewässer fahren oder in seinen Häfen ankern zu lassen. Darüber hinaus sind die von den USA in dieser Region stationierten mobilen Atomsprengköpfe – derzeit ca. 600 – nicht Gegenstand des Vertragstextes.

Auch wird Australien weiterhin Uran exportieren dürfen. Allerdings, und das ist ein Zugeständnis an die beiden Hauptopponenten Vanuatu und die Salomonen, nur unter strikter internationaler Kontrolle.

Vertrag von Rarotonga

Von ihrer Tagung in Rarotonga aus haben die im Südpazifischen Forum zusammengeschlossenen Staaten die USA, Frankreich und Großbritannien dazu aufgefordert, sich an die Bestimmungen des Abkommens zu halten.

Außerdem wurde diesen drei Ländern sowie der UdSSR und der VR China noch einmal ausdrücklich untersagt, Atomwaffentests im Vertragsgebiet durchzuführen. Davon betroffen ist vor allem Frankreich, das auf den zu Französisch-Polynesien gehörenden Inseln Mururoa und Fangataufa bis heute seine Kernwaffentests durchführt (siehe AIB 8-9/1985, S. 24ff.). Die USA und Großbritannien hingegen haben ihre Testserien bereits vor Jahren eingestellt, die UdSSR und die VR China noch nie Tests in dieser Region vorgenommen.

Wie wenig jedoch gerade Frankreich gewillt ist, auf künftige Atomwaffentests in Französisch-Polynesien zu verzichten, verdeutlichen die Ereignisse der letzten Wochen und Monate: Am 16. Juni d.J. sank die „Rainbow Warrior“, das Schiff der internationalen Umweltschutzorga-

nisation „Greenpeace“, nach einem Bombenanschlag im neuseeländischen Hafen Auckland. Ein portugiesischer Fotograf der Organisation kam dabei ums Leben.

Die Spur des Anschlags führte nach Frankreich, wollte „Greenpeace“ doch einmal mehr gegen die Atomwaffentests der französischen Militärs im Südpazifik protestieren.

Alle Versuche Frankreichs, eine Beteiligung seines Geheimdienstes DGSE an dem Anschlag abzustreiten, scheiterten kläglich. So bezeichnete Neuseelands Premierminister Lange den offiziellen französischen Untersuchungsbericht über die „Greenpeace“-Affäre, der lediglich Spionagetätigkeit in Neuseeland zugibt, als „unglaublich und grotesk widersprüchlich“. Darüber hinaus zitierte er den französischen Botschafter in Wellington zu sich, um ihm nahezu legen, sich zu Konsultationen nach Paris zurückrufen zu lassen.

David McTaggart, Präsident von „Greenpeace International“, nannte den französischen Untersuchungsbericht gar eine „Beleidigung für die Intelligenz“ und kündigte an, daß seine Organisation Frankreich vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anklagen wolle. Weiterhin appellierte McTaggart an die französische Regierung, sich dem sechsmonatigen Atomwaffenteststopp, den die UdSSR seit dem 6. August d.J. einhält, sowie dem Vertrag über die atomwaffenfreie Zone des „Südpazifischen Forums“ anzuschließen.

Doch trotz aller Proteste und Appelle will Frankreich weiter Atomwaffen im Südpazifik zünden. Staatspräsident Mitterrand hat die französische Armee angewiesen, alle Versuche, französische Atomwaffentests zu stören, rigoros zu unterbinden. „Das Eindringen Unbefugter“ in die von Frankreich um seine südpazifischen Testgelände beanspruchten Hoheitsgewässer solle gegebenenfalls auch durch den „Einsatz militärischer Mittel“ verhindert werden.

Weitere Konflikte sind also vorprogrammiert, denn „Greenpeace“ hat unterdessen erneut ein Schiff auf die Reise nach Mururoa geschickt.



AIB

Sonderheft 4/85

2 DM

Rüstung im All Gefahren für die Dritte Welt



Inhalt

Die Nichtmilitarisierung des Alls mitezwingen	II
Heinrich Huß/Silvin Mausfeld SDI - Reagans Programm für den Erstschlag	III
Peter Wahl Auswirkungen der Weltraumrüstung für die Dritte Welt	X
Dieter Engels Weltraumrüstung und Kriege in der Dritten Welt	XVIII
Dokumente zur Weltraumrüstung	XXIII
Aktions- und Materialspiegel	XXVI

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72

ASK (Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0 69 / 70 90 60. Sprecher: Prof. Dr. Erich Wulff

Verantwortlich für dieses Heft: Wolfram Bröner (AIB), Peter Wahl (ASK)

Weitere Mitarbeiter: N. Biver, D. Engels, H. Huß, S. Mausfeld

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 4. 9. 1985

Anzeigen: Team-Reisen, Pahl-Rugenstein, Verlag Neue Gesellschaft, MERIP-Reports, Solidaritätsshop Dritte Welt

Titelbild: Nach einem Plakatmotiv des ASK

Fotonachweis: US-State Department, NASA, D. Engels, APN, Neue Perspektiven

Die Nichtmilitarisierung des Alls mitezwingen!

Mit der Ansetzung eines Antisatellitenwaffentests kurz vor den sowjetisch-amerikanischen Genfer Verhandlungen über Atom- und Weltraumwaffen im November 1985 demonstrierte die Regierung Reagan einmal mehr, wie ernst es ihr mit der Entwicklung und Stationierung von Weltraumwaffen sowie dem begleitenden Bau eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems in den kommenden Jahren ist. In den Pentagon-Direktiven der 80er Jahre wird die Weltraumrüstung als das Geheimrezept angepriesen, um die strategische Überlegenheit über den Kontrahenten Sowjetunion und damit die Fähigkeit zum atomaren Erstschlag zu erlangen (siehe Beitrag von H. Huß/S. Mausfeld). Wird der Weltraummilitarisierung nicht Einhalt geboten, so ist mit einer weiteren Destabilisierung der Weltlage, einer erhöhten Weltkriegsgefahr zu rechnen.

Es versteht sich, daß die sog. Dritte Welt im Fall eines solchen weltraumgestützten atomaren Schlagabtausches („Star wars“ bzw. Krieg der Sterne) nicht ungeschoren bliebe, sondern als Schlachtfeld, Aufmarschgebiet oder Hinterland mit erfaßt würde. Darüber hinaus würde eine militärische Beherrschung des Alls Washingtons Spielraum für Interventionen in der Dritten Welt ausweiten. „Wir brauchen unsere Vorstellungskraft nicht besonders anzustrengen“, meint Luftwaffen-Staatssekretär Aldridge, „um zu sehen, daß diejenige Nation, die den Weltraum kontrolliert, auch die Welt kontrollieren wird.“ (siehe Beitrag von D. Engels).

Nicht minder betroffen sind die Entwicklungsländer von der damit einhergehenden neuen Runde des Wettrüstens, die ungeheure Summen zu verschlingen droht. Reagans „Sternenkrieg“-Programm wird, bei einer Laufzeit von 15 Jahren, nach Schätzungen des Verbandes amerikanischer Wissenschaftler etwa 225 Mrd Dollar allein für „Forschungen“ erfordern – verglichen mit entsprechenden Ausgaben 1954-83 für Raketentechnik von rund 40 Mrd Dollar schon eine andere Dimension. Dies beeinträchtigt nicht nur die Freisetzung von Entwicklungs- und Hungerhilfsgeldern der beteiligten Weltmächte für die Dritte Welt, sondern trägt auch erheblich zur verschärften wirtschaftlichen Krisenabwälzung seitens der NATO-Mächte auf die Entwicklungsländer bei (siehe Beitrag von P. Wahl).

Ein besonderes Anliegen dieses Materials ist es, der hiesigen Solidaritätsbewegung wie den Befreiungskämpfern der Dritten Welt die aus der Weltraummilitarisierung erwachsenden Gefahren deutlicher zu machen und näherzubringen. Dabei verdient die mit der Delhi-Deklaration (siehe Dokumententeil) von Nichtpaktgebundenenführern ergriffene Initiative ebenso Beachtung wie jene in der UNO, seitens der Naturwissenschaftler, der Friedensbewegung und des Antimperialistischen Solidaritätskomitees. Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung wäre gut beraten, sich den Aktivitäten der Friedensbewegung ähnlich entschieden wie im Kampf gegen die Raketenstationierung anzuschließen. Hier gilt es in einer Situation, da sich – laut einer Umfrage von „Infratest“ – immerhin 2/3 der Bundesbürger gegen eine Weltraumbewaffnung aussprechen, darum, gemeinsam mit dem DGB, den Oppositionsparteien und allen Friedenskräften gegen jede Beteiligung der Bonner Regierung an Reagans sog. „Strategischer Verteidigungsinitiative“ (SDI) Druck zu machen. Hier und weltweit gilt es, den Spielraum Washingtons in Sachen „Sternenkriegs“-Vorbereitung so einzuengen, daß die Nichtmilitarisierung des Alls und Schritte hin zur atomaren Abrüstung schließlich unabwendbar werden, daß die friedliche Nutzung des Weltraums zum Wohl der Völker der Dritten Welt (Kommunikationsmittel, Fernerkundung von Rohstoffen u.a., Wetterprognosen usw.) zum Tragen kommt. **Wolfram Bröner**

Verlag Neue Gesellschaft

Franz Nuscheler Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungs- politik

NGG

„Entwicklungshilfe bleibt notwendig, aber sie kann nur dann ihren eigentlichen Zweck, nämlich die Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Mehrheit in der Dritten Welt, erfüllen, wenn sie dem parasitären Zugriff korrupter Cliquen entzogen wird. Und alle Entwicklungshilfe wird solange ihr Ziel verfehlen, wie sie nur notdürftig die Löcher stopfen kann, die eine unfaire Weltwirtschaftsordnung aufreißt.“ Das ist Nuscheler's Fazit aus seiner umfassenden einführenden Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Entwicklungspolitik.

Was heißt eigentlich „Dritte Welt“? Ist Unterentwicklung kulturell bedingt; ist sie eine Folge des Kolonialismus? Welchen Anteil haben Korruption und Militarismus der Entwicklungsländer an ihrer desolaten Situation? Was bringt Nahrungsmittelhilfe? Was tun gegen die Verschuldungskrise? Diese und andere Fragen werden gründlich und verständlich diskutiert.

Dabei übt Nuscheler scharfe Kritik an der Entwicklungspolitik aller Industrienationen in Ost und West einschließlich der Bundesrepublik, die sich samt und sonders nicht am Wohlergehen der Dritten Welt, sondern an ihren eigenen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen orientieren.

Nicht zuletzt aufgrund der auch dem Laien zugänglichen Sprache, der typographisch hervorgehobenen Begriffserklärungen und des Glossars eignet sich dieses Buch ebenso für Schule und Erwachsenenbildung wie für das Selbststudium.

280 S. m. zahlr. Abb. u. Tabellen · 19,80 DM

Bitte fordern Sie den kostenlosen Sonderdruck an!

Postkarte mit Stichwort „Entwicklungspolitik“ und Absender an Verlag Neue Gesellschaft, Postfach 200189, 5300 Bonn 2, genügt.



Heinrich Huß / Silvin Mausfeld

SDI – Reagans Programm für den Erstschlag

In seiner „Krieg der Sterne“-Rede¹ vom 23.3.1983 kündigte Ronald Reagan eine „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) an, mit der er die Wissenschaftler aufforderte, ein Raketenabwehrsystem (ABM-System) zu entwickeln, das die USA und ihre Verbündeten von der atomaren Bedrohung befreien sollte:

„Ich gebe die Anweisung zu einer umfassenden und intensiven Anstrengung, ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auszuarbeiten, um unserem Endziel näher zu kommen, die Bedrohung durch strategische Nuklearraketen zu beseitigen. Das würde den Weg für Rüstungskontrollmaßnahmen zur Beseitigung der Waffen selbst ebnen.“²

Die offiziellen Begründungen für SDI sind vielfältig. Das wichtigste Argument ist jedoch, daß SDI eine defensive Maßnahme sei, um der „sowjetischen Raketendrohung“ zu begegnen.

Zudem wird angeführt, daß SDI im Gegensatz zur Abschreckungspolitik die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges verringere, die Stabilität erhöhe und zu Abrüstung führe. Letzteres würde allein schon daran deutlich, daß die Sowjetunion durch SDI in Genf an den Verhandlungstisch gezwungen worden wäre. Die SDI-Befürworter weisen darauf, daß die Sowjetunion in diesem Bereich

bereits vorgeforscht hätte und als einziges Land über ein einsatzfähiges Anti-satelliten-System (ASAT) verfüge. Schließlich wird das momentane Forschungsprogramm, das angeblich zu einem großen Technologieschub auch im zivilen Bereich führen soll, in den Vordergrund gestellt, um von der Frage der späteren Stationierung des Systems abzulenken.

All diese Argumente dienen dazu, der Bevölkerung das gigantischste Aufrüstungsprogramm der Geschichte (Kosten zwischen 500 Mrd und 1.500 Mrd Dollar) schmackhaft zu machen und die Positionen der Friedensbewegung, die gegen Angriffssysteme der NATO ausgerichtet sind, für sich zu nutzen.

Keine lückenlose Abwehr

Deshalb wird der „defensive Charakter“ von SDI und dessen „friedensfördernde“ Eigenschaft in den Mittelpunkt gestellt. Im folgenden soll nachgewiesen werden, daß diese Behauptungen der Verschleiерung der wahren Beweggründe für den Aufbau einer Raketenabwehr dienen. Den offiziellen Anforderungen seiner Propagandisten kann ein Raketenabwehrsystem nur entsprechen, wenn es

einen vollständigen Schutz der Zivilbevölkerung vor einem atomaren Angriff und einer verstärkten Sicherung des Friedens bewirken würde.

Selbst ein drei- bis vierfach gestaffeltes Raketenabwehrsystem, wie es die augenblicklich verfolgten Konzepte vorsehen, wird nach Meinung seiner Befürworter maximal eine 95%-Effektivität haben. Von den ca. 7.000 Raketensprengköpfen der UdSSR würden demnach noch ca. 350 Sprengköpfe bei einem massiven Angriff die USA erreichen – genug für ihre atomare Verwüstung. Diese „Erfolgsrate“ halten Naturwissenschaftler der „Union of Concerned Scientists“ für utopisch hoch.

Ashton B. Carter vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), der im Auftrag des Amtes für Technologiebewertung des US-Kongresses eine Studie zur Raketenabwehr erstellte und hierfür Einblick in die Geheimunterlagen erhielt, kam zum Ergebnis:

„Die Aussicht darauf, daß neuentwickelte 'Weltraumwaffen' nach ihrer weiteren Verbesserung ein vollkommenes Verteidigungssystem ermöglichen und die Sowjetunion der Fähigkeit berauben, dem Gesellschaftssystem der USA mit Atomwaffen einen tödlichen Schlag zu versetzen, ist so gering, daß sie nicht als



F-15-Kampfflugzeuge mit Antisatellitenrakete

Grundlage öffentlicher Erwartungen oder zur Grundlage einer nationalen Politik auf dem Gebiet der Raketenabwehr gemacht werden sollte!"³

Wenn alle unabhängigen Analysen der Raketenabwehr zu ähnlichen Ergebnissen kommen, seine Aufstellung aber mit Hochdruck weiter betrieben wird, muß man vermuten, daß der proklamierte Schutz der Zivilbevölkerung der USA nicht das vorrangige Ziel eines solchen Abwehrschirms ist.

Schutz nicht als vorrangiges Ziel

Zur Erhellung der wahren Beweggründe darf SDI nicht isoliert von anderen Rüstungsprogrammen der USA (siehe dazu auch Kasten) betrachtet werden: **Antisatelliten-System:** Die USA haben eine kleine flexible Antisatellitenwaffe entwickelt. Diese flugzeuggestützte Rakete, die von jedem US-Flugplatz eingesetzt werden kann, ermöglicht es den USA, jeden erdnahen Satelliten der Sowjetunion (d.h. die Mehrzahl der Aufklärungs-, Frühwarn- und Navigationsatelliten) in wenigen Minuten auszuschalten.

NAVSTAR-Satelliten: Mit der begonnenen Stationierung dieser Navigationsatelliten, die eine extrem genaue Positions- und Geschwindigkeitsbestimmung auf der Erde erlauben, sollen insbesondere die auf U-Booten stationierten Raketen eine Zielgenauigkeit erhalten, mit der eine Zerstörung von verbunkerten Zielen (Hartziel) und damit ihre Erstschlagsfähigkeit möglich wird.

C³I-System: Durch die Modernisierung dieses Systems soll eine Einsatzfähigkeit auch unter den Bedingungen eines Atomkriegs erlangt werden. Diese ist erforderlich für einen effektiven, koordinierten Waffeneinsatz und zur atomaren Zielplanung.

Zielgenaue strategische Raketen: Die Entwicklung und Aufstellung von Pershing II-, Trident II-, MX-Raketen und Cruise Missiles, die durch ihre Fähigkeit zur Zerstörung von Hartzielen eine Bedrohung für die Kommandozentralen (Enthauptung) und die Raketen-Silos (Entwaffnung) darstellen.

Der gemeinsame Hintergrund dieser Aktivitäten ist in den Strategieplänen der USA zu suchen. Die offiziellen Begründungen für diese Rüstungsanstrengungen werden in Frage gestellt, wenn man sich die Entwicklung auf dem Gebiet der Strategieplanung vergegenwärtigt.

In den 50er Jahren entstand eine Situation, in der durch eine „gegenseitig gesicherte Vernichtung“ die jeweilige Gegenseite vom Einsatz ihrer Atomwaffen abgeschreckt werden sollte. Hierbei wurde der Schwerpunkt der angedrohten Vergeltungsangriffe auf die Vernichtung der Städte des Gegners gelegt („Counter-City-Strategie“).

Die USA versuchten jedoch schon früh aus dieser Lage, die ihren Handlungsspielraum einengte, herauszufinden. Durch verstärkte Bekämpfung der gegnerischen Militäreinrichtungen (Raketensilos, Flugplätze usw.) sollte die Fähigkeit der Sowjetunion zum atomaren Gegenschlag verringert werden. Diese sog. „Counterforce-Strategie“ wurde Anfang der 60er Jahre durch neue Aufklärungssysteme in größerem Umfang ermöglicht.

Bei dieser Strategie sollte durch die Schwächung der sowjetischen Atomstreitkräfte, insbesondere durch das „Verhindern des Abfeuerns einer zweiten Salve“⁴ der Schaden in den USA begrenzt werden. Größtmögliche Schadensbegrenzung durch eine auf den Gipfel getriebene „Counterforce-Strategie“ würde sich ergeben, falls die USA in der Lage wären, die sowjetischen Raketen in ihren Silos vor ihrem Start durch einen offensiven Entwaffnungsschlag (Erstschlag) zu zerstören.

In den 70er Jahren machte die Zielgenauigkeit der US-Raketen große Fortschritte. Dies führte dazu, daß Richard Nixons Verteidigungsminister Arthur Schlesinger von einer Begrenzbarkeit des Atomkrieges ausging.⁵ Die Präsidentendirektive der Carter-Administration PD 59 wies 1980 die Streitkräfte an, sich auf einen länger andauernden atomaren Schlagabtausch einzurichten.

Mit der Reagan-Administration kamen die sog. „War-fighters“ in die Entscheidungsposition.

Diese Strategieplaner gehen von einem möglichen Sieg in einem Atomkrieg aus. In einem Artikel der Zeitschrift *Foreign Affairs* untersuchten Colin S. Gray⁶ und Keith Payne im gleichen Jahr die Bedingungen für einen Sieg im Atomkrieg. Zur Überwindung der „Selbstabschreckung“ forderten sie eine „intelligente amerikanische Offensivstrategie“ in Verbindung mit einer Heimatverteidigung, die die US-Verluste auf 20 Mio Tote begrenzen sollte.

„Eine solche Theorie (eine glaubhafte amerikanische Siegstrategie; d. Verf.) hätte das Ende des Sowjetstaates ins Auge zu fassen. Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegsweltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.“⁷

Diese Siegstrategie ist 1982 in die „Verteidigungsleitlinien des Pentagon für die Jahre 1984-88“ mit aufgenommen worden.⁸

Eine Siegstrategie ist nur glaubhaft unter der Bedingung einer atomaren Überlegenheit und bei Anstrengungen zur Schadenskontrolle im eigenen Land.

Die atomare Überlegenheit ist das Mittel zur Eskalationsdominanz: Die USA müssen in der Lage sein, der Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau größeren Schaden androhen zu können, als diese ihnen zufügen könnte, um so einen Konflikt zu ihren Bedingungen beenden zu können.



Laserkanone im Weltraum

Die Schadenskontrolle soll u.a. erreicht werden durch die Regionalisierung eines Atomkriegs (z.B. Schlachtfeld Europa), durch eine Fähigkeit der US-Streitkräfte zum atomaren offensiven Entwaffnungsschlag, durch die Fähigkeit zur effektiven Bekämpfung von U-Boot-stationiertem Raketenpotential sowie durch eine Zivilverteidigung.

Ziel dieser Anstrengungen ist es nach C.S. Gray und K. Payne „Wege zu finden, die es ihm (dem Westen; d. Verf.) erlauben, strategische Atomwaffen als Druckmittel einzusetzen und gleichzeitig die potentiell lähmende Selbstabschreckung auf ein Minimum zu reduzie-

ABC der Weltraumrüstung

ABM-Systeme

ABM steht für Anti-Ballistic-Missile (Raketenabwehrflugkörper)

Bisherige ABM-Systeme bestehen aus schnellen Abwehrraketen mit einem (meist atomaren) Sprengkopf sowie einer bodengestützten Radaranlage zur Zielerfassung und Zielverfolgung der anfliegenden Atom Sprengköpfe. Sie dienen der Verteidigung von Punktzielen. Ein bodengestütztes System für die USA und die UdSSR ist laut ABM-Vertrag von 1972 (Vertrag zur Begrenzung einer Raketenabwehr) zulässig. Das sowjetische System ist um Moskau stationiert. Das US-System war bis 1975 am Raketenfeld Grand Forks installiert.

Zukünftige ABM-Systeme werden auch Ballistic-Missile-Defense (BMD, Verteidigung gegen ballistische Raketen) genannt: System aus mindestens drei Abwehrgürteln, die sich an den Flugphasen von Interkontinentalraketen (ICBM) orientieren; neue Qualität durch Stationierung von Waffen im Weltraum und durch Anwendung neuer Technologien (z.B. Laserwaffen).

Abwehrgürtel gegen ICBM

Startphase: Antriebsphase der Raketen; heutige Dauer ca. 3-8 Minuten, jedoch auf ca. 1 Minute verkürzbar; wichtigste Phase der Raketenabwehr, da die Mehrfachsprengköpfe noch gebündelt sind; mit einem Treffer sind bis zu 10 Sprengköpfe abschließbar; Erleichterung der Zielerkennung und Anpeilung durch heiße Abgasflammen der Raketen. Probleme: Raketenabwehr in dieser Phase nur vom Weltraum aus möglich; hierbei Einsatz von Laserwaffen.

Ballistische Flugphase: antriebslose Phase; Dauer ca. 25 Minuten; am Anfang dieser Phase werden Sprengköpfe und Atrappen vom sog. „Bus“ (Muttersprengkopf) abgetrennt.

Probleme: Vervielfachung der Ziele für die Raketenabwehr, da die Sprengköpfe und Atrappen (bis zu 100 pro Rakete) einzeln abgeschossen werden müssen; aktive Ortung durch Radar, Laser oder Infrarotteleskope erforderlich; Abwehr durch elektromagnetische Kanonen und selbstzielsuchende

Kleinflugkörper (Homing Intercept Technology – HIT).

Wiedereintrittsphase: Dauer ca. 1 Minute; schwere Sprengköpfe trennen sich durch den Luftwiderstand von den leichten Atrappen; Endverteidigungssysteme (Terminal Defense) mit superschnellen, radargelenkten Raketen; 1. Abwehrgürtel in der hohen Atmosphäre in ca. 70 km Höhe; 2. Abfanggürtel in ca. 15 km Höhe; vorwiegend zur Verteidigung von Punktzielen (Raketensilos).

Laser-Waffen

Waffen, deren Zerstörungswirkung durch sehr stark gebündelte Lichtstrahlen entsteht; Ausbreitung der Laserstrahlen mit Lichtgeschwindigkeit, deshalb bevorzugter Waffentyp um die Raketen in der kurzen Startphase zu bekämpfen.

Laser-Kampfstationen: in einer Erdumlaufbahn stationierte Laserwaffensysteme; je nach Bedingungen sind 50 bis über 1.000 Stationen notwendig, um jeder Zeit die Abwehr eines sowjetischen Raketenstarts zu ermöglichen.

Probleme: u.a. Treibstoffmenge, vibrationsfrei schwenkbarer Spiegel von 4-10 m.

Laser-Kampf-Spiegel: Laserlicht wird auf der Erde erzeugt und über Kampfspiegel, die im Weltraum stationiert sind, auf die Raketenziele gelenkt; hierzu ist ebenfalls eine große Anzahl an Kampfspiegeln erforderlich.

Röntgen-Laser: Raketen werden durch extrem kurze Laserblitze abgeschossen, die in dünnen, langen Metallfäden durch Atombombenexplosionen erzeugt werden, wobei die Metallfäden auf die Raketen zielen; Laserblitz wird erzeugt, kurz bevor die Explosion das System zerstört.

ASAT-Systeme

Antisatellitenwaffen, die zur Zerstörung von Satelliten im Weltraum geeignet sind; wichtige Offensivwaffen.

Sowjetisches System: schwere SS-9-Rakete (45 m lang) mit 2 t schwerem Killersatelliten;

bisher nur von einer Stelle gestartet; Ausgangsumlaufbahn ca. 65° geneigt gegenüber dem Äquator; Maximale Flughöhe 1000 km; Killersatellit nähert sich in 1-2 Erdumrundungen dem Zielsatelliten an und soll ihn durch Explosion einer Schrapnellladung zerstören; Dauer der Annäherung ca. 1-3 Stunden bei günstiger Flugbahn des Zielsatelliten. Bisher wurden 20 Tests durchgeführt: 14 Tests mit Radarzielsuche (dabei Erfolgsquote 65%); 6 Tests mit Zielsuche durch Infrarot (Erfolgsquote 0%). Erreicht die in 36.000 km Höhe stationierten US-Frühwarn-, Navigations- und Nachrichtensatelliten nicht.

System der USA: kleine 6 m lange Rakete mit selbstzielsuchendem Kleinflugkörper. Die zweistufige Feststoffrakete ist unter ein F-15-Kampfflugzeug montiert, das von jedem Flugplatz der Erde aus einsetzbar ist. Beim Einsatz fliegt das Kampfflugzeug unter die Bahn des Zielsatelliten, steigt auf 29 km Höhe und schießt dann die Rakete ab. Der Kleinflugkörper lenkt sich selbst ins Ziel. Zerstörung des Satelliten durch Kollision; Einsatzhöhe: maximal 2.000 km; Dauer vom Start bis zur Zerstörung ca. 10 Minuten; es sollen zwei Staffeln mit jeweils 36 ASAT-Systemen stationiert werden.

Es ist ein offensives System, da es die wichtigsten Satelliten der Sowjetunion erreicht. Das System soll noch im September d.J. zum ersten Mal getestet werden.

Nach Abschluß der Testphase sinken die Chancen für Rüstungskontrollvereinbarungen, da eine Stationierung des Systems durch Photoaufklärung nicht zu überprüfen ist.

C³I-System

C³I bedeutet Command, Control, Communication and Intelligence, d.h. ein System aus Kommandozentralen, Frühwarnsatelliten, Aufklärungssatelliten, Kommunikationseinrichtungen und Datenverarbeitungsanlage. Satelliten sind ein entscheidender Bestandteil des Systems (siehe auch Beitrag von Dieter Engels).

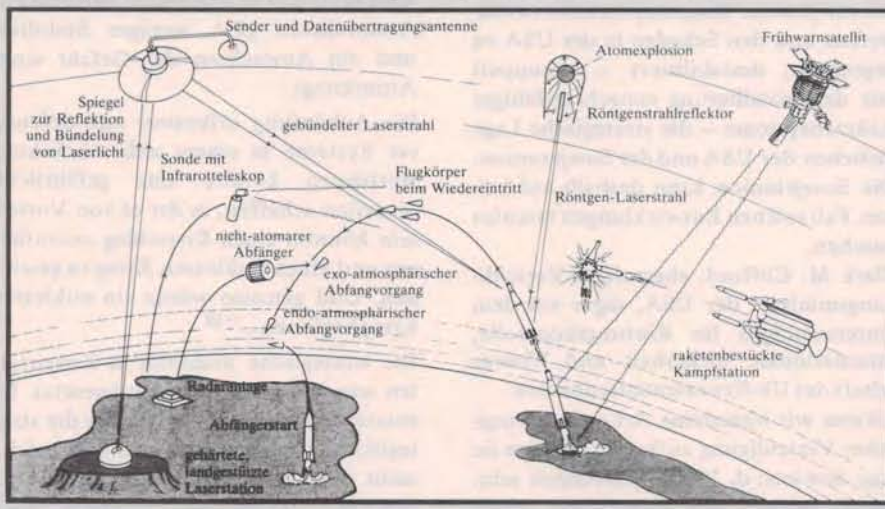
Maßnahmen gegen eine Raketenabwehr

Härtung der Raketen z.B. durch Verspiegelung der Raketenoberfläche (erhöht die zur Zerstörung der Rakete notwendige Energie des Laserstrahls); Sprengkopfatrappen und Tarnmaterialien; Sprengköpfe, die einen Zick-Zack-Kurs steuern können; Erhöhung der Anzahl der stationierten Interkontinentalraketen; verstärkte Stationierung von Marschflugkörpern, die eine Raketenabwehr unterfliegen.

ASW

ASW steht für Anti-Submarine-Warfare (U-Boot-Bekämpfung). Wichtigstes Element eines Erstschlagskonzepts, da U-Boote bisher Träger eines gesicherten Vergeltungspotentials sind; U-Boot-Ortung durch Schallsensoren und Überwachungssatelliten; die Entwicklung wird derzeit in den USA verstärkt vorangetrieben.

Schema der einzelnen Komponenten eines dreistufigen strategischen Abwehrraketenabwehrsystems im Weltraum



ren".⁹ Krieg soll als militärisches Risiko für die USA wieder kalkulierbar werden. Durch diese erweiterten Handlungsoptionen der USA soll die Sowjetunion eingeschränkt werden, da Washington diese als einzige Macht ansieht, die den Handlungen der USA glaubhaft entgegenzutreten vermag. Unter dem Schirm der atomaren Überlegenheit soll die angeknackste Hegemonie der USA in der westlichen und Dritten Welt wieder etabliert und womöglich ausgeweitet werden.

„Schieß oder verlier“

Im Rahmen dieser Konzepte wird die wesentliche Rolle eines Raketenabwehrsystems deutlich.

Seine Funktion entspricht nicht der des von Ronald Reagan propagierten dichten Raketenabwehrschirms. Seine eigentliche Aufgabe ist die Abwehr eines begrenzten, unkoordinierten Gegenschlags nach einem Erstschat der USA. Selbst nach einem solchen Erstschat gegen das sowjetische Raketenpotential, der verbunden wäre mit einem atomaren Enthauptungsschat gegen die sowjetischen Führungszentralen, blieben einige sowjetische Raketen noch einsatzfähig. Die Abwehr dieses Raketenrests wäre die eigentliche Aufgabe eines Raketenabwehrsystems. Ohne Raketenabwehr (das hat auch C.S. Gray erkannt) ist das Risiko eines nicht mehr hinnehmbaren Schadens selbst durch den geschwächten gegnerischen Vergeltungsschat zu hoch. Die Siegstrategie wäre somit in ihrem Kern unglaubwürdig.

Die US-Strategieplaner gehen davon aus, daß die Beherrschung des Weltraums der kriegsentscheidende Faktor in einem künftigen Konflikt zwischen der USA und der Sowjetunion sein wird.¹⁰ Die im Weltraum errungenen Vorteile lassen die „irdische“ Überlegenheit des Atompotentials entscheidend zur Wirkung kommen.

Da die USA den Weltraumssystemen solche Bedeutung beimessen, verspüren sie – laut C.S. Gray – „das Bedürfnis nach einem dauerhaften Überleben ihres C³I-Weltraumsystems ... sowie ein kaum weniger starkes Bedürfnis danach, daß den sowjetischen Streitkräften der Einsatz von Weltraumssystemen verwehrt wird.“¹¹

Diesem „Bedürfnis“ entspricht die Entwicklung von Antisatellitenwaffen. Mit diesen sollen die sowjetischen Streitkräfte durch die Zerschlagung ihrer Aufklärungssysteme „blind“ gemacht und durch die Zerstörung der Kommunikationssatelliten ihre Koordination und Leitung stark erschwert werden. Antisatellitenwaffen sind deshalb wie auch die Raketenabwehrsysteme ein unent-

Stationen der Weltraumnutzung

Leistung	Sowjetunion		USA	
	Datum	Bezeichnung	Datum	Bezeichnung
Künstliche Erdsatelliten	Okt. 1957	Sputnik 1	Jan. 1958	Explorer 1
Tier im All	Nov. 1957	Sputnik 2	Nov. 1961	Mercury-Atlas 5
Erster Fotoaufklärungssatellit	Apr. 1962	Kosmos 4	Apr. 1959	Discoverer 2
Anti-Satelliten-System (ASAT)	Okt. 1967	Kosmos 185	Okt. 1959	ASAT-Rakete
Meteorologiesatellit	Apr. 1963	Kosmos 14	Apr. 1960	Tiros 1
Navigationssatellit	Dez. 1970	Kosmos 385	Apr. 1960	Transit 1 B
Frühwarnsatellit	Dez. 1968	Kosmos 260	Mai 1960	MIDAS 2
Fernmeldesatellit	Aug. 1964	Kosmos 41	Okt. 1960	Courier 1 B
Mensch im Weltraum	Apr. 1961	Wostok 1	Feb. 1962	Mercury-Atlas 6
		Gagarin		Glenn
Nuklearkraftquelle i. Weltraum	Dez. 1967	Kosmos 198	Juni 1961	Transit 4 A
Elektronischer Aufklärungssatellit	März 1967	Kosmos 148	Feb. 1962	Satellit der US-Luftwaffe
Geodäsiesatellit	Feb. 1968	Kosmos 203	Okt. 1962	ANNA 1 A
Satellit zur Entdeckung nuklearer Explosionen	–	–	Okt. 1963	Vela 1
Erfolgreiche unbemannte Mondlandung	Feb. 1966	Luna 9	Juni 1966	Surveyor 1
Ozeanüberwachungssatelliten	Dez. 1967	Kosmos 198	Apr. 1976	NOSS 1
Mensch auf dem Mond	–	–	Juli 1969	Apollo 11
Erfolgreiche Landung auf entfernten Planeten	Dez. 1970	Venera 7 (Venus)	Juli 1976	Viking 1 (Mars)
Bemanntes Weltraumlaboratorium	Apr. 1971	Saljut 1	Mai 1973	Skylab
Wiederverwendbares Raumfahrzeug	–	–	Apr. 1981	Space Shuttle

* Fette Schrift zeigt an, welches Land die Erstleistung erbrachte



Wiederverwendbares US-Raumfahrzeug Space Shuttle vor der Landung

behrlicher Bestandteil eines jeden Erstschatzenarios.

Die mit dem Aufbau einer eigenen Raketenabwehr unternommene Anstrengung, das sowjetische Raketenpotential zu entwerten und den Schaden in der USA zu begrenzen, destabilisiert – gekoppelt mit der Installierung erstschlagsfähiger Raketenysteme – die strategische Lage zwischen der USA und der Sowjetunion. Die Sowjetunion kann deshalb auf keinen Fall solchen Entwicklungen tatenlos zusehen.

Clark M. Clifford, ehemaliger Verteidigungsminister der USA, sagte vor dem Unterausschuß für Rüstungskontrolle, internationale Sicherheit und Wissenschaft des US-Repräsentantenhauses:

„Wenn wir irgendeine Art von strategischer Verteidigung aufbauen, werden sie (die Sowjets; d. Verf.) gezwungen sein, unter großem Kostenaufwand etwas

Gleichwertiges zu schaffen, Schritte für Gegenmaßnahmen zu ergreifen und Maßnahmen zur Überwindung unseres Systems zu treffen und das Endergebnis wird sein, daß es auf beiden Seiten mehr Atomraketen gibt, weniger Stabilität und ein Anwachsen der Gefahr eines Atomkriegs.

Die Anhäufung offensiver und defensiver Systeme in einem unbeschränkten Wettrüsten könnte eine gefährliche Situation schaffen, in der es von Vorteil sein könnte, einen Erstschat auszuführen und einen nuklearen Krieg zu gewinnen. Und genauso würde ein nuklearer Krieg beginnen...“¹²

Die strategische Stabilität in Krisenzeiten wäre also drastisch herabgesetzt. Es entstünde eine Situation, in der die strategische Lage, salopp ausgedrückt, nicht mehr dem „wer zuerst schießt stirbt als Zweiter“ entspricht, sondern dem

„schieß deine Raketen ab oder verlier sie“.

Wenn der Besitzer eines Raketenabwehrsystems Zeit, Ort und Umfang eines atomaren Schlags bestimmen kann, erhält er durch die Initiative entscheidende Vorteile. Dies zwingt die andere Seite ihrerseits dem Gegner zuvorzukommen – der Überraschungseffekt wäre kriegsentscheidend.

Die Installation eines Raketenabwehrsystems birgt die Notwendigkeit zur schnellen Entscheidung. Dies führt zu einem verstärkten Zwang, sowohl die Entscheidung zum Einsatz des Raketenabwehrsystems als auch zum Einsatz der Atomwaffen Computersystemen zu überlassen. Dieser schon bei der Stationierung der Pershing II diskutierte Effekt würde stark zunehmen und den Computerfehler als Initialzündung eines Atomkrieges zur ernstzunehmenden Bedrohung werden lassen.

Sowjetische Gegenmaßnahmen

Angesichts der Möglichkeit, daß das SDI-Programm in die Tat umgesetzt wird und es damit zu einer gefährlichen Destabilisierung des globalen strategischen Gleichgewichts kommen könnte, hat die Sowjetunion bereits frühzeitig Initiativen ergriffen, um einen neuen Rüstungswettlauf bisher ungekannten Ausmaßes zu verhindern.

Sie hat mehrere einseitige Moratorien verkündet und die USA zu gleichen Schritten aufgefordert: Tests von ASAT-Waffen 1983, Aufstellung von Mittelstreckenraketen April 1985, Atomwaffentests August 1985. Und sie hat den Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz erklärt. Gleichzeitig hat sie in der UNO

mehrere Verträge (1981, 1983) eingebracht, die ein Verbot der Militarisierung im Weltraum vorsehen.

Von den USA wurden diese Entwürfe wegen angeblicher „mangelnder Verifizierbarkeit“ und zahlreicher „Unklarheiten“ abgelehnt. Daß ein neuer Resolutionsentwurf zur „internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums unter den Bedingungen seiner Nichtmilitarisierung“ (siehe Dokumententeil), den die Sowjetunion zur 41. UN-Vollversammlung beantragt hat, auf ähnlichen Widerstand der USA stoßen wird, ist anzunehmen.

Bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, die am 12. März d.J. begannen, gelang es der Sowjetunion zwar, das Thema „Weltraumwaffen“ auf die Tagesordnung zu setzen, doch haben die USA bereits erklärt, daß SDI für sie nicht zur Disposition stünde.

Sowjetische Wissenschaftler haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie, wenn keine vertraglichen Regelungen bei den Verhandlungen erreicht werden, ebenfalls Forschungsprogramme zur Raketenabwehr beginnen werden.

Die einfachste und wohl auch billigste Variante der Sowjetunion, auf SDI zu reagieren, dürfte jedoch die Aufstockung ihrer strategischen Offensivwaffen sein, um die Abschreckung aufrechtzuerhalten. Mit dieser Maßnahme erhofft man sich, das Raketenabwehrsystem der USA zu übersättigen.

Ende der Rüstungskontrolle

Damit wäre nicht nur in Genf kein positiver Abschluß im Bereich „strategischer Waffen“ zu erwarten, sondern gleichzeitig würden die SALT-Verträge über die Begrenzung strategischer Waffen hinfällig.

SALT I (1972) sieht eine Höchstgrenze für Trägersysteme und SALT II (1979) eine Begrenzung der Sprengkopffzahl (maximal 10) pro Rakete vor.

Auch der ABM-Vertrag (1972), der beiden Seiten höchstens 100 Abfangflugkörper zugesteht, die auf der Erde ortsfest stationiert sein müssen, würde allein schon durch einen Test der US-Raketenabwehr im Weltraum gebrochen. Er verbietet, see-, luft-, weltraum- und mobile landgestützte Systeme und Komponenten der Raketenabwehr zu entwickeln, zu testen und zu stationieren. Ihre Erforschung ist nicht untersagt. Im Zusammenhang mit SDI-relevanten Technologien ist jedoch immer die Rede von „Research, Development, Test and Evaluation“ (RDT&E: Forschung, Entwicklung, Test und Auswertung). Und es haben bereits im vergangenen Jahr Feldtests stattgefunden.¹³

SDI bedeutet also nicht nur das Ende der

Rüstungskontrolle. Sie leitet vielmehr einen erneuten, verstärkten Rüstungswettlauf ein.

Ein unter SDI-Befürwortern beliebtes Argument besagt, die Sowjetunion hätte einen technologischen Vorsprung in der Weltraumwaffenforschung und ein einsatzfähiges ASAT-System.

Immer wenn US-Regierungen neue Aufrüstungsprogramme ins Auge faßten, mußte eine angebliche Vorrüstung der UdSSR als Begründung herhalten. So wurde während der Debatte um die MX behauptet, die Sowjetunion könnte mit ihren Interkontinentalraketen im Erstschlag die landgestützten US-Raketen zerstören.

Dies tat man, obwohl die UdSSR nachweislich über keine Erstschlagskapazität verfügt, da die Mehrzahl der US-Systeme, weil luft- und seegestützt, dagegen unverwundbar sind.

Gleichermaßen angreifbar ist die These von der Weltraumüberlegenheit der Sowjetunion.

So heißt es im Bericht der Union Besorgter Wissenschaftler: „Darüber hinaus sind die Sowjets den USA in den meisten der Basistechnologien, die für fortgeschrittene BMD-Systeme entscheidend sind, unterlegen. In Übereinstimmung mit einem Bericht von Verteidigungsstaatssekretär DeLauer liegen die zwei Länder gleichauf bei Technologien, die Richtenergie (Laser und Partikelstrahlen; d. Verf.) betreffen, während die USA bei Computern, Optik, automatischer Kontrolle, elektrooptische Sensoren, Mikroelektronik, Antriebsarten, Radar, Zeichenverarbeitung, Software, Telekommunikation und Führungssystemen überlegen sind.“¹⁴

Die USA arbeiten seit 1959, die UdSSR seit 1963 an Antisatellitensystemen. 1964 stationierten die USA auf der Johnston-Insel Thor-Raketen mit Atomsprengköpfen zur Satellitenbekämpfung. 1975 wurde das System abgebaut. Es ist aber jederzeit innerhalb eines halben Jahres reaktivierbar.

„Die Sowjets sind unterlegen“

Das sowjetische ASAT-System – es wurde mit 65%iger Erfolgsrate zwanzigmal getestet – ist zum Überraschungsangriff im Zusammenhang mit einem Erstschlag nicht geeignet. Es arbeitet sehr langsam, mit mäßigem Erfolg und erreicht die amerikanischen Schlüssel-satelliten nicht (weitere Informationen siehe Kasten).

Der US-Wissenschaftler R. Garwin kommt zu dem Ergebnis: „Wir können davon ausgehen, daß heute die Sowjets mit ihrem schwerfälligen und unflexiblen Satellitenabwehr-System die Amerikaner nur äußerst begrenzt bedro-



Als erster Mensch der Dritten Welt flog der Kubaner Arnaldo Tamayo Mendez (l.) zusammen mit dem Kosmonauten Romanenko im Raumschiff Sojus 38 ins Weltall



Skeptisch gegenüber SDI: Außenminister Genscher (r.) und Dumas (Frankreich)

EUREKA – eine zivile Alternative?

Als Antwort auf die US-Offensive zur Militarisierung des Weltraums schlug Frankreich vor, eine European Research Coordination Agency (Europäische Agentur zur Forschungskoordination), kurz EUREKA, zu schaffen und damit ein rein ziviles europäisches Forschungsprojekt zu gründen.

Bei diesem Vorschlag stand die Befürchtung Pate, SDI werde den USA einen neuen Technologie-Vorsprung beschern, der Westeuropa endgültig zur technologischen Provinz machen würde. Es „müssen Fachleute und Gelder auf dem europäischen Kontinent gebunden werden, die sich ohne ein wirklich attraktives Projekt bei uns zum amerikanischen Kontinent hingezogen fühlen könnten und dann für den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt ihres Landes verloren wären“.¹

Am 17. Juli d.J. trafen sich in Paris die Außen- und Forschungsminister von 17 westeuropäischen Staaten und einigten sich auf ein gemeinsames Konzept, das eher einen lockeren organisatorischen Rahmen vorsieht.

Eine europäische Agentur, wie Frankreich es wünschte, wird es nicht geben. Die Beteiligung der einzelnen Staaten wird unterschiedlich, meist projektgebunden sein.

Die Regierung Frankreichs hat angekündigt, daß sie als erste Rate für EUREKA umgerechnet 300 Mio DM vorsieht. Auch die Bundesregierung plant Geld für EUREKA ein.² EUREKA umfaßt sechs Forschungsbereiche³: Optik und Elektronik; „neue Materialien“; Großcomputerwesen; Hochleistungslaser und Partikelstrahlen; „künstliche Intelligenz“; Höchstgeschwindigkeits-Mikroelektronik.

EUREKA und SDI beschäftigen sich mit genau denselben Themen. Aber während das Projekt der USA rein militärischer Natur ist, wird EUREKA zu wichtigen zivilen Fragestellungen, wie z.B. zur Ökologie, forschen. Die Frage, ob man EUREKA als Gegenkonzept zu SDI zu werten hat, ist sehr umstritten. Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen): „Bei den Weltraumbewaffnungsplänen geht es nicht nur um Reagans SDI benanntes 'Krieg der Sterne'-Programm, sondern auch um westeuropäische Spielarten

wie z.B. EUREKA... EUREKA könnte also ein Baustein werden für einen zusätzlichen Bedrohungs- und Konfrontationsfaktor namens Westeuropa mit eigener Atomstreitmacht.“⁴

Tatsächlich sind die Forschungsbereiche von EUREKA militärisch hochbedeutend. Und die Hinweise Frankreichs auf die militärische Perspektive sind nicht zu übersehen.

So muß wohl davon ausgegangen werden, daß EUREKA einen Beitrag zur Intensivierung und Vereinheitlichung der westeuropäischen Rüstungsforschung leisten wird. Eine solche Entwicklung entspräche den Bedürfnissen der Westeuropäischen Union (WEU), in deren Rahmen diskutiert wird, die europäische Weltraumtechnologie auch militärisch einzusetzen.

Eine Garantie für eine rein zivile Nutzung von EUREKA könnte nur dadurch erreicht werden, wenn auch die sozialistischen europäischen Staaten einbezogen würden. Entsprechende Angebote, etwa der DDR, sind jedoch in Paris und in den anderen westeuropäischen Hauptstädten bisher auf taube Ohren gestoßen.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß eine mit EUREKA einhergehende westeuropäische Nichtbeteiligung an SDI und die damit verbundene Absage an die militärstrategischen Vorstellungen der USA, von zentraler politischer Bedeutung wäre. In der Bundesregierung setzt sich anscheinend die Linie durch, sich sowohl an SDI und EUREKA zu beteiligen. Auch die bundesdeutsche Industrie hat direkte Kontakte in die USA und nach Paris aufgenommen. Anscheinend hat die Sorge vor einer „technologischen Einbahnstraße“ in die USA hier Früchte getragen.

Anmerkungen:

- 1) Warum Eureka, Frankreich-Info, Nr. 14/1985, von der Französischen Botschaft veröffentlicht.
- 2) Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.9.1985
- 3) M. Villon, Eureka statt SDI, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/1985, S.777
- 4) Siehe Interview mit Andreas Zumach in: Arbeiterkampf, 1.7.1985

hen.“¹⁵

Die Installierung des US-Raketenabwehrsystems hätte immense Auswirkungen auf die militärische Situation in Europa.

Die von der Bundesregierung so gelobte atomare Garantie der USA für Europa würde sich hierdurch als Irrlicht erweisen. Durch den Schutz der USA vor einem sowjetischen Vergeltungsangriff wird eine Begrenzung des Atomkriegs auf Europa möglich.

Das offensive AirLand-Battle-Konzept (siehe AIB 4/1984, S. 15ff.), das den integrierten Einsatz von konventionellen, chemischen und atomaren Waffen vorsieht, wird nur unter den Bedingungen einer amerikanischen Raketenabwehr überhaupt durchführbar.

In der NATO entstünden zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit, was diese in ihren Grundfesten erschüttern könnte. Selbst Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) sah darin im April 1984 anlässlich der Tagung des NATO-Rats in Cisme die Gefahr einer „Abkoppelung“ der USA von Europa. Auf der Wehrkundetagung in München vom Februar 1985 warb US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger für eine Unterstützung des SDI-Konzepts.

„Abkoppelung“ von Europa

Im März d.J. forderte er die Europäer ultimativ auf, binnen 60 Tagen zu erklären, ob sie sich an dem US-amerikanischen Forschungs- und Entwicklungsprogramm für Raketenabwehrtechnologien beteiligen wollten. Diese Aufforderung hat für die USA mehrere Gründe:

- Durch eine Beteiligung der westlichen Industriestaaten* wären diese als Unterstützer des Programms in die US-Politik eingebunden.
- Eine Beteiligung dieser Staaten würde die Durchführung des SDI-Programms auch gegen die eigene Opposition erleichtern.
- Eine finanzielle Teilnahme der Industriestaaten würde das teure Programm für die USA kostengünstiger machen.
- Es besteht ein US-Interesse an der Nutzung der technologischen Spitzenstellung der Europäer und Japans in einigen SDI-relevanten Bereichen.
- Wettbewerbsnachteile im zivilen Bereich, die durch die Umverteilung ziviler Forschungsmittel in den militärischen Bereich entstehen würden, könnten somit ausgeglichen werden.

Schon sehr früh haben einige europäische Staaten SDI verurteilt und eine Beteiligung an dem Forschungsprogramm abgelehnt. Hierzu zählen insbesondere die skandinavischen Staaten Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland.

Frankreich befürchtet seinerseits einen neuen Rüstungswettlauf durch die Installation einer Raketenabwehr: „...aber es ist mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es eher zu einer Ankerbelung des Wettbewerbs der offensiven Bewaffnung durch die Stationierung defensiver Systeme kommt. Es bestehen also wirklich Risiken der Instabilität“. Dies sagte Charles Hernu, der französische Verteidigungsminister, auf der XXII. Internationalen Wehrkundebegegnung.¹⁷

Darüber hinaus scheint Frankreich eine Entwertung seiner atomaren „Force de Frappe“ zu befürchten, obwohl dies heftig demontiert wird. Trotz der politischen Ablehnung der Raketenabwehrprogramme scheint Frankreich aber seine Industrie zu einer Teilnahme an SDI zu ermutigen. Paris hat den westeuropäischen Ländern als Alternative zu SDI das gemeinsame Forschungsprogramm EUREKA für neue Technologien vorgeschlagen, das ausschließlich zivilen Zwecken dienen soll (siehe Kasten).

Auch andere Verbündete der USA, darunter Kanada, Norwegen, Griechenland, Dänemark und Australien, haben sich gegen eine Beteiligung an SDI ausgesprochen. Am aufgeschlossenen gegenüber dem Weltraumrüstungs-Programm Washingtons zeigte sich Israel.

Die englische Premierministerin Margaret Thatcher ist geneigt, unter verschiedenen Vorbehalten an SDI teilzunehmen, obwohl ihr Außenminister J. Howe vorsichtige Kritik an der entstehenden Destabilisierung und an den hohen Kosten des Systems äußert.¹⁸

Auch die japanische Regierung ist bereit, sich am SDI-Forschungsprogramm zu beteiligen, wenngleich sie bisher noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat. Japanische Firmen beteiligen sich allerdings bereits jetzt an der Entwicklung von Kampfmaschinen.

Bonn vertritt eine ähnliche Position. Die Diskussion dreht sich in der CDU/CSU nicht mehr darum, ob man sich beteiligen soll, sondern wie das geschehen soll. Die FDP und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zeigen SDI gegenüber allerdings eine vorsichtige

Konservative SDI-Anhänger: Kanzler Kohl und Israels Vizepremier Schamir



Skepsis. Genscher erwartet Beeinträchtigungen der Rüstungskontrollverhandlungen und warnt vor einem Bonner Alleingang.

Als Begründung für eine bundesdeutsche Beteiligung wird besonders auf den erwarteten sog. „spin-off“-Effekt verwiesen.

Durch den hohen finanziellen Mitteleinsatz für die militärische Forschung wird mit einem Schub an zivil nutzbarer Technologie gerechnet. Hierdurch würde die USA gegenüber den anderen westlichen Industriestaaten Wettbewerbsvorteile erlangen, die diese durch eine Beteiligung verhindern könnten.

Verbunden mit dem „spin-off“-Argument ist die Behauptung, SDI sei ein reines Forschungsprogramm, durch das noch keine Weichen für Entscheidungen zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems gestellt würden. Die Feststellung, daß die USA SDI auf alle Fälle auch alleine durchziehen würden und Westeuropa sich nur durch seine Beteiligung Einfluß auf „den politischen Prozeß des Programms sichern könnte“¹⁹, soll ebenfalls den Widerstand gegen die Teilnahme an SDI entkräften.

Der neue US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, erwartet von Bonn noch in diesem Herbst den Abschluß eines Abkommens zur Regelung der Teilnahmebedingungen am SDI-Projekt.

Um diese Teilnahmebedingungen zu erkunden, reiste Anfang September d.J. eine Delegation von Vertretern der Bundesregierung, der Industrie und der Großforschungseinrichtungen unter der Leitung des Kanzlerberaters Teltschik nach Washington. Die Ergebnisse dieser Reise werden großen Einfluß auf die Entscheidungen zur Teilnahme Bonns haben.

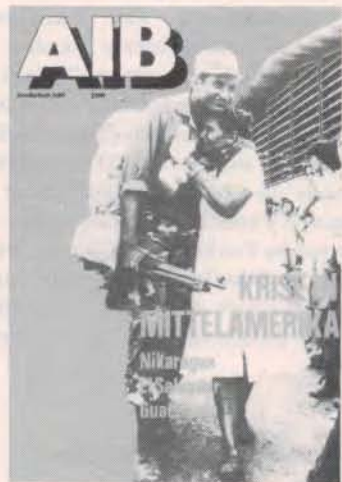
Nebenschirm für Westeuropa?

Günter Gillessen von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gab dieser Delegation einige Ratschläge mit auf den Weg: Da die deutsche Industrie sich in der Rolle eines „Demandeurs“ befinde, rät er, die Teilnahme der Bundesrepublik nicht an zu viele Bedingungen zu knüpfen und sich keine „übertriebenen Vorstellungen“ von den Möglichkeiten eines Technologieaustausches zu machen. Europäische Regierungen könnten einen Einfluß auf das Programm nur durch laufende politische Mitarbeit nehmen. Gillessen rät weiter dazu, SDI so zu erweitern, daß auch Mittelstreckenraketen, Kurzstreckenraketen, Cruise Missiles und Flugzeuge abgefangen werden können. Er fordert also einen Abwehrschirm für Westeuropa, bei dessen Erforschung auch „überlappende Interessen von Amerikanern und Europäern“ an

AIB-Sonderhefte



2/1985: Libanon



3/1985: Mittelamerikakrise

Preis der Sonderhefte: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

FREE! from MERIP REPORTS

THE WAR OF THE HOSTAGES

Lebanon's Shi'a: Revolt of the Dispossessed. This special issue of MERIP Reports tells you what lay behind the hostage crisis. It's FREE with a new subscription to MERIP Reports. For just \$15.95, you get a full year (9 issues) of the best coverage of Middle East developments and US policy there. Plus this free bonus. Save \$15.00 off the newsstand price, and get a year of vital news and analysis—reading you need now more than ever.

- Yes!** I want to subscribe to MERIP Reports. Enclosed is \$15.95. Send me my free copy of **Lebanon's Shi'a: Revolt of the Dispossessed** (Add \$4 outside of US).
- I would like a copy of **Lebanon's Shi'a: Revolt of the Dispossessed**. Enclosed is \$3.50.

Name: _____

Address: _____

City: _____ State: _____ Zip: _____

Send your check or money order in US dollars to: MERIP Reports (H), Room 518, 475 Riverside Drive, New York, NY 10115.

wichtigen Teilen der SDI-Forschung entstehen würden.²⁰

Ein solches „europäisches Raketenabwehrsystem“ wird von einzelnen CDU-Politikern, wie z.B. Alfred Dregger, schon lange gefordert, um aus der mißlichen Lage der „verminderten Sicherheit Westeuropas“ gegenüber den USA herauszufinden.

Dieses Raketenabwehrsystem, das der westeuropäischen Bevölkerung Schutz gegen taktische sowjetische Atomraketen bieten soll, wäre noch viel weniger effektiv als das US-amerikanische System gegen die Interkontinentalraketen. Hauptargument hierfür ist die kurze Zeitspanne wegen der kürzeren Flugbahn der Kurzstreckenraketen, die eine Raketenabwehr nicht ermöglicht. Die Installation von nur einer – oder maximal einer zweiten – Abwehrstaffel bedeutet noch mehr für Westeuropa als schon für die USA: Flächenverteidigung Europas ist nicht möglich!

Eine Verteidigung von Punktzielen durch eine modernisierte Version der „Patriot-Luftabwehrsysteme“ dient dagegen – durch den Schutz militärischer Einrichtungen – der Kriegsfähigkeit der US- und der NATO-Streitkräfte. Europas Bevölkerung würde dabei der atomaren Vernichtung preisgegeben.

Eine solche Punktzielverteidigung würde somit die Schaffung von Zonen ungleicher Sicherheit durch die Aufstellung der US-Raketenabwehr nicht verhindern.

Illusion des zivilen Nutzens

Die Hoffnung auf zivile „spin-offs“ durch eine Beteiligung Bonns an SDI erweisen sich nach einer Studie des Progress-Instituts für Wirtschaftsforschung (PIW) „zum erheblichen Teil als Illusion“.²¹

Auch in Bereichen einer Doppelverwendbarkeit der modernen Technologie erwartet die Studie eine Blockierung der zivilen Anwendung durch die zunehmende militärische Geheimhaltung bei der Erforschung und Anwendung neuer Technologien seitens der USA.

Bei einer Beteiligung von nur 10% an den Kosten von SDI würden 1989 „die gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes zu 52% von der Weltraum- und Rüstungsforschung in Anspruch genommen werden!“²²

Durch die entsprechenden Kürzungen ziviler Forschungs- und Entwicklungsprogramme erwarten die Autoren statt Wettbewerbsvorteilen eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft.

Da eine Teilnahme der Bundesregierung auch im Bundesetat eine weitere Umschichtung vom Sozialbereich zur Rüs-

tung hin fördert und da sie zum anderen der US-Administration helfen würde, SDI gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, muß die Verhinderung der Teilnahme Bonns an SDI ein zentrales Anliegen der bundesdeutschen Friedensbewegung (siehe Dokument ihres „Ratschlags“) sein.

Damit könnte die Verwirklichung der US-Kriegführungsstrategie blockiert werden. Angesichts der starken Opposition sowohl auf der internationalen Ebene wie in den USA selbst, ist die Durchführung der Raketenabwehrprogramme nicht unabwendbar.

Anmerkungen:

- 1) Siehe Europa-Archiv, Folge 10/1983, S. D267-270
- 2) Ebenda, S. D270
- 3) A.B. Carter: Directed Energy Missile Defence in Space. A Background Paper, US-Congress, Office of Technology Assessment, Washington 1984
- 4) So der ehemalige US-Verteidigungsminister und Weltbankpräsident R. McNamara. Zitiert in: R.C. Aldridge, Erstschiß!, München 1984, S.42
- 5) Vgl. ebenda, S.39
- 6) C.S. Gray ist inzwischen Berater der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde der USA.
- 7) C.S. Gray/K. Payne: Victory is possible, in: Foreign Affairs, Washington, Heft 39, 1980
- 8) New York Times, 3.5.1982. Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984 zu AirLand Battle, S.36-38
- 9) Gray/Payne, Victory..., a.a.O.
- 10) „Wir brauchen unsere Vorstellungskraft nicht besonders anzustrengen, um zur Überzeugung zu gelangen, daß diejenige Nation, die den Weltraum kontrolliert auch die Welt kontrollieren wird.“ Edward Aldridge, Staatssekretär für die Luftstreitkräfte, zit. nach: P. Barth, Militarisierung des Weltraums – Science fiction wird Wirklichkeit, in: A. Orth, Krieg der Sterne: Ein amerikanischer Traum für Europa, Frankfurt/M. 1984, S.14
- 11) C.S. Gray, Space is not a Sanctuary, in: Survival, Band XXV, 5/1983, S. 194-204
- 12) Zit. nach: Blätter für deutsche und internationale Politik (Blätter), Nr. 8/1985, S. 923
- 13) Siehe: W. Bruckmann, „Krieg der Sterne“ – Reagans Himmelfahrtskommando, in: Reader zur Strategiekonferenz der Friedensbewegung, 16./17.6.1985, S.30
- 14) Zit. nach: E. Sieker/W. Zellner, „Strategic Defense Initiative“ – Aufbruch in die falsche Richtung, in: Blätter, Nr. 4/1985, S. 500
- 15) R. Garwin, Anti-Satelliten-Waffen, in: Spektrum der Wissenschaften, Nr. 8/1984, S.25
- 16) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29.3.1984
- 17) Blätter, Nr. 8/1985, S.927
- 18) Vgl. Rede vor dem Royal United Services Institute, zit. nach: Blätter, Nr. 8/1985, S.928
- 19) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.1985
- 20) Ebenda
- 21) J. Eisbach/R. Rilling, Mit SDI in die Zweitklassigkeit – Ökonomische Gefahren einer einseitigen Ausrichtung der Forschungspolitik, in: PIW-Studien, Bremen, Nr. 2/1985, S.1
- 22) Ebenda



Peter Die Hölle Auswirkungen der W auf die I

Hat die Dritte Welt nicht wichtigere Sorgen, als die Auseinandersetzung um die sog. „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI)? Ist der Kampf um die tägliche Handvoll Reis zum Überleben nicht viel vordringlicher? Was geht Menschen, die in ihren Hütten nicht einmal über elektrisches Licht und sauberes Wasser verfügen, eine militärische Supertechnologie im Weltraum an?

Es ist nur allzu verständlich, wenn Viele, die sich in der BRD für die Dritte Welt engagieren, diese Fragen stellen. Scheint die „Star wars“ (Sternenkriegs)-Thematik auf den ersten Blick doch tatsächlich „nur“ das Ost-West-Verhältnis zu tangieren.

Atomkrieg – der Untergang

Dennoch, die Militarisierung des Weltraums ist auch für die Dritte Welt eine große Bedrohung. Mehr noch – sollte SDI tatsächlich verwirklicht werden, so wäre die Dritte Welt als machtpolitisch und ökonomisch schwächster Teil des internationalen Systems sogar am Schlimmsten betroffen.

Die Bedrohung der Dritten Welt durch dieses ebenso gigantische wie wahnwitzige Rüstungsprogramm hat mehrere Dimensionen:

Wahl auf Erden traummilitarisierung Dritte Welt



Zum ersten bedeutet seine Verwirklichung einen drastischen Anstieg der allgemeinen Kriegsgefahr. Davon sind Afrika, Asien und Lateinamerika ebenso betroffen wie Europa und Nordamerika.

Dies zu verhindern, daran hat auch die Dritte Welt ein vitales Interesse. Denn ein Atomkrieg – selbst wenn der direkte Schlagabtausch auf die Nordhalbkugel beschränkt bleibt – reißt auch die Dritte Welt in den Untergang. Allein die Klima- veränderungen auf dem Erdball („nuklearer Winter“)¹, der Kollaps des ökologischen Gleichgewichts und der Zusammenbruch der globalen Wirtschaftsbeziehungen und der Infrastruktur brächten den meisten Menschen in der Dritten Welt den Tod.

Man stelle sich nur einmal vor, was für das subtropische und tropische Afrika der nukleare Winter, d.h. monatelange Temperaturen wie in europäischen Wintern, Vereisung der Gewässer und Schneefälle, bedeuten würde. Konkret also: keine geeignete Kleidung, keine geeigneten Behausungen, keine Heizsysteme, kaum Brennstoff. Dazu die Flora und Fauna schwer geschädigt, die Ernten vernichtet, Viehbestände dezimiert. Die Landwirtschaft – schon jetzt nicht in der Lage den Kontinent zu ernähren – bräche vollends zusammen.

Wer nicht erfroren ist, verhungert. Die wenigen, die unter diesen Bedingungen noch weiter zu vegetieren vermögen, werden dann schließlich von den Langzeitwirkungen der atomaren Strahlungsschädigung getötet. Es gibt kein Entrinnen auch nicht in den entlegensten Regionen der Erde. Die Menschheit als Gattung wird zugrunde gehen.

Neben der Gefahr der Auslöschung der gesamten Menschheit durch Atomkrieg, wie sie durch SDI stärker als je zuvor heraufbeschworen wird, bringt das Sternenkriegsprogramm für die Dritte Welt spezifisch ausgeprägte Bedrohungsmomente mit sich. Am gefährlichsten sind dabei:

- die Absicht der USA, mittels SDI eine globale Hegemonie und damit auch eine uneingeschränkte Vormachtstellung gegenüber der Dritten Welt zu erlangen;
- die ökonomischen Auswirkungen der Weltraummilitarisierung;
- die direkte militärische Bedrohung der Dritten Welt durch SDI.²

Einer der wichtigsten historischen Prozesse des 20. Jahrhunderts war die Entkolonialisierung. Dutzende von Völkern, die jahrhundertlang nur unmündig gehaltene Anhängsel der Metropolen waren, konnten sich von der Kolonialherrschaft befreien, in vielen Fällen nur unter schwersten Opfern (z.B. Algerien!). Der Kampf um nationale Unabhängigkeit konnte jedoch nur deshalb erfolgreich werden, weil der Imperialismus zunächst mit dem Sieg der Oktoberrevolution und dann im Ergebnis des 2. Weltkrieges als weltumspannendes System bereits einschneidend geschwächt war. Mit der Entstehung des sozialistischen Lagers war ihm ein weltpolitischer Gegenspieler erwachsen, der in der Konkurrenz der beiden Systeme den größten Teil des imperialistischen Machtpotentials band.

SDI-Ziel: Weltherrschaft

Es minderte sich damit für die Dritte Welt der Unterwerfungsdruck unter das imperialistische Diktat, wie er für die Koloniallära typisch war. „Mit der Existenz des Sozialismus ist also eine Art weltpolitischer „Windschatten“ entstanden, in dessen Schutz progressive, anti-imperialistische Kräfte in der Dritten Welt günstigere Bedingungen für die Entfaltung ihres Kampfes finden.“³

Mit den Versuchen der USA durch atomare Erdschlagsfähigkeit und eigene Unverwundbarkeit⁴ das weltpolitische Machtgleichgewicht mit der UdSSR umzustoßen und eine Vormachtstellung zu erreichen, soll auch der Spielraum zu nichte gemacht werden, den die Dritte Welt durch die Existenz des Sozialismus besitzt. Entfiele der weltpolitische

„Windschatten“, dann müßte die Veränderung der globalen Rahmenbedingungen die Dritte Welt dazu zwingen, sich wieder dem Diktat des Imperialismus zu beugen.

Mit progressiven Entwicklungen (Nikaragua etc.) würde – wie in Grenada – kurzer Prozeß gemacht.

Der kapitalistische Weg würde zum verbindlichen Entwicklungsmodell. Befreiungsbewegungen würden liquidiert, eine Pax Americana (Amerikanischer Frieden) würde die Krisenherde von Nahost bis Südafrika „befrieden“ können. Neokoloniale Ausbeutung könnte hemmungslos schalten und walten.

Kurzum: Mit SDI will Washington sich nicht nur die Sowjetunion botmäßig machen, sondern auch die Dritte Welt zu einem einzigen „Hinterhof“ der USA machen.

Wenngleich diese Bedrohung äußerst gefährlich ist, und wenngleich es natürlich auch notwendig ist, sich dagegen zu wehren, so ist andererseits die Wahrscheinlichkeit gering, daß es den USA tatsächlich gelingt, mit SDI eine Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erreichen. Alle Erfahrungen aus der Vergangenheit deuten darauf hin, daß es der UdSSR gelingen wird, durch entsprechende Gegenmaßnahmen einem qualitativen Durchbruch der USA zu begegnen.

Das war so bei der Atombombe, bei der Wasserstoffbombe, bei Trägersystemen und bei strategischen U-Booten. Voraussichtlich wird es bei SDI nicht anders sein.⁵

Freilich wird das dann erreichte Ungleichgewicht eine noch viel prekärere und instabilere Lage schaffen als das derzeitige ungefähre strategische Gleichgewicht, das ohnehin zurecht als „Gleichgewicht des Schreckens“ bezeichnet wird. Doch selbst wenn das Äußerste nicht eintreten sollte – auch so wird SDI auf alle Fälle katastrophale Folgen haben, und in erster Linie für die Dritte Welt.

Mit ihren ökonomischen Auswirkungen wird die Weltraummilitarisierung für die Dritte Welt eine Situation herbeiführen, wie sie in der Geschichte der Menschheit noch nie da war.

SDI ist das teuerste Rüstungsprojekt in der Geschichte der Menschheit. Erste Schätzungen gehen davon aus, daß für Entwicklung und Installation aller Komponenten die unvorstellbare Summe von über 1 Bio Dollar (3,3 Bio DM) benötigt werden.

Auch für die reichen USA wird dies eine so große Belastung sein, daß sie unter den gegebenen Bedingungen nicht zu bewältigen ist. Die Ressourcen anderer Länder, insbesondere Japans, Westeuropas⁶ und natürlich die vieler Länder der Dritten Welt, sollen deshalb dafür herangezogen werden (siehe Beitrag von H.

Huß/S. Mausfeld).

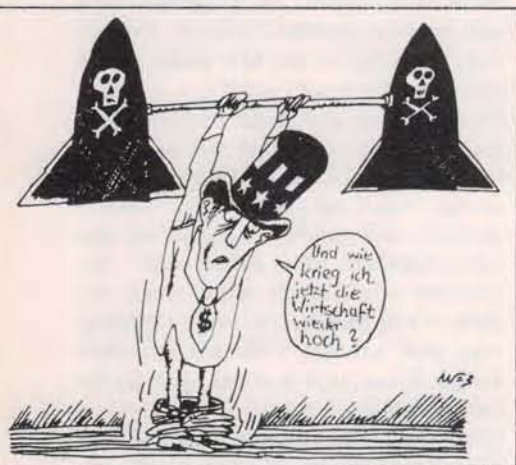
Ökonomisch wird SDI die Konsequenzen haben, daß die USA viel stärker noch als bisher Ressourcen aus der Dritten Welt absaugen werden: Finanzmittel, Rohstoffe und menschliche Ressourcen (vor allem Wissenschaftler und Techniker).

Tandem Verschuldungskrise und Rüstung

1985 erreicht die Gesamtverschuldung der Dritten Welt nach Angaben der Weltbank 920 Mrd Dollar. 1986 wird die Billionengrenze überschritten.

Schon jetzt befinden sich viele Länder der Dritten Welt in der absurden Situation, daß sie Auslandskredite aufnehmen müssen, um den Schuldendienst für vorherige Kredite leisten zu können. Die alten Schulden führen jeweils dazu, wieder neue machen zu müssen, ein Teufelskreis.

Schon längst haben die Kredite ihren ursprünglichen Zweck verfehlt, nämlich Investitionen zur Überwindung der Unterentwicklung zu ermöglichen. Stattdessen zehren die Zinsstilgungen immer stärker die Volkswirtschaften aus und fressen alle Exporterlöse auf. Allein durch die Zinszahlungen findet ein jährlicher Kapitaltransfer von 40 Mrd



Dollar aus der Dritten Welt in die kapitalistischen Industriestaaten statt.

Es war kein Zufall, daß mit dem Anziehen der Rüstungsspirale in den USA mit Beginn der 80er Jahre die gesamte Außenwirtschaftspolitik Washingtons darauf abzielte, Geldströme aus aller Welt in die USA zu kanalisieren. Entscheidender Hebel dafür war die Hochzinspolitik.

Mit diesem Kapitalfluß soll nämlich nicht nur die internationale Stellung der USA in wirtschaftlicher Hinsicht gestärkt werden, sondern auch das Rüstungsprogramm der Reagan-Administration mitfinanziert werden. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß mit der Ex-

plosion der Rüstungsausgaben die veränderlichen Zinssätze zwischen 1972 und 1982 um 7,9% auf 18% empor-schnellten.

Hinzu kommt, daß die USA durch die Manipulation der Währungskurse den Dollar auf den seit Jahrzehnten höchsten Stand schraubten und damit den Geldzufluß in die eigenen Kassen zusätzlich steigerten.

Für ein Entwicklungsland bedeutet aber schon eine Erhöhung des Dollarkurses um einen Cent eine Katastrophe. Mexiko z.B. hat 95,9 Mrd Auslandsschulden. Bei einem mittleren (und sehr niedrigen) Zinssatz, bei einem Kursanstieg des Dollars um nur 1 Cent beträgt der Verlust über Nacht um 114 Mio Dollar. Es bedarf keiner Phantasie, sich vorzustellen, daß der Kapitalhunger der USA zur Finanzierung des SDI-Programms noch gewaltig zunehmen wird.

Drang nach Ressourcen

Da bereits jetzt die wenigsten Entwicklungsländer in der Lage sind, ihre Auslandsschulden zu bezahlen, ist ihr völliger ökonomischer Kollaps gewiß, wenn die USA noch größere Summen aus ihnen herausholen wollen. Wie eine gigantische Krake, die mit ihren Armen hunderte Länder aussaugt, lastet der Imperialismus auf der Welt. Mit seinem Gewicht droht er die Entwicklungsländer zu erdrücken.

In den Berechnungen für den Bau von erdgestützten Lasern, die über Weltraumspiegel sowjetische Interkontinentalraketen abschießen sollen, wird ein Energiebedarf festgestellt, der bei 40-60% des derzeitigen Energieverbrauchs der USA liegt.

Die USA verbrauchen übrigens bereits jetzt 30% des Weltenergieaufkommens (bei etwas mehr als 5% Anteil der Weltbevölkerung!). Das bedeutet, daß ihr Energiebedarf, falls SDI Wirklichkeit wird, noch einmal in die Höhe schnell. Uran für die Atomkraftwerke, mit denen die geplanten Laser betrieben werden, Öl u.a. Energieträger wird man in riesigem Umfang benötigen. Und natürlich wird die Dritte Welt als Hauptlieferant für die benötigten Brennstoffe erhalten müssen.

Ähnliches gilt für andere Rohstoffe, die strategisch von Bedeutung sind. Vor allem für seltene Metalle, wie sie für hochwertige Legierungen im Bereich der Spitzentechnologie gebraucht werden, wird ein gewaltiger Bedarf bestehen. Die Fundstätten für Molybdän, Titan, Wolfram etc. liegen aber ebenfalls zu einem sehr großen Teil in Ländern der Dritten Welt.

SDI wird also dazu führen, daß die Ausbeutung der Naturreichtümer der Drit-

ten Welt durch den US-Imperialismus sprunghaft zunehmen wird. Mit SDI entsteht eine neue Triebkraft des Neokolonialismus.

Aber damit nicht genug! Da der Zugang zu den Brenn- und Rohstoffquellen der Dritten Welt für die USA natürlich dauerhaft gewährleistet sein soll, entsteht daraus zusätzlich als Sekundäreffekt eine neue Quelle von Militarisierung.

Denn um die Versorgung zu „sichern“, werden die USA in vielen Fällen gezwungen sein, mit Hilfe konventioneller militärischer Mittel ihnen genehme Regimes in den Lieferländern im Sattel zu halten, wie dies derzeit z.B. mit Zaire oder auch Südafrika geschieht, bzw. andere gegebenenfalls mit diesen konventionellen Mitteln unter Druck zu setzen.

Hier wird einmal mehr die weltpolitische Bedeutung der Schnellen Eingreiftruppe augenfällig. Auch und gerade für die Verwirklichung von SDI kommt der zeitgenössigen Kanonenbootpolitik ein nicht zu vernachlässigender Stellenwert zu (siehe Beitrag von D. Engels).

Ein wichtiges Element neokolonialistischer Ausbeutung der Dritten Welt ist der sog. „brain drain“, d.h. der Abzug von wissenschaftlicher, technischer Intelligenz und anderer qualifizierter Arbeitskräfte aus der Dritten Welt in die Metropolen.

Wir kennen alle das Phänomen z.B. der Mediziner aus Dritte-Welt-Ländern, die hier studiert haben und sich dann angesichts der viel lukrativeren und angenehmeren Lebensverhältnisse auch hier als Ärzte niederlassen, obwohl in ihren Heimatländern ein schreiender Mangel an Ärzten besteht.

In der Praxis des Neokolonialismus hat der Transfer menschlicher Ressourcen in Form qualifizierten Personals ständig an Gewicht zugenommen. Während 1962-66 jährlich 4.000 Wissenschaftler aus Ländern der Dritten Welt in die USA gingen, waren es 1967-82 gar 13.000 im Jahresdurchschnitt.

Die UNCTAD (UNO-Konferenz für Han-





Kaffee-abo

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken – ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich entsprechend Eurem Monatsbedarf – natürlich frei Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3 Pfund oder ein Vielfaches davon) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

Neu



Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee, Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen, Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.



Absender

Ich/Wir bestelle/n hiermit ein Solidaritäts-Abonnement röstfrischen, gemahlten NICARAGUA-KAFFEE. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3/6/... Pfd.* zum Preis von 40/80/... DM* incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Nachnahme/Überweisung/Scheck*.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

*Nicht zutreffendes bitte streichen. Der Preis ist für min. 2 Monate ab Bestellung garantiert.

POSTKARTE

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____**
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____**

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

--

Name, Vorname

--	--

Straße Beruf

--	--

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

--	--

Unterschrift Datum

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Freiheit für Nelson Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag
Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

70 PF

P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA

Absender:

del und Entwicklung; d. Red.) hat für die USA, Kanada und Großbritannien ausgerechnet, daß der Kapitalverlust, der der Dritten Welt z.B. 1960-72 durch den „brain drain“ entstand, sich auf 51 Mrd Dollar beläuft. Im gleichen Zeitraum betrug die Entwicklungshilfe dieser Länder zusammengenommen nur 46 Mrd Dollar!

Um nun SDI zu verwirklichen, werden die USA nicht nur einen riesigen Bedarf an Geld und Rohstoffen, sondern auch an wissenschaftlicher, technischer Intelligenz haben. Hier liegt übrigens auch das ganze Geheimnis, warum die Reagan-Administration Westeuropa und Japan in ihr Sternkriegsprojekt einbeziehen will. Sie braucht das wissenschaftliche Potential der gesamten nichtsozialistischen Welt!

Eine nie dagewesene Bedrohung

Für das legendäre Manhattan-Projekt, d.h. den Bau der ersten Atombombe, spannten die USA ca. 500.000 Menschen ein, ein Großteil davon Naturwissenschaftler und Techniker. SDI erfordert wissenschaftliche und technische Anstrengungen, die mindestens in einer Größenordnung von drei „Manhattens“ liegen.

Mit attraktiven Lockangeboten werden die USA deshalb versuchen, auch aus der Dritten Welt die Crème der Naturwissenschaftler und technischen Intelligenz für die Mitarbeit an SDI abzuwerben.

Kostspielige Rüstungsprojekte hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben. Und natürlich waren es auch früher immer die ökonomisch Ausgebeuteten (in den Metropolen und noch mehr in den Kolonien), die den Löwenanteil an der Zeche zu zahlen hatten.

Aber trotz der wirtschaftlich oft katastrophalen Auswirkungen von Aufrüstung und Militarisation – auf dem Hintergrund der derzeitigen Probleme in der Dritten Welt bekommt SDI eine Qualität, wie sie in der Geschichte der Menschheit einmalig ist. Unterentwicklung, Armut, Nahrungsmittelknappheit, Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenknappheit und ökologische Krise haben im letzten Viertel unseres Jahrhunderts ein solches Stadium erreicht, daß sie von der Dritten Welt alleine nicht gemeistert werden können, ja mehr noch die ganze Menschheit und nicht nur die Dritte Welt (obwohl das schon 3/4 der Menschheit sind) treiben schon ohne das Wettrüsten auf eine Katastrophe zu.

In seinem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Wenn wir überleben wollen“ schreibt Kubas Präsident Fidel Castro dazu: „Nur mit einer gigantischen Anstrengung und mit der moralischen und geistigen Unterstützung aller können wir

einer Zukunft begegnen, die sich objektiv verzweifelt und düster abzeichnet, insbesondere für die Völker der Dritten Welt.“⁷ Und in diese Situation nun fällt das Sternkriegsprojekt mit seinen astronomischen Kosten!

SDI bindet nicht nur das Potential an materiellen und intellektuellen Ressourcen der entwickelten Länder und macht damit die so dringliche Hilfeleistung für die Dritte Welt unmöglich, sondern trägt durch das Absaugen von Ressourcen aus der Dritten Welt zur Verschärfung der ohnehin schon dramatischen Lage dort bei. Die gesamte Menschheit gerät damit zur Jahrtausendwende in eine Lage, in der sich die Hamletische Frage „Sein oder Nichtsein“ zum ersten Mal für die gesamte Gattung stellt: „Heute sind wir mit den kompliziertesten, schwierigsten und beängstigendsten Situationen konfrontiert, die es je in der Geschichte gegeben hat. Zum ersten Mal dringt die Frage in das Bewußtsein der Menschen ein, ob wir überleben werden oder nicht.“⁸

SDI wird in diesem Sinne die Überlebenschancen von Mio Menschen und möglicherweise uns allen dramatisch mindern und dies selbst, wenn kein einziger Schuß fällt. Die Hölle auf Erden wird für viele Menschen zur fürchterlichen Realität werden.

Anmerkungen:

- 1) Durch die Explosionen der Atombomben werden solche Mengen Staub und Asche in die Atmosphäre geschleudert, daß sich über Monate hinweg die Sonneneinstrahlung vermindern würde. Schon geringe Prozentsätze genügen, um Temperaturstürze zu bewirken. Unabhängig voneinander haben Naturwissenschaftler in den USA und in der UdSSR in umfangreichen Modellrechnungen nachgewiesen, daß die Klimaveränderungen beträchtlich wären. Vgl. hierzu die Materialien der Washingtoner Konferenz über Fragen der globalen biologischen Langzeitfolgen eines Kernwaffenkrieges, insbesondere R.P. Turco/O. Thum/T. Ackermann/D. Pollack/C. Sagan, Die Welt nach dem Kernwaffenkrieg, Atmosphäre und Klima, in: Wissenschaft in der UdSSR, Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Moskau 1985, Heft 2 und 3/1985
- 2) Dieser Aspekt wird in einem gesonderten Beitrag von Dieter Engels in diesem Heft behandelt.
- 3) Ausführlicher dazu: Peter Wahl, Sowjetunion in der Dritten Welt. Thesen, in: AIB 8-9/1985
- 4) Zu den strategischen Aspekten von SDI siehe insbesondere: D. Engels/J. Scheffran/E. Sieker, Die Front im All, Köln 1984, Kap. V und VI
- 5) Zu denkbaren Gegenmaßnahmen gibt es bereits entsprechende Ankündigungen von sowjetischer Seite.
- 6) D. Engels u.a., Die Front..., a.a.O., S.67
- 7) Fidel Castro, Wenn wir überleben wollen. Die ökonomische und soziale Krise der Welt, Dortmund 1984, S.9
- 8) Ebenda, S.8

Bundesweite Aktionswoche vom 14. - 21. Oktober 1985

GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.

KAFFEE ist ein aufregendes Getränk: sei es beim ausgedehnten Kaffeeeklatsch, beim Frühstücksschmaus, als stündlicher Muntermacher im Büro oder als schneller Kaffee zwischendurch bei Tchibo – fast jeder Bundesbürger »krönt seine schönsten Stunden« (Jacobs) täglich mit einer Tasse Kaffee und entrückt so dem tristen Alltag auf seine »Insel der Frische« (Tchibo).

KAFFEE läßt aber auch anderen den Puls höher schlagen: den Börsenspekulanten und Kaffeekonzernen, die am weltweiten jährlichen Kaffeumsatz verdienen. Dabei wird nicht nur den Beschäftigten der Konzerne und den Konsumenten kräftig in die Tasche gelangt:

- Plantagenarbeiter in El Salvador oder Brasilien schufteten sich buchstäblich zu Tode. Drei Monate Arbeit in der Ernte, und der Lohn reicht nicht zum Überleben der Familie.
- Rothfos (weltgrößter Rohkaffeehändler), Tchibo, Jacobs und wie sie alle heißen, schicken ihre Händler aus Vom Bremer oder Hamburger Hafen transportieren sie den Rohkaffee nach Berlin, um ihn dort zu rösten. Das ist unsinnig, aber bringt wegen der Berlinförderung noch mehr Geld. Und für Geld gehen die Kaffeekonzerne über Leichen.
- Campesinos und Plantagenarbeiter wehren sich immer mehr gegen ihre Lage. Mit Terror und Gewalt versuchen die herrschenden Klassen in den Anbauländern jeden Widerstand zu brechen. 100.000 Menschen des eigenen Volkes haben allein die Diktaturen El Salvadors und Guatemalas in den letzten Jahren umgebracht. Dafür dürfen sie mitverdienen am langen Weg des Kaffees auf unseren Frühstückstisch. Schließlich wollen sich die Konzerne die Finger nicht selbst schmutzig machen.
- Die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua jagte am 10. Juli 1979 den Diktator Somoza weg. Seitdem versucht das Land einen eigenen Weg zu gehen: Die dortige Regierung stellt sich nicht mehr in den Dienst der ausländischen Multis und auch nicht der einheimischen Großgrundbesitzer. Offener Krieg und ein aggressives Handelsembargo sind die Antwort.

KAFFEE sollte deshalb wachmachen und anregen, über diese Verhältnisse nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Da wir entsprechende Werbung von den Konzernen nicht verlangen können (etwa: Jacobs – die Krönung der Ausbeutung!) heißt unsere Antwort:

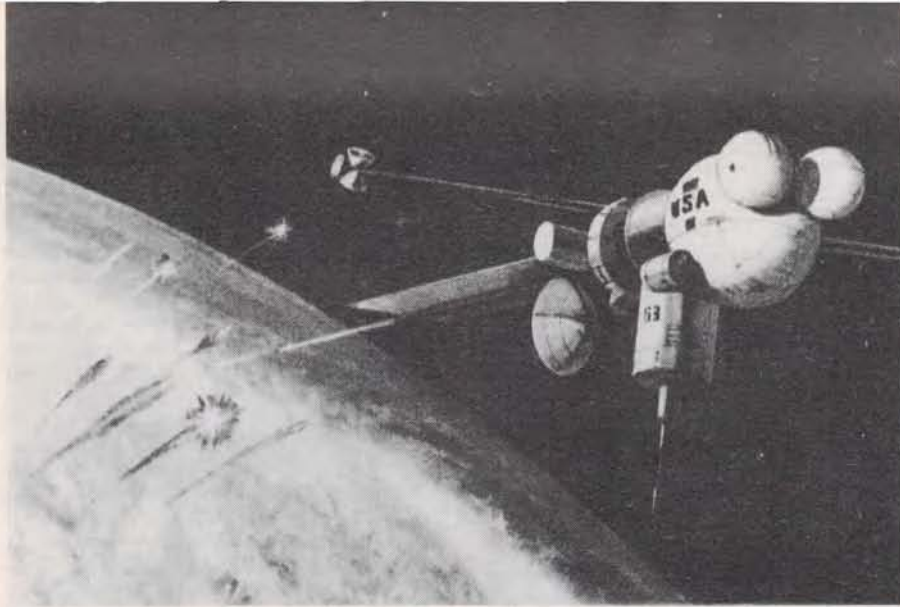
Kauft keinen Kaffee der Konzerne!

Unser Widerstand muß darüber hinausgehen, das Unrecht nur anzuklagen. Erschweren wir deshalb den Kaffeekonzernen das Geschäft mit der Ausbeutung der Dritten Welt! Laßt uns alle Phantasie anstrengen, damit die Konzernetagen und ihre public-relations-Abteilungen unruhige Tage haben!

Koordinationsstelle: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 10 13 20, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/76 05 27

Koordinationsstelle Nord: Dritte-Welt-Haus, Buchstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/32 60 46

Spendenkonto: Informationsstelle Guatemala e.V., Postgiroamt München Kto.-Nr. 2081 59-802
Süchwort: URNG-Volksorganisation
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Stadtparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)
Kto.-Nr. 96 36 11 (Alle eingehenden Gelder gehen zur Hälfte an die FDR/FMLN und die FSLN.)



Dieter Engels

Weltraumrüstung und Kriege in der Dritten Welt

Mit den militärischen Gefahren, die das SDI-Programm für die Dritte Welt in sich birgt, befaßt sich Dieter Engels. D. Engels ist Astronom, Mitautor des bei Pahl-Rugenstein erschienenen Buches „Die Front im All“ und Referent des Landesvorstands NRW der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK).

Die Bedingungen, die die US-Streitkräfte Anfang des nächsten Jahrhunderts, wenn möglich jedoch schon früher, erfüllen müssen, sind klar umrissen: „Wir müssen fähig sein“, so die Militärs in der neuen Kampfdoktrin AirLand Battle, „überall zu kämpfen oder über spezialisierte Streitkräfte mit der Fähigkeit, auf jeder Art Gelände unter allen denkbaren Bedingungen zu kämpfen, verfügen.“¹ Charakteristische Merkmale künftiger Kriegführung solcher Streitkräfte sind hohe Beweglichkeit, kurze Reaktionszeiten und umfassende Koordination. Die Nutzung militärischer Satellitensysteme ist unabdingbare Voraussetzung, damit diese Merkmale optimal erfüllt werden können.

Die Völker der Dritten Welt, die schon des öfteren Opfer US-amerikanischer Invasionstruppen geworden sind, werden dadurch direkt bedroht. Die Stationierung von Waffen im Weltraum, die die USA jetzt betreiben wollen, hebt diese Bedrohung auf eine neue Ebene. Mit den Laserkanonen im Weltraum lassen sich nicht nur Raketen abwehren, sondern auch Ziele auf der Erde treffen. Pestizide

zur Entlaubung der Wälder im Rahmen einer Anti-Guerilla-Kriegführung werden dann nicht mehr benötigt. Die Wälder oder auch Städte und Dörfer werden stattdessen durch Laser in Brand geschossen und die Menschen in den entstehenden Feuerstürmen getötet.

25. April 1980. Acht Hubschrauber der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) steigen vom Flugzeugträger „Nimitz“ auf und fliegen im Schutz der anbrechenden Dunkelheit Richtung Iran. Ihr Auftrag: Befreiung der in der US-Botschaft von Teheran festgehaltenen Geiseln. Wenige Stunden später wird das Unternehmen abgebrochen, nachdem mehrere Hubschrauber ausgefallen sind.²

Schlüsselrolle des C³I-Systems

Die Aktion war sorgfältig vorbereitet worden. Unersetzliche Hilfe leisteten dabei die verschiedenen militärischen Satellitensysteme im Weltraum. Eine Wetteranalyse war an Bord der „Nimitz“ auf der Grundlage von Informationen von Wettersatelliten gemacht worden. Sie sagte exzellentes Wetter für die Einsatznacht voraus.

Aufklärungssatelliten hatten gestochen scharfe Satellitenkarten und -fotos des vorgesehenen Landungsortes, von Teheran und der Umgebung der US-Botschaft geliefert. Der Kommandeur der Invasionstruppe war während des Einsatzes über Nachrichtensatellit laufend mit der Einsatzzentrale in Ägypten und mit

Washington selber verbunden.³

Trotzdem endete die Aktion mit einem Fehlschlag. Unerwartete Sandstürme verursachten den Ausfall mehrerer Hubschrauber, die teilweise die Orientierung verloren hatten. Mit NAVSTAR, den neuen Navigationssatelliten, die Hubschrauber blind steuern können, hätten sich diese Helikopter womöglich gerettet. So jedoch mußte Präsident Carter ebenfalls über Nachrichtensatellit den Abbruch des Unternehmens anordnen. Diese spektakuläre Aktion hat schlaglichtartig die Bedrohung der Dritten Welt durch die Weltraumrüstung erhellt und dies lange vor Reagans „Krieg der Sterne“-Programm.

Die Modernisierung der Satellitensysteme⁴ soll den Einsatz kleiner, mobiler Einheiten der „Special Forces“ (Spezialtruppen) noch effektiver machen. Der Kommandeur einer solchen Einheit erwartet umfangreiche Informationen über Stärke und Verteilung der militärischen Kräfte des Gegners sowie über dessen Bewegungen. Er verlangt zeitverzugslose Telefonverbindungen zu den Befehlszentralen in den USA sowie eine ständige Information über die Wetter-

Beim Invasionsversuch vom April 1980 im Iran abgestürzte US-Kommandoeinheit



bedingungen in seinem Einsatzgebiet. Das Pentagon ist sich der Schlüsselrolle des militärischen Kommunikationsnetzes (Kürzel: C³I – Command, Communications, Control and Intelligence)⁵ bewußt. Etwa 10% der gesamten Rüstungsausgaben der USA fließen in diesen Bereich. Neben den Satelliten umfaßt das C³I-Netz tausende von Computer-Terminals, Radio-Empfangsantennen und Sendeanlagen, Spezialflugzeuge (z.B. die Überwachungsstationen AWACS) und -schiffe usw.

Live-Übertragung vom Schlachtfeld

Die Satelliten haben jedoch eine Schlüsselrolle. Sie bilden die Knotenpunkte im weltumspannenden C³I-Netz. Ihre wichtigsten Funktionen sind Aufklärung, Wetterbeobachtung, Nachrichtenverbindung und Navigation.

Die Aufklärungssatelliten der USA liefern heute Fotos, auf denen man Objekte in der Größe eines Fußballs auflösen kann. Solche Fotos werden zu propagandistischen Zwecken eingesetzt oder die daraus gewonnenen Informationen an

die eigenen Streitkräfte oder an US-Verbündete weitergeleitet.

Ronald Reagan liebt es, Satellitenfotos und Luftbildaufnahmen bei seinen Fernsehansprachen einzusetzen, um damit die angebliche Bedrohung der USA durch Staaten der Dritten Welt zu „beweisen“. So geschehen vor der Invasion in Grenada (vom Oktober 1983; d. Red.) und im Falle Nikaraguas.

Es wird vermutet, daß die USA ihre Satelliteninformationen über die argentinischen Streitkräfte im Malwinen/Falkland-Konflikt 1980 an ihren britischen Verbündeten weitergegeben haben.⁶ Angaben über die Positionen und Stärke vietnamesischer Truppen, die die USA China geliefert haben, stammen vermutlich ebenfalls von solchen Satelliten.⁷

Problematisch ist immer noch die Übertragung der Fotos an die Auswertezentralen.

Später und die Kapazität der Relais-Satelliten bei weitem nicht aus, ein bestimmtes Gebiet über einen längeren Zeitraum in Echtzeit zu überwachen, geschweige denn direkte Unterstützung für die Gefechtsführung am Boden leisten zu können.

Vorstufen einer solchen Unterstützung werden aber schon durch Aufklärungsflugzeuge und unbemannte Drohnen realisiert. Beispielsweise setzen die USA in El Salvador mit wärmeempfindlichen Sensoren ausgestattete Flugzeuge über den befreiten Gebieten ein, um Informationen über die Bewegungen der Verbände der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) zu sammeln, vor allem während der Nachtstunden. Erst kürzlich, am 23. August d.J., stürzte eine in Panama gestartete Drohne im Norden El Salvadors ab.

Die zunehmende Bedeutung der Aufklä-



C³I-Kommunikationsnetz mit der Satellitenzentrale, die verbunden ist (vlnr.) mit Panzern und Soldaten, U-Booten, Flugzeugen, Flugzeugträgern und Washington.

Bisher wurden die belichteten Filme von den Satelliten abgeworfen, von Flugzeugen eingefangen bzw. von Schiffen aus den Ozeanen gefischt und dann zu den Auswerteeinrichtungen geflogen. Bei Aufklärungseinsätzen zum Zwecke der Überwachung von Rüstungskontrollverträgen reicht dieses Verfahren vollkommen aus, auch wenn zwischen Aufnahme und Auswertung der Fotos Stunden liegen.

Bei der Überwachung von beweglichen Gefechten wie sie z.B. für Guerillakämpfe typisch sind, braucht man jedoch eine Live-Übertragung vom Schlachtfeld. Moderne Satelliten der KH-11-Reihe verfügen über diese Fähigkeit, indem sie die Fotos über andere Relais-Satelliten direkt an die Auswertezentralen übertragen (sog. Echtzeitaufklärung).

Noch reicht jedoch die Zahl solcher

rungssatelliten für die Kriegführung auf der Erde droht langfristig dazu zu führen, daß weitere Staaten, auch der Dritten Welt, in die militärische Nutzung des Weltraumes einsteigen werden.

Staaten, die heute Technologien zum Bau ziviler Erdkundungssatelliten entwickeln oder erwerben, sind später prinzipiell auch in der Lage, militärische Aufklärungssatelliten zu bauen.

Eine Internationalisierung der Satelliten würde diese Entwicklung einschränken können. So könnten z.B. Aufklärungssatelliten unter Federführung der UNO gestartet werden, deren Informationen jedem zugänglich wären. Durch eine verzögerte Freigabe der Bilder könnte ein Mißbrauch für Echtzeitaufklärung verhindert werden.

Nebel, Stürme und andere Unwetter können einen militärischen Einsatz zum



scheitern bringen. Wetterinformationen, wie sie die militärischen Wettersatelliten liefern, sind deshalb unerläßlicher Bestandteil einer Einsatzplanung. Auch bei diesen Satelliten geht der Trend dahin, den Nutzer direkt an die Satelliten anzuschließen. Empfangsanlagen außerhalb der regulären Bodenstationen sind heute schon auf Flugzeugträgern installiert, die in der Regel bei Einsätzen der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) der USA beteiligt sind.

MARK IV, ein mobiles Wettersatelliten-Terminal in der Größe eines Lastwagens kann mit Hilfe der Großraum-Transportflugzeuge an jeden Ort der Erde gebracht und dort bei der Planung militärischer Operationen eingesetzt werden.⁸

Satellitenanschluß im Rucksack

Die Vorstellungen des Pentagon, überall auf der Welt ohne Vorbereitungszeit intervenieren zu können, verlangt ein lückenloses Kommunikationsnetz mit den für diese Aufgaben vorgesehenen Streitkräfteeinheiten.

Die Schnelle Eingreiftruppe besteht aus Truppen verschiedener Waffengattungen, die auf mehreren Stützpunkten in den USA verteilt sind und mit Hilfe von Flugzeugen an ihren Einsatzort geflogen werden. Sie sind selber nur mit leichten Waffen ausgerüstet, während schwereres Militärgerät auf Spezialschiffen vorausstationiert wird.

Heimatzstützpunkt dieser aus 17 Schiffen bestehenden Flotte ist die mitten im Indischen Ozean liegende Insel Diego Garcia. In der Nähe des eigentlichen Einsatzortes, dem Nahen Osten, befindet sich ständig nur eine vorgeschobene Befehlszentrale auf einem Schiff im Persischen Golf.⁹

Der koordinierte und schnelle Einsatz der RDF stellt hohe Anforderungen an das Kommunikationsnetz. Die Befehlszentralen in den USA und im Persischen Golf, die Versorgungsbasis Diego Garcia bis hin zu den Truppenteilen müssen in ständiger Verbindung sein. Fehlschaltungen schon weniger Minuten können

über Erfolg oder Mißerfolg einer Operation entscheiden.

Heute sollen Nachrichtensatelliten diese Zuverlässigkeit garantieren. Noch 1960 bestand das militärische Nachrichtennetz der USA hauptsächlich aus Unterseekabeln und Radiostationen.

Die erste Generation militärischer Nachrichtensatelliten schoß die US-Luftwaffe 1966-68 in den Weltraum, wo sie direkt für den Vietnamkrieg eingesetzt wurden. US-Präsident Lyndon B. Johnson hielt von da an seine Ansprachen an die US-Truppen in Vietnam per Militärsatellit.¹⁰

Die Kapazität der Nachrichtensatelliten war jedoch begrenzt und auch die Zuverlässigkeit des gesamten Kommunikationsnetzes ließ zu wünschen übrig. 1968 wurde beispielsweise das amerikanische Spionageschiff USS Pueblo vor der nordkoreanischen Küste aufgebracht. Der vom Schiff abgesandte Notruf brauchte mehr als 2 Stunden, um bis zu der zuständigen Stelle in Washington zu gelangen.¹¹ Der Bedarf an zuverlässigen militärischen Nachrichtensatelliten nahm deshalb weiter zu und tut es noch heute.

Blindsteuerung aus dem All

Mittlerweile laufen etwa 70% aller Nachrichtenverbindungen zwischen den weltweit stationierten Streitkräfteeinheiten der USA via Satellit.

Zukünftig sollen immer kleinere beweglichere Einheiten an das satellitengestützte Kommunikationsnetz angehängt werden. Dazu wird an Satelliten-Terminals gearbeitet, die im Rucksack mitgeführt werden können.

Der Anschluß immer kleinerer Einheiten bedeutet die Vernetzung von tausenden Sendern und Empfängern, so daß die Datenkapazität und die Übertragungsgeschwindigkeit der Satelliten laufend gesteigert werden muß.

„Force Multipliers“ werden die neuen Navigationssatelliten NAVSTAR der USA genannt, mit denen die Blindsteuerung am Erdboden eingeführt werden soll. Bis 1988 soll das aus 18 Satelliten

bestehende System komplett sein und dann eine Vielzahl ziviler, vor allem aber militärischer Aufgaben erfüllen.¹²

Die Anordnung der Satellitenbahnen erfolgt in einer Weise, daß jeder Nutzer des Systems, egal wo er sich auf der Erde befindet, jeweils drei oder vier dieser Satelliten im Blickfeld hat.

Aus den Signalen der Satelliten berechnet das Empfängergerät laufend Ort und Geschwindigkeit des Nutzers und erlaubt damit eine laufende automatische Steuerung (Navigation).

Die gegenüber herkömmlichen Navigationssatelliten um ein mehrfaches gesteigerte Genauigkeit erlaubt in Zukunft die Blindsteuerung von Flugzeugen, eine höhere Präzision bei Bombardements unter schlechten Sichtverhältnissen und bei Blindlandungen.

Die außerordentlichen Fähigkeiten von NAVSTAR hat die US-Armee schon 1980 mit Prototypen dieser Satelliten nachgewiesen, indem sie eine Blindlandung eines Hubschraubers vorführte. Der Pilot setzte dabei den Hubschrauber haarscharf neben die Zielmarkierung auf der Landebahn, wobei sein einziges Hilfsmittel eine Anzeigennadel war.

Sie zeigte ihm, ob er sich nach rechts oder links, nach oben oder unten bewegen mußte.¹³ NAVSTAR wird die Schnelle Eingreiftruppe von den Navigationsproblemen befreien, die noch 1980 zum Abbruch des Einsatzes im Iran geführt haben.

Landeplatz Osterinseln

Die hohe Präzision der Orts- und Geschwindigkeitsbestimmung ist für zivile Zwecke nicht notwendig. Eine Gruppe bundesdeutscher Naturwissenschaftler hat deshalb in einem Vertragsentwurf zur Begrenzung der militärischen Nutzung des Weltraumes vorgeschlagen, die Präzision von Navigationssatelliten zu begrenzen.¹⁴ Eine solche Bestimmung in einem Vertrag zwischen der Sowjetunion und den USA würde somit auch den Dritte-Welt-Staaten zugute kommen.

Die zunehmende Bedeutung der Satelliten für die Kriegführung auf der Erde fordert den Bau von Antisatellitenwaffen (ASAT) geradezu heraus.

Die USA streben eine Überlegenheit bei Weltraumwaffen an, um im Konfliktfall durch den Abschub sowjetischer Satelliten die Fähigkeiten der UdSSR zur Aufklärung bzw. zur Kommunikation mit ihren Streitkräften dramatisch zu verringern.¹⁵

Die dazu benötigte ASAT-Waffe¹⁶ steht bereits kurz vor der Stationierung. Es handelt sich um eine von einem Flugzeug abgeschossene Rakete, die zur Zeit getestet und ab 1987 einsatzbereit sein soll.

Schnelle Eingreiftruppe - künftig mit Satellitenanschluß im Rucksack!



Die Raketen können jeden Satelliten auf Umlaufbahnen unterhalb von 2.000 Kilometern in wenigen Minuten erreichen und durch Zusammenstoß zerstören.

Mit der Entwicklung mit Lichtgeschwindigkeit wirkender Strahlenwaffen droht in Zukunft auch die Ausschaltung höherer Satelliten und zwar innerhalb von Sekundenbruchteilen.

Für die Dritte Welt bedeutet die Stationierung von Weltraumwaffen eine Bedrohung des freien Zugangs zum Welt- raum (siehe Beitrag zur friedlichen Nutzung des Weltraums). Alle ihre eigenen Satelliten sind dann im Prinzip wehrlos der Gefahr ausgesetzt, durch ASAT- Waffen ausgeschaltet zu werden.

Die Bedrohung der Länder, die ihr Terri- torium für Stützpunkte des US-Raum- überwachungssystems zur Verfügung stellen, wird sich vergrößern. Radargerä- te und Fotokameras, die zur Ortung von Satelliten verwendet werden, haben die USA weltweit stationiert, z.B. auf den Seychellen,¹⁷ auf Hawaii, in Guam, auf Diego Garcia und in Südkorea.

Hätte das Raumüberwachungssystem bisher lediglich die Funktion, Satelliten zu identifizieren und ihre Bahnen zu be-



Oben: Steindenkmäler auf den chilenischen Osterinseln; unten: Frühwarnflugzeug E3A AWACS in Riad



rechnen, um Kollisionen z.B. mit den Space Shuttles zu vermeiden, wird es in Zukunft dazu genutzt werden, das Ge- genteil zu erreichen, nämlich Kollisionen mit den ASAT-Waffen herbeizuführen. Um die Verwundbarkeit ihrer Satelliten zu verringern, wird die Sowjetunion in einem Konflikt mit den USA gezwungen sein, die Stationen des Systems frühzei- tig zu zerstören.¹⁸

Den Ländern der Dritten Welt, die solche Stationen dulden, droht im nächsten Krieg damit eine frühzeitige Zerstörung. Die USA werden mit der „Bewaffnung des Weltraumes“ nicht auf die Realisie- rung des „Krieg der Sterne“-Programms warten. Die ASAT-Rakete wird den Startschuß dazu geben, falls es nicht doch noch gelingen sollte, ein Verbot des

Tests und der Stationierung von Welt- raumwaffen durchzusetzen.

Die Hauptbedrohung der Dritten Welt durch das SDI-Programm liegt zweifellos in der Gefahr, daß die USA damit ihr Ziel einer militärischen Überlegenheit über die Sowjetunion erreichen. Allein der Glaube daran, sie zu besitzen, würde die Bereitschaft der Verantwortlichen im Weißen Haus und im Pentagon militä- risch in Dritte-Welt-Staaten zu inter- venieren, erheblich steigern (siehe Bei- trag Huß/Mausfeld).

Die ökonomischen und politischen Fol- gen sind ebenfalls bedeutend. Als Bei- spiel sei hier nur der durch den Ausbau der Space-Shuttle-Flotte benötigte Be- darf an zusätzlichen Notlandeplätzen er- wähnt.

Das Vorhaben der US-Regierung, die chi- lenischen Osterinseln dafür zu nutzen, hat einen rein militärischen Hintergrund. Sie wird für die Space Shuttle benötigt, die ab 1986 von dem dann fertiggestell- ten militärischen Raumflughafen Van- denberg in Kalifornien gestartet werden. Wegen der Geheimhaltung bei militäri- schen Nutzlasten werden die USA ver- suchen, diese Notlande Einrichtung auch zu einem Militärstützpunkt auszubauen.

Laserangriffe auf Städte möglich

Nicht auszuschließen ist der Einsatz von Waffen, die im Rahmen des SDI-Pro- gramms entwickelt werden, in zukünftigen Kriegen in der Dritten Welt. Strah- lenwaffen z.B. können auch offensiv ein- gesetzt werden.

Ihre Wirkungsweise ist jedoch gegenüber herkömmlichen Waffen verschieden. Während Geschosse das Ziel durchschla- gen und Bomben das Ziel durch Druck und Hitze zerstören, brennt sich ein ge- richteter Lichtstrahl (Laser) durch die Außenhülle des Ziels durch und macht die Geräte durch Hitze einwirkung funk- tionsunfähig. Laser sind deshalb in der Bekämpfung gepanzerter oder verbun- kerter Ziele gegenüber herkömmlichen Waffen im Nachteil.

Zwar hat es in den USA eine Reihe von Entwicklungs- und Testprogrammen ge- geben, in denen Laser zum Abschuß von Drohnen, Luft-Luft-Raketen und Anti- Schiffs-Raketen eingesetzt wurden¹⁹, doch hat der Bau von Lasern als Schlachtfeldwaffe gegenüber den neuen „intelligenten“ Explosivwaffen geringe Priorität.

Die im Rahmen des SDI-Programms ge- planten Hochenergie-Laser sind deshalb nur begrenzt gegen Ziele auf der Erde einsetzbar, da die Absorption und Streu- wirkung der Erdatmosphäre die Effek- tivität des Lasers mit zunehmender Ziel- entfernung drastisch senkt.

Prinzipiell möglich ist jedoch der Einsatz solcher Laser gegen „weiche“ Ziele, wie z.B. Städte oder Wälder, die mit Lasern in Brand geschossen werden könnten. Denkbar ist auch das in Brand schießen von Öltankern, die, auf Grund gesetzt, Meerengen für den Schiffsverkehr unpa- sierbar machen können.

Im Unterschied zum Laser wird bei Teil- chenstrahlwaffen ein Strahl aus materiel- len Teilchen (Elektronen, Neutronen oder Protonen) erzeugt, der eine weitaus größere Durchschlagskraft hat als ein Lichtstrahl.

Sie lassen sich deshalb ebenso wie die Hochgeschwindigkeitsprojekte feuern- de elektromagnetische Weltraumkanone prinzipiell gegen „harte“ Ziele wie z.B. Panzer einsetzen.

Die Entwicklung beider Waffen ist je-

doch hinter derjenigen von Lasern noch weit zurück.²⁰

Heute schon einsatzbereit sind Laser niedriger Energie zur Lenkung von Waffen. Dabei wird das Ziel mit einem Laserstrahl angeleuchtet und das reflektierte Licht als Leitstrahl für die angreifende Waffe benutzt. Erstmals ausprobiert wurden diese Waffen („smart bombs“) im Vietnam-Krieg.²¹

Antiguerilla-Laser?

Der Einsatz von Laserstrahlen zur Blendung von Soldaten wird in der US-Militärliteratur zwar diskutiert, doch sind wegen relativ einfacher Schutzmöglichkeiten (Sonnenbrille!) keine entsprechenden Entwicklungsprogramme in Angriff genommen worden. Antiguerilla-Laser wird es deshalb vorerst nicht geben.²²

Auch wenn die Möglichkeiten, Strahlenwaffen heute für den Krieg auf der Erde einzusetzen, begrenzt sind, kann sich das in Zukunft in dem Maße ändern, wie die Leistung erhöht und die Größe der Geräte gleichzeitig verkleinert werden kann. Weltraumrüstung stellt deshalb eine ständige Bedrohung auch für die Völker der Dritten Welt dar.

Anmerkungen:

- 1) AirLand-Battle 2000. Internes Arbeitspapier des U.S. Army Training and Doctrine Command (TRADOC), zit. nach: AirLand Battle – Sonderdruck, Nr. 300, Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 1984, S. 31
- 2) W. Ritter, Die Pleite der US-Luftland invasion, in: AIB 6/1980, S. 26ff.
- 3) T. Karas, The New High Ground, New York 1983, S. 124f.
- 4) Mobilität, Präzision und Schnelligkeit sind ebenfalls zentrale Merkmale für die Führung eines strategischen Erstschlages oder für die (AirLand-Battle)-Kriegführung in Europa. Insofern zielt die Modernisierung der Satelliten nicht nur auf die Verbesserung militärischer Einsätze in der Dritten Welt, sondern auf die Verbesserung der Kriegführungsfähigkeit auf allen Ebenen eines denkbaren Konflikts, einschließlich des globalen Krieges gegen die Sowjetunion. Vgl. D. Engels/J. Scheffran/E. Sieker, Die Front im All, Köln 1984, S. 22ff.
- 5) Deutsch: Befehlsübergabe, Nachrichtenverbindung, Ausführungskontrolle und Aufklärung
- 6) B. Jasani/C. Lee, Waffen im Weltraum, Hamburg 1985, S. 52f.
- 7) Vgl. AIB 6/1985, S. 9
- 8) T. Karas, The New High Ground, a.a.O., S. 143
- 9) J. Peterke, Die Funktion der Rapid Deployment Force, Forschungsinstitut für Friedenspolitik, 1985, S. 22ff.; M. Wenger, Das US-Zentralkommando, in: AIB 3/1985, S. 7ff.
- 10) T. Karas, The New..., a.a.O., S. 65

- 11) Ebenda, S. 74
- 12) Hauptfunktionen dieser Satelliten soll die Steuerung U-Boot-gestützter Interkontinentalraketen (TRIDENT II) werden, sowie die Schadensfeststellung in einem begrenzten Atomkrieg mittels spezieller Sensoren; vgl. Engels/Scheffran/Sieker, Die Front..., a.a.O., S. 33ff.
- 13) T. Karas, The New..., a.a.O., S. 125
- 14) H. Fischer/R. Labusch/E. Maus/J. Scheffran, Im Weltraum ohne Waffen, hrsg. von R. Labusch/E. Maus/W. Send, München 1984, S. 175ff.
- 15) Studie „Air Force 2000. Air Power Entering the 21st. Century“, vgl. TAZ, 19.9.1984
- 16) Zur historischen Entwicklung im Bereich von ASAT-Waffen vgl. Engels/Scheffran/Sieker, Die Front..., a.a.O., S. 46ff.
- 17) Die Stationen stellen unabhängig von ihrer Funktion eine Bedrohung für die Unabhängigkeit der Gaststaaten dar: 1982 diente die Station auf den Seychellen als logistische Basis für regierungsfeindliche Putschisten, vgl. AIB 11-12/1982, S. 25
- 18) Ähnliches gilt für die Länder, die Bodenstationen des militärischen Satellitennetzes beherbergen, wie Australien (Pine Gap) und die Philippinen (Clark Air Force Base).
Vgl. W. Bello, US-Basen für den Atomkrieg, in: AIB 7-8/1984, S. 65
- 19) J. Hecht, Beam Weapons, New York 1984, S. 283ff.
- 20) Zum derzeitigen Stand der Strahlenwaffenforschung vgl. Engels/Scheffran/Sieker, Die Front..., a.a.O., S. 58ff.
- 21) J. Hecht, Beam Weapons, a.a.O., S. 27
- 22) Ebenda, S. 268ff.

Reagans „Krieg der Sterne“ bedroht uns alle

D. Engels/J. Scheffran/E. Sieker

Die Front im All



Pahl-Rugenstein

Das von US-Präsident Reagan verkündete Programm zur Militarisierung des Weltraums – von amerikanischen Militärs bis vor kurzem noch „Krieg der Sterne“ genannt – wird in jüngster Zeit mit großem Propagandaaufwand als „strategische Verteidigungsinitiative“ verkauft.

In Wahrheit ist die Weltraumrüstung der USA Bestandteil eines umfassenden Aufrüstungsprogramms zur Erlangung nuklearer Erstschlag- und Enthauptungsfähigkeit. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik. Die Realisierung der Weltraumrüstung würde nicht nur eine völlig neue Stufe der Rüstungseskalation bedeuten, sondern auch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen unterlaufen.

Die Autoren, ausgewiesene Fachleute, beschreiben auf verständliche Weise die neuen Satellitensysteme, Anti-Satelliten-, Laser- und Teilchenstrahlenwaffen und ihre Funktion in einem künftigen Krieg. Das Buch behandelt die Folgen der Weltraumrüstung für Westeuropa sowie ihre Auswirkungen auf das strategische Gleichgewicht zwischen den nuklearen Großmächten. Die Autoren zeigen Möglichkeiten auf, wie die Militarisierung noch zu stoppen ist. Der Dokumententeil enthält u. a. die bisher vorgelegten Vertragsentwürfe zur Begrenzung und Verhinderung einer weiteren Aufrüstung im All.

Die Front im All

Weltraumrüstung und atomarer Erstschlag

priv-aktuell. Kleine Bibliothek 350, 254 Seiten mit zahlreichen grafischen Darstellungen und Abbildungen, 10,- DM. Im Buchhandel erhältlich. In collectiv-Buchhandlungen vorrätig.

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Dokumente zur Weltraumrüstung

ASK-Erklärung

Sternenkriegsprogramm – Gefahr auch für die Dritte Welt

1. Mit ihrem Programm des „Kriegs der Sterne“ streben die USA die Überlebensfähigkeit im Atomkrieg an. Nach dem Aufbau einer offensiven Erstschlags- und Enthauptungskapazität (Pershing II, Cruise Missiles, MX), dem atomaren „Schwert“, jetzt also die Entwicklung des „Schildes“.

Was in der US-Propaganda als eine geradezu friedfertige Verteidigungsmaßnahme dargestellt wird, ist tatsächlich eine der gefährlichsten Drehungen der Rüstungsspirale seit Erfindung der Atombombe. Bisher besaßen beide Großmächte die Fähigkeit, bei einem Angriff mit dem sog. Zweitschlag den Gegner zu vernichten. „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“ – das war die Formel für das – ohnehin schon prekäre – Gleichgewicht. Doch dieses Gleichgewicht soll durch die neue Stufe der Rüstungsskalation zur einseitigen Überlegenheit der USA hin verschoben werden. Wer zusätzlich zum „Schwert“ das „Schild“ besitzt, kann den anderen vernichten und selbst überleben!

Die Reagan-Administration glaubt damit den Schlüssel zur uneingeschränkten Beherrschung der Welt in die Hände zu bekommen. Der Traum vom „amerikanischen Jahrhundert“ soll wirklich werden. Mit dem Ziel der „Endlösung der Kommunistenfrage“ ist eine tödliche Gefahr für alle emanzipatorischen Bestrebungen und damit gerade auch für alle Befreiungsprozesse in der 3. Welt verbunden. Denn den USA geht es auch um die Beherrschung, um die Rohstoffe, um die Märkte etc. jener Länder, die sich von neokolonialer Abhängigkeit befreien wollen.

Die koloniale Unterdrückung der Völker der 3. Welt im 19. Jahrhundert wäre eine Idylle im Vergleich zum Unterwerfungsdruck, der in einer Welt entstünde, in der der US-Imperialismus uneingeschränkt an jedem Ort schalten und walten könnte. Es ist daher vitales Interesse der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die Realisierung dieses Programms zu verhindern.

2. Auch wenn es Washington nicht gelingt, die angestrebte Überlegenheit zu erreichen – und es spricht viel dafür, daß es nicht gelingt –, der Versuch allein wird eine neue Runde des Wettrennens – gigantischer als alle je zuvor – einleiten. Die internationale Lage wird gefährlich destabilisiert, das politische Klima wird sich weiter verschlechtern, Konflikte und Spannungen werden zunehmen. Alle bisherigen Rüstungskontrollvereinbarungen und Verträge wie SALT und der ABM-Vertrag werden hinfällig; der Abschluß neuer Verträge wird unmöglich. Schließlich nimmt auch die Gefahr eines atomatischen, vom Computer ausgelösten Atomkriegs drastisch zu.

Für die 3. Welt werden die politischen und ökonomischen Auswirkungen besonders katastrophal sein.

3. Die Kosten für den Bau und die Stationierung allein der Hauptkomponente des Abwehrschirms (die sog. Laser-Kampfstationen) belaufen sich nach vorsichtigen Schätzungen

auf 500 Mrd. Dollar. Nach allen Erfahrungen mit solchen Kostenvoranschlägen werden sie mit Sicherheit das Doppelte bis Dreifache betragen. Die USA werden also einen irrsinnigen Kapitalbedarf haben.

Daher werden nicht nur die europäischen NATO-Partner zur Kasse gebeten. Auch die 3. Welt wird ökonomisch noch mehr bluten müssen. Der derzeit bereits stattfindende Kapitaltransfer aus den Entwicklungsländern in die USA (seit Beginn der Hochzinspolitik und der Manipulation des Dollarkurses 70 Mrd. Dollar!) wird beträchtlich ansteigen. Die ökonomische Schere zwischen dem imperialistischen Zentrum und den Entwicklungsländern wird sich weiter öffnen. Gleichzeitig wird die Lösung der dramatischen Probleme der 3. Welt blockiert. Unterentwicklung, Krankheit und Hunger werden weiterhin Millionen Menschen das Leben kosten.

Der „Krieg der Sterne“ verschlingt nicht nur riesige Summen an Kapital, sondern auch ungeheure Mengen an Energie und Rohstoffen. Der Energiebedarf für erdgestützte Laserwaffen (mit Reflektor im Weltall) betrüge 20-60% der derzeitigen Energieerzeugung der USA. Die zusätzliche Menge an Öl, Uran und anderen Brennstoffen würde vor allem aus der 3. Welt kommen müssen, ebenso wie seltene Rohstoffe von strategischer Bedeutung wie Mangan, Chrom, Wolfram etc. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit, ungehindert Zugriff zu diesen Rohstoffen zu haben, zur Quelle von Militarisation, müssen doch die Rohstoffquellen, die Schifffahrtswege etc. „geschützt“ werden!

4. Die Militarisation des Weltraums erfordert auch auf der Erde ein weltumspannendes Netz von Bodenstationen, Radareinrichtungen, Bunker- und Reparaturmöglichkeiten für Schiffe und Flugzeuge etc. Die Einbeziehung von Territorien und die Schaffung neuer Stützpunkte in der 3. Welt ist daher unvermeidlich. So plant z.B. die NASA den Bau

einer „Notlandebahn“ für ihre Weltraumfähre (z.Zt. zu 50% militärisch genutzt) auf den chilenischen Osterinseln. Allein die vorgeschlagenen Laser-Kampfstationen ins All zu befördern, wären 300 Flüge des derzeitigen Typs des Space Shuttle notwendig!

Die Notwendigkeit, für den Aufbau und den Betrieb der weltraumgestützten Systeme Stützpunkte zu sichern und neue zu bekommen bzw. vermeintliche des Gegners zu verhindern (Grenada, Nikaragua), führt zu erhöhter Aggressivität des US-Imperialismus gegenüber der 3. Welt.

5. Schließlich kann die Militarisation des Weltraums auch für die militärische Kontrolle und für die Kriegführung in der 3. Welt direkt eingesetzt werden. Insbesondere das weltraumgestützte Führungs- und Kommunikationssystem eröffnet neue Möglichkeiten auch der konventionellen Kriegführung. Angefangen bei der direkten Führung der Schnellen Eingreiftruppe (z.B. mit „Live-Übertragung“ des Schlachtfeldes ins Pentagon) bis hin zu Ein-Mann-Sabotageaktionen. So wurden z.B. mit dem im Aufbau befindlichen Satellitensystem NAVSTAR vier mit Empfängern ausgerüstete Infanteriesoldaten über 45 km hinweg zu einem gemeinsamen Treffpunkt im Gelände geleitet, den sie nur mit 3 m Abweichung erreichten.

Die USA eröffnen sich hiermit neue Möglichkeiten der Anti-Guerilla-Kriegführung, des Einsatzes von kleinen aber hochwirksamen Sabotagegruppen, der Aufklärung für Söldner, Contras etc. bis hin zu deren militärischer Leitung. Gleichzeitig geben Aufklärungssatelliten und zukünftig auch bemannte Weltraumstationen die Möglichkeit, alle militärischen und zivilen Tätigkeiten beliebiger Staaten (und Befreiungsbewegungen) für die USA auszuspiönieren und die Information ggf. an verbündete Regime weiterzugeben.

6. Aus all diesen Gründen darf Reagans „Krieg der Sterne“ niemals Wirklichkeit werden. Das ASK ruft die Solidaritätsbewegung auf, mit aller Kraft gegen das Sternenkriegsprogramm aufzutreten. Wir fordern die Bundesregierung auf, jede Mitarbeit an der Militarisation des Weltraums zu unterlassen und sich gegen das Projekt auszusprechen.

Nein zur Militarisation des Weltraums!

Ja zur Solidarität mit der sozialen und politischen Befreiung der 3. Welt!

Frankfurt, 21.6.1985

Internationaler Wissenschaftlerappell vom Juli 1984

Auf einem internationalen Friedenskongreß vom Juli 1984, an dem 2.500 Teilnehmer aus den USA, der UdSSR, der BRD, Skandinaviens usw. teilnahmen, wurde eine Erklärung gegen die Weltraummilitarisierung verfaßt, die inzwischen über 15.700 Wissenschaftler aus 32 Ländern unterzeichneten.

Die Entwicklung von Antisatellitenwaffen und weitere Schritte zur Militarisation des Weltraums stellen eine große Gefahr dar und würden die Wahrscheinlichkeit eines alles zerstörenden Atomkrieges vergrößern.

Der Weltraum muß frei von allen Waffen bleiben. Seine Erschließung sollte nur dem Frieden dienen und dem Wohlergehen der ganzen Menschheit.

Wir schlagen vor, daß die Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer Waffensysteme im Weltraum verboten wird und daß die existierenden Antisatelliten-Systeme auf wechselseitiger Ebene abgebaut werden.

Wir begrüßen den Vorschlag der UdSSR für ein Moratorium über Antisatellitenwaffen und den Beschluß des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, die Erprobung solcher Waffen auszusetzen.

Wir, die Unterzeichner aus verschiedenen Ländern, appellieren an unsere Regierungen, als ersten Schritt sofortige Verhandlungen zum Verbot aller Waffen für den Gebrauch im Weltall aufzunehmen.

Vor Strategischer Verteidigungsinitiative warnen

Auf einer Pressekonferenz in Bonn vom 6.8.1985 stellten die Professoren Werner Buckel, Bernhard Gonsior, Hubert Kneser, Jürgen Schneider und Peter Starlinger von der Naturwissenschaftler-Friedensinitiative die folgende Erklärung vor, die von über 100 Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik erstunterzeichnet wurde.

Die Bundesregierung trifft in diesen Monaten die folgenschwere Entscheidung über ihre Beteiligung an den Forschungsarbeiten zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der US-Regierung. Im Rahmen dieser Initiative sollen neue Technologien entwickelt werden, die einen vollständigen Schutz vor Atomwaffen ermöglichen und schließlich diese Waffen selbst überflüssig machen sollen. Ihr Ziel soll es sein, die bisherige Strategie der gegenseitigen Zerstörungsfähigkeit durch eine Strategie gegenseitiger Sicherheit abzulösen.

Die Einwände gegen dieses Vorhaben unter technischen, sicherheitspolitischen, finanziellen und forschungspolitischen Gesichtspunkten sind allerdings so grundsätzlicher Natur, daß das Ziel unerreichbar und schon der Versuch, solche Pläne zu verwirklichen, gefährlich und schädlich erscheint.

Der Schutz vor Atomwaffen soll durch ein gestaffeltes System von neuartigen Abwehrwaffen erreicht werden, die teilweise im Weltraum stationiert werden. Solche Waffen der Zukunft gehen aber weit über den gegenwärtigen Stand der Technik hinaus. Von vielen wichtigen Komponenten ist nicht bekannt, ob sie überhaupt jemals realisierbar sein werden. Dagegen weiß man sehr wohl, daß es leicht und verhältnismäßig billig sein wird, die Waffensysteme der strategischen Verteidigung mit Hilfe von heute schon bekannten Technologien unwirksam zu machen oder durch eine

vermehrte Zahl von Angriffswaffen zu überrennen.

Ein vollständiger Schutz vor Atomwaffen ist daher nicht zu erreichen. Auch wenn ein strategisches Verteidigungssystem nur teilweise wirksam sein wollte, müßte es vom Gegner als Bedrohung empfunden werden, weil die massive Abschreckung außer Kraft gesetzt würde. Der Plan der SDI ist mit den erklärten Zielen der Genfer Abrüstungsverhandlungen, nämlich Reduktion der Nuklearwaffen und Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum unvereinbar.

Da die Vermehrung nuklearer Angriffswaffen eine naheliegende Gegenmaßnahme zur Raketenabwehr darstellt, ist eine Vergrößerung der nuklearen Arsenale zu erwarten. Das atomare Wettrüsten wird damit weitergehen.

Ein Verbot von Antisatellitenwaffen wird nicht möglich sein, wenn Satellitenkampfstationen im Weltraum geplant werden, die außerdem selbst als wirksame Antisatellitenwaffen eingesetzt werden können. Der Rüstungswettlauf wird durch SDI in den Weltraum getragen. Sollte SDI in die Entwicklungs- und Testphase treten, so müßten der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen von 1972 (ABM-Vertrag) und möglicherweise das Atomtestverbot von 1963 gekündigt werden. Damit würde die gesamte Rüstungskontrollpolitik des Westens unglaubwürdig werden.

Die Kosten eines Raketenabwehrsystems werden auf viele hundert Milliarden Dollar veranschlagt. Summen dieser Größenordnung, die zu den bisherigen Rüstungsausgaben noch hinzukommen, werden jede Volkswirtschaft unzumutbar belasten und Mittel binden, die zur Lösung von Problemen der Dritten Welt und im sozialen und Umweltbereich dringend be-

nötigt werden. Die Bewältigung dieser Probleme ist die eigentliche Herausforderung für die Zukunft.

Ein Innovationsschub für zivile Anwendungen, der von der SDI-Forschung erwartet wird, ist ebenfalls keine Rechtfertigung für eine Teilnahme der Bundesrepublik. Wenn man bereit ist, für den technischen Fortschritt große Mittel aufzuwenden, so kann man dies sehr viel wirkungsvoller durch die direkte Förderung von sinnvollen Projekten im zivilen Bereich tun. Die Behauptung, daß sich technische Spitzenstellung nur auf dem Umweg über militärische Forschung erreichen lasse, erscheint äußerst fragwürdig. Japan ist ein gutes Gegenbeispiel. Zudem werden militärische Geheimhaltung und Wettbewerbsinteressen der beteiligten Unternehmen den erwarteten Austausch von Technologien zwischen Westeuropa und den USA beschränken und verzögern.

Das SDI-Programm wird einen großen Teil der Forschungsmittel an eng begrenzte Technologiebereiche binden. Diese Konzentration muß zwangsläufig andere, nicht weniger wichtige Bereiche benachteiligen und so eine vielseitige und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland behindern.

Aus diesen Gründen fordern wir die Bundesregierung auf,

- sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,
 - sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,
 - ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.
- Bonn, 6.8.1985

Deklaration von Delhi Die Atommächte in die Verantwortung nehmen!

Am 29. Januar d.J. verabschiedeten in Delhi sechs Regierungs- und Staatschefs aus vier Kontinenten eine gemeinsame Deklaration, in der sie zu einer weltweiten Kampagne gegen die Kriegsgefahr und für eine atomare Abrüstung aufrufen. Als ihr aktuell vordringliches Ziel bezeichneten sie es, ein Übergreifen des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern und ein Verbot jeglicher Atomwaffentests zu erwirken. Die sechs Regierungschefs Rajiv Gandhi (Indien), Julius Nyerere (Tansania), Andreas Papandreu (Griechenland), Olof Palme (Schweden), Miguel de la Madrid (Mexiko) und Raul Alfonsín (Argentinien) hatten sich im Mai 1984 erstmals zu einer Abrüstungsinitiative zusammengefunden. Damals hatten sie in einem Appell ihr Erstanliegen so abgesteckt: „Verträge, die nur die Aufrüstung regeln, sind offensichtlich nicht ausreichend... Die Jagd auf einen weltumfassenden Selbstmord hin muß aufgehalten und rückgängig gemacht werden. Als notwendigen ersten Schritt dazu rufen wir die USA und die UdSSR ebenso wie Großbritannien, Frankreich und China auf, alle Versuche sowie die Produktion und Aufstellung von Atomwaffen und deren Abschubvorrichtungen einzustellen.“

Der Nichtpaktgebundenen-Präsident Rajiv Gandhi stellte nun in Delhi fest, daß man mit jener Forderung an die sechs Atommächte die Atomwaffenproduktion einzufrieren („Freeze“), „eine sehr positive Antwort zumindest von einer Atommacht bekommen“ habe, nämlich seitens der Sowjetunion. Außenminister Rasgotra ergänzte, die Regierung Reagan hingegen hätte „mit deutlicher Reserve“ reagiert. Die Antworten aus Paris und London seien gleichfalls nicht ermutigend ausgefallen.

In unserer gemeinsamen Deklaration vom 22. Mai 1984 haben wir die Staaten, die Atomwaffen besitzen, aufgerufen, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten. Das weltweite Echo auf unseren Aufruf läßt uns hoffen, die internationale Unterstützung für uns und die Reaktion

der atomwaffenbesitzenden Staaten selbst tragen einen solchen Charakter, daß wir es für unsere Pflicht hielten, uns hier in Delhi zu treffen, um die Art und Weise der Fortsetzung unserer Anstrengungen zu beraten.

Die Staaten, die Atomwaffen besitzen, tragen

eine besondere Verantwortung für den gefährlichen Zustand des Wettrüstens. Wir rufen sie auf, sich uns bei der Suche nach einer neuen Richtung anzuschließen.

Wir begrüßen die am 8. Januar 1985 in Genf erzielte Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über den Beginn von zweiseitigen Verhandlungen zu einem Komplex von „Fragen, die die Weltraum- und Atomwaffen – der strategischen und der mittleren Reichweite – betreffen, wobei all diese Fragen im gegenseitigen Zusammenhang behandelt und gelöst werden“.

Wir messen dem verkündeten Ziel dieser Verhandlungen eine große Bedeutung bei: Das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde einzustellen und schließlich die Atomwaffen überall zu beseitigen. Wir hoffen, daß die zwei größten Mächte, die Atomwaffen besitzen, sich gewissenhaft zu ihren Verhandlungen verhalten und in der nächsten Zukunft bedeutende Ergebnisse erreichen.

Wir werden aufmerksam ihre Arbeit verfolgen und hoffen, daß sie ständig die internationale Gemeinschaft über den Verlauf der Verhandlungen informieren werden. Wir unterstreichen, daß die Tagesordnung und die Ergebnisse dieser Verhandlungen alle Länder und Völker bewegen.

Wir wiederholen unseren Aufruf zur allumfassenden Einstellung der Erprobungen, der Produktion und der Stationierung der Atomwaffen und der Trägersysteme. Das würde die Verhandlungen bedeutend erleichtern.

Heutzutage verdienen zwei konkrete Maßnahmen die ganz besondere Aufmerksamkeit: die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und der Abschluß eines Vertrages über das allumfassende Verbot der Atomwaffentests. Der Weltraum muß zum Wohl der Menschheit insgesamt genutzt werden und nicht als künftiges Schlachtfeld. Deshalb rufen wir zum Verbot der Entwicklung, der Erprobung, der Produktion, der Stationierung und der Anwendung aller Arten von Weltraumwaffen auf.

Das Wettrüsten im Weltraum ist mit gewaltigen Ausgabebelastungen verbunden und steckt voller ernster destabilisierender Folgen. Es gefährdet außerdem eine Reihe von Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen und die Abrüstung. Wir rufen die Staaten, die Atomwaffen besitzen, auch auf, unverzüglich die Erprobung aller Arten von Atomwaffen einzustellen und so schnell wie möglich einen Vertrag über das Verbot der Atomwaffentests abzuschließen. Ein solcher Vertrag wäre ein großer Schritt vorwärts und würde der fortwährenden Modernisierung der Atomwaffenarsenale ein Ende bereiten.

Wir sind davon überzeugt, daß beliebige derartige Schritte nötigenfalls mit ausreichenden und nichtdiskriminierenden Kontrollmaßnahmen verbunden werden können.

Die Einstellung des Wettrüstens ist gegenwärtig eine dringende Notwendigkeit. Nur auf diese Weise kann man die Einstellung des Wachstums der Atomwaffenarsenale in der Zeit der Durchführung der Verhandlungen garantieren. Eine solche Einstellung darf jedoch nicht Selbstzweck sein. Danach muß unverzüglich eine wesentliche Reduzierung der nuklearen Kräfte erfolgen, die zur vollständigen Vernichtung der Atomwaffen und zum Endziel führt — der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Parallel zu diesem Prozeß müssen die wertvollen Ressourcen, die gegenwärtig für militärische Bereitstellungen verschwendet werden, für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden. Die Festigung der Organisation der Vereinten Nationen muß ebenfalls ein wichtiger Teil dieses Vorhabens sein. Es ist erforderlich, unverzüglich Mittel für die Besserung der existierenden Lage zu finden, bei der hunderte Mrd Dollar — ungefähr 1,5 Mio Dollar pro Minute — jährlich für Rüstungen ausgegeben werden. Das steht in einem scharfen Gegensatz zur Armut und in einigen Fällen auch zum Elend, in dem 2/3 der Weltbevölkerung leben.

Aufs Spiel wurde die Zukunft aller Völker gesetzt. Als Vertreter von Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, werden wir ständig unsere legitime Beunruhigung und unsere Forderungen zum Ausdruck bringen. Wir bestätigen unsere Entschlossenheit, die Erreichung eines Einvernehmens zwischen den Staaten, die Atomwaffen besitzen, zu erleichtern, um die notwendigen Schritte unternehmen zu können. Wir werden bemüht sein, mit ihnen im Namen der allgemeinen Sicherheit der Menschheit und im Namen des Friedens zusammenzuarbeiten.

Wir rufen die Völker, Parlamente und Regierungen der ganzen Welt auf, unserem Aufruf entschlossene Unterstützung zu erweisen. Die Verfasser der Deklaration lenken die Aufmerksamkeit auf die wichtige Rolle, die die Öffentlichkeit bei der Mobilisierung des politischen Willens der Regierungen spielen kann, der für die Überwindung der zahlreichen Hindernisse auf dem Weg zum Frieden notwendig ist. Die weltweite Abrüstungskampagne auf Initiative der Organisation der Vereinten Nationen ist ein überaus wichtiges Element bei der Mobilisierung dieses politischen Willens.

UN-Resolutionsentwurf zur Nichtmilitarisierung und friedlichen Nutzung des Weltraums

In einem Schreiben vom 16. August d.J. an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar schlug der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse vor, das Thema Weltraumrüstung auf die Tagesordnung der bevorstehenden 41. Vollversammlung der UNO zu setzen. In beigefügten Dokumenten unterbreitete die UdSSR Vorschläge zur „internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Erschließung des Weltraums unter den Bedingungen seiner Nichtmilitarisierung“ und einen entsprechenden Resolutionsentwurf zur „Nichtmilitarisierung und friedlichen Erschließung des Weltraums“, den wir im vollen Wortlaut dokumentieren.

Die Vollversammlung, erfüllt von der Entschlossenheit zu gewährleisten, daß die Erschließung und Nutzung des Weltraums ein Bereich umfassender, gleichberechtigter, gegenseitig vorteilhafter internationaler Zusammenarbeit unter den Bedingungen des Friedens ist,

in der Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit, das Wettrüsten im Weltraum, das zu einer rapiden Verstärkung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges führen, die Aussichten auf eine Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen insgesamt untergraben und unüberwindliche Hindernisse für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Erschließung des Weltraums schaffen würde, zu verhindern, ehe es zu spät ist, geleitet von dem Bestreben zu gewährleisten, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums so effektiv wie möglich dem wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt aller Völker dient sowie der Lösung der vor der Menschheit stehenden globalen Probleme, unter anderem von Aufgaben bei der Entwicklung und bei der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit,

1. appelliert sie an alle Staaten, vor allem an jene, die auf kosmischem Gebiet über ein großes Potential verfügen, alles für die Vereinbarung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum zu tun, was die Voraussetzungen für eine umfassende internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Kosmos für friedliche Zwecke schaffen würde;

2. bringt sie die Überzeugung zum Ausdruck, daß unter den Bedingungen der effektiven Gewährleistung der Nichtmilitarisierung des Weltraums bei seiner friedlichen Erschließung und der Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet die Bildung einer internationalen Weltraumorganisation für die Abstimmung, Koordinierung und Vereinigung der Aktivitäten der Staaten beim friedlichen Wirken im Weltraum, einschließlich der Hilfeleistung für Entwicklungsländer auf diesem Gebiet, sowie für die Mitwirkung bei der Ausübung der notwendigen Kontrolle über die Einhaltung der zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum bereits abgeschlossenen oder abzuschließenden Verträge, ein großer praktischer Schritt wäre;

3. beschließt sie, nicht später als im Jahre 1987 eine internationale Konferenz unter Beteiligung jener Staaten, die über ein großes Weltraumpotential verfügen, sowie anderer interessierter Länder, einzuberufen, um die Frage der internationalen Zusammenarbeit bei der

friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraums unter den Bedingungen seiner Nichtmilitarisierung umfassend zu erörtern sowie die Hauptrichtungen und Prinzipien einer solchen Zusammenarbeit zu vereinbaren. Die Konferenz sollte auch die Frage der Bildung einer internationalen Weltraumorganisation prüfen, wobei die praktische Bildung einer solchen Organisation dann in Angriff genommen werden kann, wenn Übereinkünfte erzielt sind, die die Nichtmilitarisierung des Alls wirksam gewährleisten;

4. bildet sie ein für alle offenes Vorbereitungs-komitee unter Teilnahme der Staaten, die über ein großes Weltraumpotential verfügen, um diese internationale Konferenz einzuberufen;

5. schlägt sie vor, daß das Vorbereitungskomitee der 41. Vollversammlung einen Bericht über die geleistete Arbeit sowie entsprechende Empfehlungen unterbreitet;

6. bittet sie, daß alle Staaten nicht später als bis zum 1. März 1986 dem Generalsekretär ihre Meinungen und Vorschläge über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Weitergabe an das Komitee übermitteln;

7. beschließt sie, in die vorläufige Tagesordnung ihrer 41. Tagung den Punkt „Zur internationalen Zusammenarbeit bei der Nichtmilitarisierung und friedlichen Erschließung des Weltraums“ aufzunehmen.

(Quelle: TASS, Moskau, 16.8.1985)



team
reisen

• Solidaritätsreise Nicaragua 24.12. - 10.01.86 DM 2950,—

Zwischen den Jahren und in den ersten Tagen des neuen Jahres die Situation in Nicaragua vor Ort erleben, viele Besichtigungen, Begegnungen und Gespräche.

Im Preis enthalten: Flug ab/bis Berlin-Schönefeld, Transfers, Reiseleitung, Halbpension, Programm in Nicaragua, Reiserücktritts-, Gepäck- und Krankenversicherung.

• Zum Musikfestival nach Varadero / Cuba A) 16.11. - 29.11.85 oder B) 17.11. - 30.11.85 DM 2040,— bzw. 2080,—

Die besten Gruppen der lateinamerikanischen Musikszene live.

Im Preis enthalten: Flug ab/bis B.-Schönef. (A) o. Köln (B), 1 Wo. UN/Frúst., 1 Wo. HP, Eintritt zu sämtlichen Veranst., Touristenkarte, Reiserücktrittsvers.

Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 491 60 66

Aufruf des „Großen Ratschlags“ der Friedensbewegung Den Rüstungswahnsinn beenden!

Millionen Menschen überall auf der Welt wollen nicht länger tatenlos hinnehmen, daß Strategien entwickelt und Waffen aufgestellt werden, die Krieg, sogar den Atomkrieg, führbar machen sollen und immer wahrscheinlicher machen. Niemals zuvor war Bewegung für den Frieden so wichtig. (...)

Die qualitativ neuartige Aufrüstung bedroht zunehmend die Existenz der gesamten Menschheit:

- Durch die Militarisation des Weltraums und durch die Erhöhung der Zielgenauigkeit von Atomwaffen,
- durch die Aufstellung der Erstschlagwaffen Pershing II in der Bundesrepublik,
- durch die Aufrüstung mit neuartigen, weitreichenden, zielgenauen konventionellen Angriffswaffen,
- durch offene Interventionsdrohungen gegen Länder der „Dritten Welt“.

Wir wollen nicht, daß mit der von den USA und der NATO betriebenen umfassenden Aufrüstung eine militärische Überlegenheit auf allen Eskalationsebenen angestrebt wird. Wir wollen nicht, daß z.B. mit der AirLand-Battle-Doktrin und schnellen Eingreiftruppen die Fähigkeit zur Kriegführung in allen Teilen der Welt geschaffen werden.

Rüstung tötet täglich – durch Rüstungsexporte in die Dritte Welt, offene und verdeckte Interventionskriege, Atomwaffentests und durch Entzug der Mittel, die zur Bewältigung des Hungers erforderlich sind. In jeder Sekunde werden weltweit 100.000 DM für die Rüstung verschwendet.

Rüstung treibt immer mehr Menschen in soziales Elend und Arbeitslosigkeit. Rüstung zerstört unsere Erde – durch Ausplünderung der natürlichen Ressourcen und Zerstörung der Umwelt.

Die Bundesregierung hat zu verantworten, daß unser Land zur atomaren Abschlußrampe für den „Sieg im Atomkrieg“ ausgebaut wird. Die Bundeswehr wird mit neuartigen weitreichenden „konventionellen“ Waffen umgerüstet, die den Osten bedrohen sollen und den Bundeshaushalt in den nächsten Jahren ruinieren.

Die Bundesregierung hat sich vertraglich verpflichtet, die USA im Falle eines Interventionskrieges militärisch zu entlasten. Bundeskanzler Kohl rechtfertigt das „Krieg der Sterne“-Programm Reagans als defensiv, obwohl es die Angriffsfähigkeit der USA erhöht. Die Bundesregierung ist für die wachsende Unsicherheit und Instabilität in Europa in großem Maße verantwortlich. Ihre Entscheidung zur Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles folgte die Stationierung von noch mehr sowjetischen Raketen (SS 22, SS 23), die auf unser Land gerichtet sind. Ihre Zustimmung zum neuen offensiven Konzept der NATO und zu den Rüstungsprogrammen für Westeuropa kurbelt den Rüstungswettlauf an, erhöht die militärische Konfrontation und untergräbt die politischen Beziehungen zwischen Ost und West.

Auch die WEU-Politik der Bundesregierung ist weder auf „Entnuklearisierung“ noch auf Verminderung der militärischen Konfrontation gerichtet. Sie wird – ganz gleich ob als „zweiter Pfeiler Westeuropas“ oder als „eigenständiger Verteidigungsbeitrag“ – zur Verstärkung der NATO an der Seite der USA führen. Teile der Regierungskoalition wollen sogar eine eigenständige westeuropäische Atomstreitmacht.

Die Bundesregierung versucht, die Öffentlich-

keit über die Gefahren der Aufrüstung hinwegzutäuschen:

„Raketenabwehrschirme“, wie sie in den Programmen zur Militarisation des Weltraums vorgesehen sind, schützen weder vor einem Atomkrieg noch vor dessen Folgen. (...)

Frieden läßt sich weder im Westen noch im Osten durch immer zerstörerische Waffen sichern, sondern allein durch eine konsequente weltweite Politik der Zusammenarbeit, der Verständigung und der Abrüstung, Gerechtigkeit für und Solidarität mit den Ländern der „Dritten Welt“. Dies heißt heute vor allem Solidarität mit Nicaragua, damit der dort begonnene neue Weg nicht zerstört wird.

Wir fordern von der Bundesregierung,

- allen Plänen der US-Weltraummilitarisierung eine klare Absage zu erteilen und keinerlei Mittel für militärische Weltraumforschung – auch nicht im Rahmen eines westeuropäischen EUREKA-Programms – zur Verfügung zu stellen.

- Stopp der Stationierung und Abbau der Pershing-II-Raketen, Verzicht auf die 1986 geplante Aufstellung der Cruise-Missiles, Beseitigung aller in der BRD gelagerten Massenvernichtungswaffen.

- Keine Erhöhung, sondern sofortige Senkung des Rüstungshaushaltes, Verzicht auf die Einführung von neuen Waffensystemen, die der Verwirklichung offensiver Kriegführungspläne (wie FoFa und die AirLand-Battle-Doktrin) dienen können, Absage an jegliche Militarisation Westeuropas (z.B. Ausbau der WEU), Ablehnung jeglicher Interventionspolitik.

- Beendigung der inneren Militarisation der Bundesrepublik (Ausbau der militärischen Infrastruktur, Verlängerung des Wehrdienstes und die darüber hinausgehende Verlängerung des Zivildienstes und dessen militärische Einplanung, Kriminalisierung und Mehrfachbestrafung von Totalverweigerern, Militärdienst für Frauen). Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit (Gesundheits- und Arbeitskräftesicherungsgesetz, Zivilschutz und Notstandsplanung) als Teil der Kriegsvorbereitung.

- Einsatz der für Rüstung vorgesehenen Mittel zur Überwindung von Hunger und Elend in der „Dritten Welt“, von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit.

Unsere Aktivität ist darauf gerichtet, die Menschen weiterhin und erneut zum eigenen Handeln für den Frieden zu bewegen.

Dafür müssen wir der Desinformationspolitik der Bundesregierung und Medien eine umfassende Informationskampagne entgegensetzen, mit der wir möglichst viele Menschen erreichen. Dazu bedarf es der aktiven Mitarbeit aller, die in den vergangenen Jahren gelernt haben, daß es zum eigenen politischen Handeln und Engagement keine Alternative gibt. Um dies erneut sichtbar zu machen, wollen wir mit einer „Informationswoche der Friedensbewegung“ vom 11. bis 16. November 1985 uns erneut zu Wort melden. (...)

Die Woche vom 11. bis 16. November 1985 soll ein erster Höhepunkt unserer Mobilisierung für das Leben sein, ein großes Friedensgespräch mit den Mitbürgerinnen und -bürgern, eine konkrete Warnung an die Regierung, Parlament und Parteien und ein Auftakt für unsere Friedensarbeit im UNO-Friedensjahr 1986. Um darüber zu beraten, laden wir zu einer Konferenz „Friedensjahr 1986“ am 14./15. Dezember 1985 ein.

Köln, 17.6.1985

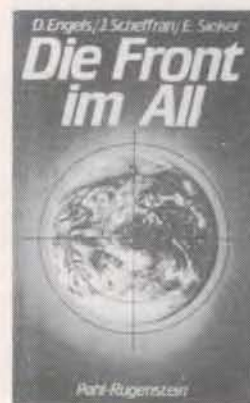
Material- und Aktionssp

Bücher

Seit Ronald Reagan am 23. März 1983 in seiner „Krieg der Sterne“-Rede sein Projekt zur Militarisation des Weltraums bekannt machte, überlassen die Verlage hierzulande das All nicht mehr der Phantasie von Science-Fiction-Autoren. Einige der 1984/85 veröffentlichten Bücher zur Weltraumrüstung, die von Interesse für die Solidaritäts- und Friedensbewegung sein dürften, sollen hier vorgestellt werden.

D. Engels/J. Scheffran/E. Sieker, Die Front im All, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1984, 256 S., 10 DM

ist eine umfassende Bestandsaufnahme des Weltraumrüstungsprogramms der USA. Die Autoren, allesamt Fachleute auf dem Gebiet, führen den Nachweis, daß es sich bei der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) um einen Bestandteil des US-Programms zur Erlangung der Erstschlagfähigkeit handelt.



Sie stellen nicht nur verständlich die technischen Einzelheiten von SDI dar, sondern analysieren auch seine Folgen für Westeuropa, für das strategische Gleichgewicht und für die Rüstungskontrolle. Das Buch wird ergänzt durch eine umfangreiche Dokumentation mit Erklärungen aus den USA, der Sowjetunion und von Vertretern der Friedensbewegung, sowie mit Vertragsentwürfen zur friedlichen Nutzung des Weltraums.

H.G. Brauch, Angriff aus dem All. Der Rüstungswettlauf im Weltraum, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1984, 208 S., 29,80 DM

beeindruckt vor allem durch seinen Fakten- und Quellenreichtum. Der Autor beleuchtet sowohl die historische Entwicklung der Weltraummilitarisierung als auch ihre unterschiedlichen Aspekte.

Allerdings wird nur die destabilisierende Wirkung des SDI-Programms, nicht aber seine Tragweite als Erstschlagskonzept dargestellt. Auch der Untertitel „Rüstungswettlauf im Weltraum“ und Andeutungen, daß die Sowjetunion gleichermaßen zum Weltraumkrieg rüste, sind irreführend und werden eigentlich durch die im Buch enthaltenen Fakten widerlegt.

A. Orth (Hg.), Krieg der Sterne: Ein amerikanischer Traum für Europa, Robinson Verlag, Frankfurt/M. 1985, 184 S., 19,80 DM

enthält 14 Aufsätze zu verschiedenen Aspekten der Weltraummilitarisierung. Die Autoren, vorwiegend aus dem grün-autonomen und linkssozialdemokratischen Spektrum, analysieren die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte von SDI, die Verflechtung von ziviler und militärischer Forschung, den Widerstand in den USA und Westeuropa sowie die aktuellen Aufgaben der Friedens-

bewegung. Beiträge zu Weltraumspielen, zu den möglichen Spionageaufgaben des koreanischen Jumbo, der 1984 über der UdSSR abgeschossen wurde und zu den ABM-Fähigkeiten der in Hessen stationierten Patriot-Raketen vervollständigen das Thema.

Die gleiche Kritik wie an dem Buch von Brauch ist auch hier angebracht. Im Gegensatz zu Brauch unterschlagen die Autoren allerdings selbst Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion in diesem Bereich.

B. Jasani/C. Lee, Waffen im Weltraum. Countdown zum Krieg der Sterne. Ein SIPRI-Report, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1985, 126 S., 8,80 DM
Dieser Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI ist eine gelungene, mit reichlich Tabellen und Graphiken versehene, Einführung in die Geschichte und Technik der militärischen Nutzung des Weltraums. Sowohl die unbewaffneten Satellitensysteme als auch ASAT- und ABM-Systeme werden leicht ver-

„Sternenkriege“. Illusionen und Gefahren, Verlag Progreß, Moskau 1985, 55 S., 2 DM

Knipping setzt sich in seinem populärwissenschaftlich gehaltenen Buch vor allem mit den offiziellen Begründungen und Nutznießern des SDI-Programms auseinander. Er widerlegt u.a. die Behauptung vom defensiven Charakter und vom zivilen Nutzen von SDI. Die Aktivitäten der Sowjetunion gegen die Weltraummilitarisierung werden ebenso dargestellt wie der Widerstand in den USA und Westeuropa.

„Sternenkriege“ dokumentiert ebenfalls die Ziele des SDI-Programms. Es betont jedoch die Notwendigkeit unbewaffneter Aufklärungssatelliten, da sie einen überraschenden Entwaffnungsschlag verhindern helfen könnten und die Überprüfung von Abrüstungsverträgen erlaubten. Es wird zudem betont, daß die UdSSR eine Überlegenheit der USA nicht zulassen wird und sich im Fall der Verwirklichung von SDI genötigt sehe, das Vergeltungspotential zu verstärken oder die Defensivsysteme zu ergänzen.

Broschüren

Den Frieden können die Wissenschaftler nicht erfinden. Dieses 16seitige Heftchen enthält knapp und verständlich die wichtigsten Argumente gegen SDI. Jeweil 50 Exemplare können für 10 DM (plus 2 DM Porto) bezogen werden bei: Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung e.V., Friedrich-Ebert-Str. 114, 4400 Münster.

Die Weltraumfront. Kriegsvorbereitung in der vierten Dimension. Analysen und Dokumente, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1984, Sonderdruck Nr. 304 der Blätter für deutsche und internationale Politik, 64 S., 1,50 DM enthält eine Übersicht über das SDI-Programm, je einen Beitrag über die dahinterstehende Strategie und über das Instrumentarium eines „Entwaffnungsschlags“ und „entwaffnenden Erstschlags“ sowie einen dokumentarischen Anhang.

J. Eisbach/R. Rilling, Mit SDI in die Zweitklassigkeit – Ökonomische Gefahren einer einseitigen Ausrichtung der Forschungspolitik. PIW-Studien Nr. 2, Progress-Institut für Wirtschaftsforschung, Bremen 1985, 33 S., 6 DM erbringen den wissenschaftlichen Nachweis, daß eine Beteiligung der BRD an SDI nicht zu einem Innovationsschub, sondern zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit führen wird. Die Studie kann beim PIW, Postfach 210309, 2800 Bremen bezogen werden.

Rüstung im Weltraum, Friedenspolitischer Informationsdienst Nr. 1/1985. Auf 24 S. enthält dieses Heft Darstellungen der technischen Einzelheiten von SDI, ASAT und C³I. Es schätzt zudem die strategischen und politischen Auswirkungen von SDI und die Konsequenzen für Westeuropa ein. Das Heft kann für 2,50 DM bei der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert bezogen werden.

Dia-Serien

Eine Dia-Serie (50 Dias) zur Weltraumrüstung kann für 10 DM bei allen Landesverbänden der DFU oder beim DFU-Bundesvorstand (Lersnerstr. 13, 6000 Frankfurt 1) ausgeliehen werden. Eine Vortrags-Kassette zu den Dias (45 Min.) oder eine Textheft werden mitgeliefert.



WEIN ZUR MILITARISIERUNG DES WELTRAUMS

DAMIT DER HIMMEL DIE ERDE NICHT ZUR HÖLLE MÄCHT

DIE DRITTE WELT BRAUCHT ABRÜSTUNG

Plakate

Ein Plakat des ASK zum Thema Weltraumrüstung und Dritte Welt ist beim Solidaritätsshop Dritte Welt (Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90) erhältlich. Das Motiv ähnelt dem Titelblatt dieses Heftes. Stückpreis 1,50 DM.

Aktionshinweise

Für den 11.-16. November d.J. hat die Kölner Strategiekonferenz der Friedensbewegung (Juni 1985) zu einer bundesweiten Informationswoche aufgerufen. Am 16.11.1985 wird ein Aktionstag mit örtlichen Aktionen stattfinden. Die Aktivitäten der Friedensbewegung richten sich sowohl gegen die Fortsetzung der Stationierung als auch gegen die Aufrüstungspläne im All, gegen die ruinöse Aufstockung der Rüstungsausgaben und die wachsende Militarisierung der BRD (siehe Aufruf im Dokumententeil). Weitere Informationen gibt der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn.

Die Naturwissenschaftler-Initiative – Verantwortung für den Frieden ruft für den gleichen Zeitraum zu einer Friedenswoche an den Hochschulen auf. Dabei soll vor allem über Weltraumrüstung, Erstschlagsstrategie, Air-Land Battle, Rüstung und Wirtschaft sowie Alternativen zur Rüstung informiert werden. Die Initiative hat sich am 6.8.1985 mit einem Aufruf gegen die Beteiligung der BRD an SDI, der von 100 Persönlichkeiten unterzeichnet wurde (siehe Dokumententeil) an die Öffentlichkeit gewandt.

Ein internationaler Aufruf von Naturwissenschaftlern gegen die Weltraumrüstung (siehe Dokumententeil) war auf dem internationalen Kongreß „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums“ (7.-8. Juli 1984 in Göttingen) verabschiedet worden. Er wurde bisher von 15.700 Wissenschaftlern (darunter 13.000 aus der BRD) unterzeichnet.

Weitere Informationen bei: Naturwissenschaftler-Initiative – Verantwortung für den Frieden, c/o Prof. Dr. Hubert Kneser, Institut für Genetik, Wacertal 121, 5000 Köln 41

Nico Biver



ständig dargestellt und die Gefahren der Weltraumrüstung – wenn auch nicht in ihrer ganzen Tragweite – dargestellt.

R. Labusch/E. Maus/W. Send (Hg.), Weltraum ohne Waffen. Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums, C. Bertelmann Verlag, München 1984, 288 S., 26 DM enthält Vorträge die auf dem Göttinger Kongreß „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums“ (7.-8.7.1984) gehalten wurden. Behandelt werden die zivile Raumfahrt, die Weltraumwaffen, die Gefahren der Weltraumrüstung, Rüstungsbegrenzungsverträge sowie die Verantwortung des Wissenschaftlers. **P. Barth (Hg.), SDI – Strategic Defense Initiative. Strategische Verteidigungsinitiative. Dokumente und Materialien, Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Starnberg 1985, 230 S., 18 DM.**

Diese einzigartige Dokumentation enthält die wichtigsten offiziellen Stellungnahmen der USA, Frankreichs, der BRD und der Westeuropäischen Union (WEU) sowie die ABM-Verträge. Darüber hinaus wurden Artikel und Interviews zu technischen und politischen Aspekten von SDI, sowie Stellungnahmen bundesdeutscher und US-amerikanischer Politiker und Experten (pro und contra) nachgedruckt.

Die Dokumentation ist erhältlich beim Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V., Postfach 1529, 8130 Starnberg.

Zwei Bücher aus der DDR und der Sowjetunion machen die Position des sozialistischen Lagers zum SDI-Programm einsichtig:

F. Knipping, Projekt Sternenkrieg. Washingtons Weltraumwaffen. Wahn und Widerstand. Urania-Verlag, Leipzig-Jena-Berlin 1985, 143 S., 7,80 DM

DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

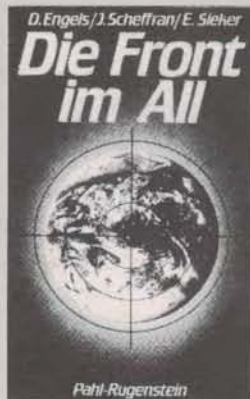
strophien und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder** der uns einen **neuen Abonnenten nennt** ein aktuelles Dritte-Welt-Buch **geschenkt**.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro
... wenn wir überleben wollen
Weltkreis Verlag
296 Seiten, 16,80 DM



D. Engels / J. Scheffran / E. Sieker
Die Front im All
Pahl-Rugenstein Verlag
256 Seiten, 10,- DM



James Matthews
Schattentage
Roman aus Südafrika
Weltkreis Verlag
144 Seiten, 9,80 DM



K. P. Wolf
Tage, die wie Wunden brennen
Roman aus Nikaragua
Weltkreis Verlag
240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

Martin Schuck

Die Wahl des „kleineren Übels“

Eine Zitterpartie ohnegleichen erlebten die Bolivianer in den 3 Wochen nach den Präsidentschaftswahlen vom 14. Juli d.J. Gleichzeitig wurden das Parlament und der Senat, die zusammen den Kongreß bilden, gewählt.

Bis zum 5. August war unklar, wer von den beiden rechtsgerichteten Favoriten für das Amt des Präsidenten, Victor Paz Estenssoro oder Hugo Banzer Suarez, das Rennen machen würde.

Beide sind in dem höchsten Amt nicht gerade unerfahren. Der 77jährige Paz Estenssoro war bereits von 1952-56 und von 1960-64 gewählter Präsident des Landes. Hugo Banzer ist noch bestens in Erinnerung mit seiner Militärdiktatur von 1971-78, die damals auch auf die Zustimmung seines Rivalen stieß.

Natürlich gab es daneben auch noch linke Kandidaten, die durchaus im Präsidentenamt vorstellbar gewesen wären. Das gilt z.B. für Jaime Paz Zamora, Kandidat der sozialdemokratischen Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und Vizepräsident in den vergangenen Jahren unter dem Präsidenten Hernan Siles Zuazo und dem Bündnis der linken Mitte, Demokratische Volksunion (UDP). Oder da wäre Roberto Jordán Pando, der Nachfolger von Hernan Siles als Kandidat der Linken Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNRI). Auch Antonio Aranibar, der Kandidat der Front Vereinigtes Volk (FPU), einem Zusammenschluß der MIR-Abspaltung MIR-Freies Bolivien (MIR-BL) und der Kommunistischen Partei Boliviens (PCB), rechnete sich Chancen aus.

Rechte Favoriten

Dennoch war schon vor der Wahl klar, daß es eine rechte Mehrheit im Kongreß und somit auch einen rechten Präsidenten geben würde. Dies umso mehr, als einige linke Parteien zum Wahlboykott aufriefen als Protest gegen den frühen, von den rechten Parteien aufgezungenen Wahltermin, der kaum eine Chance zur Mobilisierung der Bevölkerung – vor allem der Landbevölkerung – gelassen hatte.¹

Der Hauptgrund für den vorhersehbaren Sieg der Rechten war jedoch die Tat-

sache, daß es dem Präsidenten Hernan Siles nicht gelungen war, für seine wirtschaftlichen Maßnahmen in der Bevölkerung – gerade bei den Bergarbeitern und Bauern – Zustimmung zu finden (siehe AIB 11-12/1982, S. 42ff.).

Vor dem Hintergrund einer tiefen Wirtschaftskrise sah sich Hernan Siles in seiner Amtszeit von 1982-85 mit den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) nach einer rigiden Sparpolitik konfrontiert. Dies war die Voraussetzung für den Erhalt neuer Kredite und die Neuverhandlung der Auslandsschulden (5 Mrd Dollar), die sich vor allem unter der Banzer-Diktatur angehäuft hatten.

UDP in der Zwickmühle

Siles versuchte zunächst, zwischen den Forderungen des IMF und der Gewerkschaften zu lavieren. Seine Regierung erlag aber schließlich weitgehend dem Diktat des IMF. Lebensmittelsubventionen wurden gestrichen, die Löhne und die Staatsausgaben gekürzt. Der Gewerkschaftsbund COB antwortete mit Arbeitsniederlegungen, um angemessene Löhne und eine Aussetzung des Schuldendienstes durchzusetzen.

Da dem IMF allerdings die Austeritätspolitik noch nicht weit genug ging und das Land mangels Devisen auch den Schuldendienst zeitweise einstellen mußte, kam die Regierung an keine neuen Kredite. In der Zwickmühle zwischen IMF und COB isolierte sich die Regierung zunehmend.

Die Folge war eine weitere Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Krise. Das Bruttosozialprodukt sank weiter, die Inflation schnellte auf 10.000% hoch. Häufige Regierungswechsel, wochenlange Generalstreiks, Putschversuche und -gerüchte waren an der Tagesordnung.

Dieses Chaos führte zu einem Vertrauensverlust und zum Auseinanderbrechen der UDP-Regierung, der neben der MNRI auch lange Zeit die MIR und die PCB angehörten. Diese drei Parteien, die 1980 noch 57 von 157 Kongreßsitzen gewannen, kamen diesmal nur noch auf 28 Sitze. Die stärkste Partei der früheren

UDP-Koalition, die MNRI, errang gar nur 4% der Stimmen.

Da keiner der Präsidentschaftskandidaten am 14. Juli d.J. die absolute Mehrheit erhalten hatte, wählte in den frühen Morgenstunden des 5.8.1985 der neue Kongreß nach einer langen, zähen Debatte den Kandidaten der Historischen Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNRH), Victor Paz Estenssoro, zum Präsidenten. Dieses Ergebnis überraschte zu diesem Zeitpunkt kaum. Aber etwa 2 Wochen vorher, als die ersten Hochrechnungen aus den Stadtwahlkreisen bekannt wurden, hätte niemand damit gerechnet.

Die beiden führenden Zeitungen des Landes, Opinion und Presencia, notierten damals übereinstimmend Banzer mit etwa 37% der Stimmen vor Paz Estenssoro, dem man nur etwa 27% zuschrieb. Banzer ließ sich schon als zukünftigen Präsidenten feiern. An seiner Wahl zweifelte niemand im Land.

Dann kam die Sensation: Nach Auszählung der Stimmen ländlicher Wahlkreise

Eine Packung Zigaretten kostet bereits mehr als ihr Gegengewicht in Peso-Scheinen



wurde Banzers Vorsprung vor Paz Estenssoro immer kleiner. Schließlich pendelten sich die Hochrechnungen ein bei etwas über 28% für Banzers und bei knapp unter 27% für Paz Estenssoro.²

Der MNRH gelang es sogar, aufgrund der überragenden Wahlsiege in einzelnen ländlichen Departements, 59 Parlaments- und Senatsitze zu bekommen, gegenüber 51 für die Nationalistische Demokratische Aktion (ADN) Hugo Banzers.³ Dieser drohte nun mit einem Militärputsch, falls ihn der Kongreß nicht wählen sollte.

Dieser Einschüchterungsversuch mißlang jedoch. Bereits im zweiten Wahlgang konnte Paz Estenssoro mit 94 Stimmen weit mehr als die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. Um einen Machtantritt Banzers zu verhindern, hatten fast alle Abgeordneten links von der ADN es vorgezogen, für das „kleinere Übel“ zu stimmen.

Kraftprobe mit der COB

Daß mit der Wahl Paz Estenssoros in Bolivien stabilere Verhältnisse einkehren werden, erwartet kaum jemand.

Am 29. August d.J. verkündete der neue Präsident ein wirtschaftliches Austeritätsprogramm, dessen Kosten vor allem den Lohnabhängigen aufgebürdet werden sollen. Der Peso wurde durch die Freigabe des Wechselkurses um 95% gegenüber dem Dollar abgewertet, die Löhne eingefroren und alle Subventionen (vor allem für Lebensmittel und Mineralölprodukte) gestrichen. Damit werden Preiserhöhungen von bis zu 900% erwartet.

Nach Arbeitsniederlegungen der Bergarbeiter und im Transportbereich rief die COB am 3.9.1985 zum Generalstreik gegen diese Politik auf, obwohl Polizei und Militär in Alarmbereitschaft gesetzt worden waren.

Ob der Widerstand gegen die Politik des Präsidenten jedoch langfristig erfolgreich sein wird, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, ob die Streitereien in der COB beigelegt werden können und die zersplitterte Linke sich zusammenschließen und verlorenen Boden wiedergutmachen kann.

Anmerkungen:

- 1) Wortführer dieses „Anti-Wahlbündnisses“ war der Exekutivsekretär der COB und Vorsitzende der Vereinigten Revolutionären Führung (DRU; Bündnis verschiedener linker und ultralinker Parteien) Juan Lechin Oquendo.
- 2) Amtliches Endergebnis laut Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.7.1985: Banzers 28,11%, Paz Estenssoro 26,66%, Paz Zamora 8,86%.
- 3) Die MIR erhielt 16, die MNRI 8, die Sozialistische Partei-1 (PS-1) 5 und die FPU 4 Sitze.

El Salvador

Botschaft des FMLN-Generalkommandos Für eine revolutionäre Einheitspartei

Das Generalkommando der FMLN informiert unser Volk darüber, daß im Juni im Departement Morazan eine ordentliche Sitzung des Generalkommandos stattfand. Ziel dieses Treffens war es, die gegenwärtige Lage im Lande zu analysieren und einzuschätzen. Wir können auf Fortschritte und die Entwicklung unserer politisch-militärischen Kräfte verweisen.

Wir möchten den hohen brüderlichen Geist, das Vertrauen und den vollkommenen Zusammenhalt der FMLN bei der Einschätzung der Lage und der zu erstellenden Richtlinien hervorheben. Es wurden solide Grundlagen geschaffen, um der Einheit noch näher zu kommen.

Die Ergebnisse dieses Treffens waren äußerst positiv. Wir sind sicher, daß sie uns in eine Phase des Sieges und revolutionärer Fortschritte führen werden, weshalb die Ergebnisse dieses Treffens höher zu bewerten sind als die Ergebnisse früherer Treffen. Es besteht kein Zweifel, daß wir heute einer völligen Einigung unserer Organisationen näher sind, d.h. der Schaffung einer einzigen Organisation und einer einzigen revolutionären Armee...

Die FMLN hat sich erfolgreich dem Yankee-Plan auf politisch-militärischem Gebiet widersetzt, und wir können feststellen, daß 1 Jahr und ein paar Monate nach der Amtsübernahme der Regierung Duarte alle Ergebnisse für uns sprechen und ein völliges Scheitern für den Feind bedeuten.

Die breiten werktätigen Massen auf dem Land und in der Stadt, die unter den Folgen der ersten wirtschaftlichen und politischen Krise des Regimes leiden, haben erkannt, daß die Regierung Duarte die Probleme (der Massen) nicht lösen oder ihren gerechten Forderungen nicht nachkommen kann. Die Massen entwickeln also einen höheren Grad an Organisa-

tion und Kampfsolidarität, d.h. sie waren gegen Zwang, Streiks, Arbeitsniederlegungen und Mobilisierungen anzuwenden, um ihre Rechte zu verteidigen und ihre gerechten Forderungen durchzusetzen.

Durch diese Aktionen wurde die falsche und überhebliche Politik Napoleon Duartes und seiner Regierung sowie seine angebliche Unterstützung durch das Volk aufgedeckt. Das Volk hat seinen gegen das Volk gerichteten, repressiven, völkermörderischen und unterwürfigen Charakter demaskiert.

Auf militärischem Gebiet ist ihre falsche Propagandakampagne, die zeigen sollte, daß sie vom militärischen Gleichgewicht und der Einheit zur Offensive übergegangen seien, zusammengebrochen. Die falschen Illusionen des Oberkommandos sind aufgedeckt worden. Tatsachen beweisen, daß die Armee ständig Männer verliert und ihre Kampfmoral sinkt. Die vom Feind in unseren Zonen gestarteten Operationen haben zu erheblichen Verlusten an Menschenleben geführt, wobei das Verhältnis für die FMLN bei 25:1 liegt.

Konzentration der Kräfte

Unsere ständige Mobilisierung hat es uns ermöglicht, durch die Aktionen unserer Guerillaeinheiten dem Feind täglich systematische Verluste beizubringen. Wir haben den Krieg landesweit ausgedehnt, besonders auf die wichtigsten Städte San Salvador, Santa Ana, San Miguel.

Neue Operationsgebiete sind im östlichen, mittleren und südlichen Gebiet des Landes geschaffen worden. Die Aktivitäten der Kommandos wurden in San Salvador beschleunigt. Sie kämpfen gegen die Organisation, die Ent-

Die politische Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil des Befreiungskampfes der FMLN



scheidungen treffen und die US-Pläne ausführen: die Berater, die militärischen Befehlshaber und Christdemokraten.

Die Sabotageaktionen der FMLN gegen die Kriegswirtschaft der Regierung, die Produktions-Infrastruktur der Oligarchie, militärische Verbindungen, Stromversorgung, Transport- und Fernmeldewesen, Baumwoll-, Kaffee- und Zuckerplantagen ist intensiver und wirksamer geworden. Hunderte Mio Dollar Verluste hat die Duarte Diktatur schon hinnehmen müssen... Die Konzentration der Kräfte der FMLN und die Schwächung des Guerilla-Bekämpfungsplans Duartes zeigen die siegreiche Rolle der FMLN, der Vorhut des Volkes.

Im Rahmen dieser günstigen Lage hat das Generalkommando beschlossen, auf seiner Sitzung folgende Richtlinien anzunehmen:

1. Durch die Umwandlung der FMLN in eine einzige Organisation sollen Fortschritte erzielt werden.

1979 und 1980, als der Prozeß zur Erlangung der Einheit eingeleitet wurde, hatten wir die schwierige Aufgabe, die Einheit der politisch-militärischen und strategisch-taktischen Politik zu erreichen, unsere Fehler und Schwächen zu korrigieren und eine Weiterentwicklung anzustreben, um eine noch größere Einheit zu erreichen. Hinsichtlich unserer politischen Überzeugung haben wir ein solches Maß an Einheit erreicht, daß wesentliche Meinungsverschiedenheiten über unsere Strategie nicht mehr bestehen. Wir können sagen, daß wir eine politische Linie haben.

Wir haben auch eine historische Analyse des Prozesses durchgeführt, um unsere Militärpolitik zu entwickeln und auszubauen. Der Gesetze, die den Kriegsprozeß bestimmen, sind wir uns bewußt. Ausgehend davon möchten wir erklären, daß wir aus strategischer und taktischer Sicht eine einzige Militärpolitik verfolgen.

In diesem Rahmen sind wir dabei, entschlossene Maßnahmen zur ideologischen Einigung zu treffen, wobei wir uns darum bemühen, unsere Kämpfer auf ein einziges strategisches Programm für unseren Kampf zu verpflichten. Durch den Austausch von Erfahrungen werden wir versuchen, im politisch-ideologischen Bereich unserer revolutionären Geschichte gemeinsame Prinzipien aufzustellen. All das wird uns schnell zur Einheit auf Parteiebene führen, bis wir eine einzige Organisation werden.

Die revolutionären salvadorianischen Kräfte haben sich fest für die Revolution entschieden, und wir bemühen uns gemeinsam darum, die Wege zur Erreichung, Aufrechterhaltung und Entwicklung der Revolution zu vereinigen.

Die konstruktive Erörterung unserer verschiedenen Ideen ermöglicht es uns, die Einheit voranzutreiben und zu erreichen, wobei wir dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie, die auf der Grundlage des Individualismus fußt, ständig Niederlagen beibringen. Unablässig arbeiten wir gegen das ideologische Verhalten, das den Volksinteressen entgegengesetzt ist.

Hegemonismus, Überheblichkeit und...

Der Kampf um die Würde ist der Kampf zur Aufstellung revolutionärer Prinzipien. Zugleich ist dies ein Kampf zur Beseitigung von Abweichungen wie Hegemonismus, Überheblichkeit und mangelnde Brüderlichkeit in unseren eigenen Reihen, was uns davon abhält, eine einheitliche revolutionäre Politik unter jenen Kräften zu erreichen, die die gleichen Interessen vertreten und die selben Ziele zu verwirklichen trachten.

Die Werte unserer politischen, militärischen und internationalen Prinzipien, die organisatorische Fähigkeit unseres Volkes, die Festigung der Ideologie unserer Kämpfer und, was das

Wichtigste ist, die Lehren des uneingeschränkten Heldentums, die unser Volk in all den Jahren erteilt hat, sowie die Bemühungen zur Schaffung der strategischen Voraussetzungen, um den US-Imperialismus auf seinem eigenen Kontinent zu schlagen, haben dazu geführt, daß wir reif, geeint und bereit sind, eine einzige Idee als gemeinsames Ziel anzunehmen.

Die beste Entscheidung und die beste Idee ist jene, die uns hilft weiter voranzukommen und uns dem Sieg näher bringt. Alle von uns haben diesen Beschluß gebilligt. Jeden Fehler haben wir in eine Lehre verwandelt, um Reife und Fähigkeiten zu gewinnen, basierend auf dem ernstesten Geist der Selbstkritik. Gegenwärtig haben alle FMLN-Organisationen, Kommandoposten und Parteibasen eine angemessenen konstruktive, reife, brüderliche und vertrauensvolle Haltung zur gemeinsamen Politik, zur Einheit strategischer Pläne und zu freimütigen Erörterungen angenommen, und kalte und pragmatische Maßnahmen lehnen sie ab.

Dadurch können wir uneingeschränkt versichern, daß sich der Beschluß durchgesetzt hat, geeinter zu werden und zum Sieg voranzuschreiten, wobei die Interessen des Volkes vor den Interessen einer jeden Organisation rangieren.

...Mangel an Brüderlichkeit überwinden

Die feindliche Propaganda versucht uns so hinzustellen, als ob wir in tiefe Widersprüche, interne Machtkämpfe usw. verstrickt wären. Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache, und niemand zweifelt daran, daß die FMLN in den letzten beiden Jahren auf allen Gebieten ein höheres Maß an Einheit erreicht hat.

Die gesamte Geschichte der Menschheit und ihrer Werte, die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristisch ist und sich in persönlichen Ambitionen, Machtkämpfen und anderen Dingen ausgedrückt hat, die der Feind erwähnt, hat nichts mit unserer Einheit zu tun. Unsere proletarischen und revolutionären Werte sind gefestigt worden, und wir haben das bewiesen. Wir werden damit fortfahren, werden geeinter werden, bis wir eine einzige Partei und eine einzige Armee geworden sind. Die einzige Teilung, die unser Feind von uns erwarten kann, ist die Arbeitsteilung sowie die Teilung von Aufgaben und Anstrengungen, die gewährleisten sollen, daß unsere Schläge immer überwältigender werden und unser Vormarsch stärker und unaufhaltbarer sein wird. Unser Ideal, eine einzige revolutionäre Partei zu werden, ist unser Ziel, und diesem Ziel nähern wir uns unaufhaltsam.

2. Im Hinblick auf die militärischen Aspekte müssen die gegenwärtigen Pläne der Yankees vereitelt werden. Wir haben beschlossen, weiterhin alle Operationen und Patrouillen des Feindes durch unsere Zermürbungstaktik zu nichte zu machen und ihm dabei möglichst hohe Verluste beizubringen.

Unser Ziel besteht darin, den feindlichen Truppen möglichst viele Verluste beizubringen; unser Bestes zu tun, um unsere eigenen Truppen zu schützen und ihre Zahl zu vervielfachen; die wirtschaftliche und politische Destabilisierung auf seiten des Feindes zu vertiefen, indem wir seine Kriegswirtschaft gnadenlos angreifen und seine Macht auf lokaler und nationaler Ebene zerstücken, bis wir die Durchführung seiner Pläne voll und ganz verhindert haben; und den Krieg auf das ganze Land, auf die Hauptstadt und auch auf die größeren Städte auszudehnen, indem wir in die Nachhut des Feindes eindringen und indem wir an Ort und Stelle neue Truppen aufbauen.

Der Krieg muß sich über das ganze Land erstrecken. Für die feindlichen Truppen oder



Kommandos darf es keinen sicheren Ort mehr geben. Wir müssen alle Landstraßen, alle Regionen, alle Städte, alle Dörfer und alle wichtigen Stellen erfassen, bis dieses Land von niemand anderem mehr als dem Volk beherrscht werden kann.

3. Was die politische Seite angeht, so muß das ganze Volk gegen die Aufstandsbekämpfungspläne der Yankees und der Christdemokratie organisiert und mobilisiert werden.

Indem wir die Aufgabe erfüllen, jeden unserer Kämpfer zu einem Organisator der Bevölkerung zu machen, müssen wir die Massen überall und mit allen verfügbaren Mitteln zur vollen Verwirklichung unseres strategischen Plans für die Einbeziehung des gesamten Volkes in den Krieg und den Kampf unter allen möglichen Bedingungen organisieren. In dem Gebiet, wo unsere Truppen stationiert sind oder das sie durchqueren, darf kein Bereich übrigbleiben, in dem wir nicht das Volk organisiert und seinen Bewußtseinsstand erhöht haben.

Wir müssen im politischen Kampf gegen die Feinde des Volkes die Initiative behalten. Diese Feinde sind Duarte und die PDC, die Armeespitze und die derzeitige US-Regierung. Das Motto unserer Aktionen lautet: Laßt uns den Volkskrieg entwickeln.

Unser Organisationsschema werden wir durch eine Politik der politischen und ideologischen Erziehung innerhalb unserer Organisationen ergänzen, um unsere Kämpfer zu stärken, damit diese Gruppen unsere neuen politischen und militärischen Aufträge erfüllen können und unsere Streitkräfte vereinen können. Wir müssen uns bemühen, dem Plan mit dem Ziel der Einheit zu entsprechen und fehlgeleitete ideologische Aktionen zu korrigieren.

4. Im Hinblick auf internationale Angelegenheiten müssen wir uns bemühen, die Solidarität und Einheit unter den Völkern der Welt gegen Ronald Reagans kriegstreiberische Politik, zur Verteidigung der nikaraguanischen Revolution und zum Kampf gegen die Eskalation der Intervention in El Salvador zu verstärken...

Wir rufen unsere Mitglieder, Kämpfer, Parteikader und alle militanten Kräfte im allgemeinen auf, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, damit die hier umrissenen Aufgaben erfüllt werden. Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, an die Solidarität und an die fortschrittlichen Kräfte, die gemeinsame internationale Front zu verstärken, um die nikaraguanische Revolution zu verteidigen, die Eskalation der Aggression gegen El Salvador zu zügeln und die interventionistische Militärpolitik der gegenwärtigen US-Administration zu nichte zu machen, die eine weltweite Bedrohung des Friedens und des sozialen Fortschritts darstellt.

(Quelle: Radio Venceremos, El Salvador, 14.8.1985)

Unsere mit Einleitungsthesen im letzten Heft eröffnete Serie Sowjetunion und Dritte Welt setzen wir in AIB 10/1985 bis 12/1986 fort mit Beiträgen zu den Wirtschaftsbeziehungen von UdSSR/sozialistischem Lager und Entwicklungsländern, gefolgt vom brisanten Beispielfall Nicaragua.

Gleichzeitig beabsichtigen wir, in AIB 11 oder 12/1985 ein begleitendes Diskussionsforum zu eröffnen, an dessen Beteiligung wir unsere Leser nochmals auffordern. Damit der Rahmen unserer Serie nicht gesprengt wird und möglichst viele Diskutanten zu Wort kommen können, bitten wir darum, bei den Beiträgen die Größenordnung von 160 Zeilen à 43 Anschläge nicht zu überschreiten.

Rainer Falk

Handel und Hilfe

Die Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder zur Dritten Welt (I)

„Uns beschäftigt der Gedanke, daß in den sozialistischen Ländern die Investitionen auf eigenem Territorium direkt über den Staatshaushalt laufen... Wir schlagen nun vor, daß die sozialistischen Länder die Möglichkeit erwägen, Investitionen dieser Art auch in den unterentwickelten Ländern zu verwirklichen. Auf diese Weise könnte eine gewaltige Energie in Bewegung gesetzt werden, die auf unseren Kontinenten latent vorhanden ist, bisher nur clend ausgebeutet, nie aber in ihrer Entwicklung gefördert wurde...

Jene Staaten, auf deren Gebiet die neuen Investitionen durchgeführt würden, erhielten über dieselben alle einem souveränen Besitz inwohnenden Rechte ohne jede Zahlungsverpflichtung oder Kreditaufgabe. Die Besitzer müßten sich nur verpflichten, den Investoren eine bestimmte Menge von Produktion innerhalb einer festgesetzten Spanne von Jahrzehnten und zu einem festgesetzten Preis zu liefern.“

Ernesto Che Guevara¹

Als Che Guevara vor mehr als 20 Jahren auf der zweiten afroasiatischen Wirtschaftskonferenz in Algier dieses Grundprinzip sozialistischer Wirtschaftshilfe umriß, hatten die sieben osteuropäischen Gründungsmitglieder des 1949 geschaffenen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erst zu 34 Staaten der Dritten Welt „entwicklungspolitische“ Beziehungen.

Bis heute hat sich diese Zahl auf 97 erhöht. Handelsbeziehungen unterhalten die RGW-Länder zu über 100 Entwicklungsländern. Und obwohl der RGW-Außenhandel nur knapp 10% und der „Ost-Süd-Handel“ sogar nur 2% des gesamten Welthandels ausmacht², werden diese Beziehungen von international anerkannten Experten vielfach als wichtige Alternative zu den derzeit dominierenden Formen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems eingeschätzt.

Eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zum RGW, so urteilt der Exe-

kutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA), Enrique Iglesias, wäre „nicht nur zu unserem gegenseitigen Vorteil, sondern auch ein wichtiger Schritt im Aufbau der lange erwarteten Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“.³

Ähnlich sieht es der Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Gamani Corea: „Die Entwicklung dieser Beziehungen muß einen wichtigen Aspekt einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung bilden. Sie muß als wesentlicher Teil der für die Entwicklungsländer bestehenden Notwendigkeit gesehen werden, die historischen Muster des Handels und der anderen Beziehungen, die zu einer exzessiven Abhängigkeit von den entwickelten Marktwirtschaftsländern geführt haben, zu modifizieren und Vorteile aus dem wachsenden produktiven Potential der sozialistischen Länder zu beiderseitigen.“

Che Guevara, erster kubanischer Industrieminister (1961-64), packte gelegentlich auf Baustellen und in Betrieben mit an



gem Nutzen zu ziehen.“⁴

Die wachsende Attraktivität der Wirtschaftsbeziehungen zum RGW ergibt sich aus einer Reihe von Faktoren. Schon in ihrem Selbstverständnis, wie es beispielsweise in den RGW-Statuten verankert ist, unterscheiden sich die Außenwirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder grundlegend von den Wolfsgesetzen des kapitalistischen Welt-systems.

Sie basieren auf den Prinzipien der Souveränität der teilnehmenden Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der vollständigen Gleichheit der Wirtschaftspartner sowie auf dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils.⁵ Diese Beziehungen tragen gleichsam einen „Doppelcharakter“, der auf den beiderseitigen Interessen der Beteiligten beruht: Während selbstverständlich auch die sozialistischen Länder in außenwirtschaftlichen Kontakten einen Wachstumsfaktor ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sehen, messen die Entwicklungsländer ihre Außenwirtschaftsbeziehungen vor allem an ihrem Beitrag zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Stabilere Absatzmärkte

In den 60er und den 70er Jahren war der „Ost-Süd-Handel“ einer der sich am dynamischsten entwickelnden Sektoren der Weltwirtschaft. Zwischen 1965 und 1983 wuchs der Gesamtumsatz im Warenaustausch zwischen den sozialistischen Ländern Osteuropas und der Dritten Welt mit einer jährlichen Durchschnittsrate von 14,3% von 5,8 Mrd Dollar auf rund 65 Mrd Dollar an.

Mit dieser Wachstumsrate expandierte er schneller als der Welthandel insgesamt (13,4%), aber auch als der Handelsaustausch innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft (11,5%) oder der sog. Ost-West-Handel (14,1%). Die Rezessionstendenzen auf dem Weltmarkt bremsen freilich auch den „Ost-Süd-Handel“: 1981 und 1982 wuchs er nur noch mit 10,8 bzw. 4,2%.⁶

Obwohl der Anteil der Dritten Welt am RGW-Außenhandel bis heute 13,5% nicht überschritten hat und die Entwicklungsländer lediglich 4-6% ihres Außenhandels mit der sozialistischen Gemeinschaft abwickeln, drückt sich in der Entwicklungsdynamik des „Ost-Süd-Handels“ das mit den Exportinteressen der RGW-Ländern in ganz besonderer Weise konvergierende Industrialisierungs- und Entwicklungsbedürfnis der Entwicklungsländer aus.

Die Bedeutung dieses Handelsaustauschs für die Länder der Dritten Welt liegt vor allem in qualitativen Faktoren:

Da der Handel, nicht zuletzt aufgrund des staatlichen Außenhandelsmonopols, in wachsendem Maße über Regierungsabkommen abgewickelt wird, die meistens mit den 5-Jahres-Zyklen der sozialistischen Wirtschaftspläne abgestimmt sind,⁷ bietet er den Entwicklungsländern ein hohes Maß an Planbarkeit ihrer Außenwirtschaftseinkünfte, eine – gemessen an der Labilität des kapitalistischen Weltmarkts – hohe Stabilität der Absatzmärkte und eine relativ hohe Preisstabilität.

Zugleich stellen die Wirtschaftsbeziehungen zur sozialistischen Welt vom Standpunkt der Entwicklungsländer aus eine alternative Quelle für den Bezug von Investitionsgütern und hochwertiger Technologie dar. Industrieprodukte, vor allem Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel, machen über 50% der RGW-Exporte in die Dritte Welt aus und kommen unmittelbar der Stärkung der materiellen und technischen Wirtschaftsbasis der Empfängerländer zugute.⁸

„Ausbeuterisches“ Preisniveau?

Einen besonderen Vorteil bildet schließlich die Anwendung solcher Verrechnungsformen im bilateralen Handel, die in Zeiten beiderseits knapper Devisen die Verwendung konvertibler Währungen als Zahlungsmittel umgehen.

Vor allem die Sowjetunion, auf die alleine rund 60% des „Ost-Süd-Handels“ entfallen, stützt sich beim Warenaustausch mit den Entwicklungsländern in überwiegendem Maße auf kompensatorische Handelspraktiken, bei denen die gegenseitigen Warenströme in einem sog. Clearing-Verfahren miteinander verrechnet werden (sog. Kompensationshandel oder engl. barter trade).

Kleinere sozialistische Länder wie Ungarn oder Polen sahen sich demgegenüber unter dem Eindruck des Zerfalls ihrer eigenen Terms-of-Trade (Preisschere bzw. Miß-Preisverhältnis zwischen exportierten Agrarprodukten und



Zentrale des RGW in Moskau

importierten Industriegütern; d. Red.) und wachsender Defizite im Ost-West-Handel in den 70er Jahren dazu veranlaßt, ihren Dritte-Welt-Handel mehr und mehr in harter Währung abzuwickeln.⁹

Als problematisch angesehen – bisweilen sogar zum Beleg des „ausbeuterischen“ Charakters auch der sozialistischen Außenwirtschaftsbeziehungen hochstilisiert¹⁰ – wird verschiedentlich die Tatsache, daß sich gemeinhin auch die sozialistischen Länder in ihren Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt am Preisniveau des kapitalistischen Weltmarkts orientieren. Darin eingeschlossen ist das Phänomen, daß ihre Exportpreise gegenüber den kapitalistischen Industrieländern verschiedentlich bis zu einem Drittel unter dem Weltmarktdurchschnitt liegen.¹¹

Diese Tendenz entspricht freilich der „Zwischenstellung“ der sozialistischen Länder zwischen „Erster“ und Dritter Welt. Denn während die Praxis der Weltmarktpreise Ausdruck der realen Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft (d.h. der bis heute gegebenen Dominanz der kapitalistischen Industrieländer und ihrer transnationalen Konzerne) ist, handelt es sich im Falle der Preispolitik der sozialistischen Länder gegenüber den kapitalistischen Industriemetropolen eher um den Reflex der verhältnismäßig schwachen Konkurrenzposition der ersteren, die hier selbst vielfach Opfer imperialistischer, diskriminierender Handelspraktiken sind, nicht jedoch um das Ergebnis einer systematischen Benachteiligung der Entwicklungsländer. Billiger bekämen die Entwicklungsländer die Waren bei keinem anderen Anbieter auf dem Weltmarkt.

Tatsächlich bestätigt auch Chandra, der aufgrund der Gegebenheiten des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems von einer „ungleichen Verteilung der Gewinne“ zwischen den sozialistischen und

Entwicklungsländern ausgeht, daß die Entwicklungsländer aus dem „Ost-Süd-Handel“ einen Nettogewinn ziehen, der 5-10% über dem „West-Süd-Handel“ liegt. „Desweiteren ist dies (d.h. die Teilnahme am „Ost-Süd-Handel“) von Vorteil für die Dritte Welt, da der Löwenanteil der Dritte-Welt-Exporte in die UdSSR vom internen sowjetischen Markt absorbiert wird. Gäbe es diese sowjetischen Importe nicht, käme es zu einem verschärften Konkurrenzkampf unter den Anbietern auf dem begrenzten kapitalistischen Markt für Dritte-Welt-Produkte.“¹² Und damit, wie man hinzufügen muß, zu einem noch stärkeren Verfall der Terms-of-Trade der Dritten Welt.

Tabelle 2
Haupthandelspartner der UdSSR in der Dritten Welt
Umsätze in Milliarden Rubel

1955-76	1984		
Ägypten	7.671	Indien	2.809
Indien	6.952	Libyen	1.273
Iran	3.265	Argentinien	1.130
Irak	2.842	Irak	942
Malaysia	2.201	Afghanistan	899
Brasilien	1.803	Ägypten	547
Afghanistan	1.478	Iran	484
Argentinien	1.392	Syrien	469
Algerien	1.360	Brasilien	468
Syrien	1.355	Saudi Arabien	317

Quelle: Internationale Solidarität, Zürich, Nr. 1/1979 und Horizont, Berlin/DDR, Nr. 7/1985

Tabelle 1

Anteile der Entwicklungsländer am Außenhandel sozialistischer Länder, in Prozent

Land	Exporte		Importe	
	1970	1981	1970	1981
UdSSR	28	27	19	25
DDR	7,4	9,8	6,0	6,7
Ungarn	11,7*	15,6	11,9	12,1
Polen	9,2	13,1	7,2	8,1
UdSSR	13,4	14,1	10,2	9,7
Bulgarien	13,8	19,6	6,9	7,4

* 1976 statt 1970
Quelle: South, London, Februar 1985

Diese generelle Stabilisierungsfunktion des „Ost-Süd-Handels“ für die Exportpreisentwicklung der Dritten Welt wird dadurch ergänzt, daß mehreren Entwicklungsländern, vor allem den sich sozialistisch entwickelnden, Preise über dem Weltmarktniveau und günstigere Exportbedingungen angeboten werden.

„Innerhalb des RGW“, so schreibt die kubanische Zeitschrift Prisma, „bekommt das Prinzip der Gleichheit eine neue Bedeutung. Jedes Mitglied hat dieselben Rechte, aber die am wenigsten



Sowjetischer Frachter im Hafen von Havanna

entwickelten genießen eine Vorzugsbehandlung. Dieses Prinzip wird konsequent auf die Mongolei, Kuba und Vietnam angewendet.¹³ Diese Orientierung ist auf der letzten Gipfelkonferenz des RGW im Juni 1984 in Moskau erneut bekräftigt worden. Zu den erklärten Hauptaufgaben der sozialistischen Gemeinschaft in der gegenwärtigen Etappe zählt nach den dort gefaßten Beschlüssen die „Beschleunigung der schrittweisen Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedsländer und in erster Linie der Sozialistischen Republik Vietnams, der Republik Kuba und der Mongolischen Volksrepublik an das Niveau der europäischen RGW-Länder.“¹⁴ Die Realisierung solch weitgesteckter Ziele im Rahmen sozialistischer Integrationsprozesse setzt freilich annähernd gleiche Eigentums- und Machtverhältnisse, vor allem auch wechselseitig ineinandergreifende Planungsstrukturen innerhalb der betreffenden Länder voraus.

In dem Maße, wie sich immer mehr Entwicklungsländer auf einen sozialistischen Kurs orientierten, intensivierten sich „systemähnliche“ Beziehungen (Domdey) des RGW auch über die sozialistischen Vollmitglieder Kuba, Vietnam und die Mongolei hinaus. So nahm die Zahl der Länder mit Beobachter- oder Gaststatus beim RGW besonders seit Mitte der 70er Jahre zu. Dazu gehören Laos (seit 1976), der Irak (1975), Angola (1976), Äthiopien (1978), Afghanistan (1979), die Volksdemokratische Republik Jemen (1979), Moçambique (1979) und Nicaragua (1983).¹⁵

Ches Grundschema kommt durch

Alle diese Länder sind zusätzlich durch bilaterale Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Wirtschaftsbereich verbunden. Darüber hinaus hat die UdSSR mit der VR Kongo (1981) und Syrien (1980) Freundschaftsverträge abgeschlossen.¹⁶ Besondere vertragliche Regelungen auf RGW-Ebene gibt es darüber hinaus seit Mitte der 70er Jahre mit Mexiko, mit dem ein Abkommen über wissenschaft-

lich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet wurde.

Das Gros der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern Osteuropas und der Dritten Welt findet bis heute allerdings auf bilateraler Ebene statt. Charakteristisch ist dabei ein enger Zusammenhang zwischen Handelsbeziehungen und sozialistischer Wirtschaftshilfe. 1975 zum Beispiel dienten rund 50% aller sowjetischen Importe aus Entwicklungsländern der Tilgung von Krediten, die im Rahmen der Wirtschaftshilfe vergeben wurden.¹⁷

Dies verweist darauf, daß das von Che Guevara Anfang der 60er Jahre propagierte Grundschema heute weitgehend typisch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den entwickelten sozialistischen Ländern und der Dritten Welt geworden ist. *Wird fortgesetzt*

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: H.v. Nussbaum, Entwicklungspolitik aus der Konsequenz der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systeme, in: Offene Welt, Nr. 99-100/1969, S. 142
- 2) Zahlen nach: South, London, Februar 1985; I. Dobozi, The Prospects of East-South-Economic Integration in the Changing International Environment, hg. von Vienna Institute for Development, Occasional Paper 83/4
- 3) Zit. nach: Prisma, Havanna, Nr. 12/1984
- 4) Zit. nach: L. Salgo, Economic Coopera-

- tion among Developing and Socialist Countries, in: New Perspectives, Helsinki, Nr. 3/1983
- 5) Vgl. z.B.: Ch. Luft, The economic relations of the Council for Mutual Economic Assistance (CMEA) and its member states to the developing countries, in: asia, africa, latin america. Special issue, Nr. 11, Berlin/DDR 1983, S. 94ff.
- 6) Vgl. South, London, Februar 1985
- 7) So stieg der durch bilaterale Abkommen abgedeckte Anteil am Gesamtaußenhandel der UdSSR mit Entwicklungsländern von 60% (Anfang der 70er) auf 90% Anfang der 80er Jahre an. Vgl. J. Oltmann, Die Außenwirtschaftsbeziehungen sozialistischer Industrieländer zur Gruppe der Entwicklungsländer, Wirtschaftswissenschaftliche Diplomarbeit, Uni Bremen 1985, S.37
- 8) Vgl. Ch. Luft, The economic relations..., a.a.O., S.96
- 9) Vgl. I. Dobozi, The Prospects..., a.a.O.
- 10) Siehe z.B. die besonders grobschlächtige These bei: D. Wadada Nabudere, RGW und Ökonomien der Dritten Welt, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 22/1984
- 11) Vgl. N.K. Chandra, USSR and Third World: Unequal Distribution of Gains, in: Economic and Political Weekly, New Delhi, Februar 1977, S. 349ff.
- 12) Ebenda, S. 371
- 13) Prisma, Nr. 9/1984
- 14) Wirtschaftsberatung der RGW-Länder auf höchster Ebene, Moskau, 12.-14. Juni 1984, Berlin/DDR o.J., S.20
- 15) Vgl. K.H. Domdey, Weltwirtschaft und Weltwirtschaftslehre. Ein Diskussionsbeitrag, Berlin/DDR 1984, S.190
- 16) Ebenda, S. 198
- 17) Vgl. J. Oltmann, Die Außenwirtschaftsbeziehungen..., a.a.O., S.32

Zeitschriftenschau

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 140/August 1985

Über die „Guatemalteckisch-deutsche Zusammenarbeit Nahrungsmittel für Arbeit“ gewährt die BRD Wirtschaftshilfe für Aufstandsbekämpfungprojekte. ● Ein bußfertiger Contra berichtet von seinem zehnjährigen Kampf mit den Somozisten gegen die Sandinisten in Nicaragua ● Der Leiter des 'Dienstes für Frieden und Gerechtigkeit' (SERPAJ) in Peru nimmt Stellung zum Vorwurf, auf Seiten von Sendero Luminoso zu stehen und zur Taktik des Militärs, die Bauern in den „antisubversiven Kampf“ einzubeziehen ● Außerdem: Artikel über die Situation Boliviens vor den Wahlen, die Opposition in Honduras, eine Kritik an der bei den Berliner Lateinamerika Tagen aufgetretenen 'Aktion Inka', ein Hilferuf der uruguayischen Tupamaros u.v.m.

Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 93-94/August 1985

Schwerpunkt dieses Heftes ist die BUKO-Auswertung. Neben dem Vortrag von Elmar Altvater – Lebensgrundlage und Lebensunterhalt, zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie in der gesellschaftlichen Krise – finden sich Protokolle der Arbeitsgruppen, sowie sämtliche verabschiedete Resolutionen und Beschlüsse ● Zweiter Schwerpunkt ist der von der BUKO-Kampagne „Stop den Rüstungsexport“ gestaltete Teil „Atombomben made in Germany“. Hier geht es um die Problematik der militärisch-zivilen Atomgeschäfte. Einzelne Artikel beschäftigen sich mit der Entwicklung des Atomwaffensperrvertrags und der Politik der BRD ● Weitere Artikel im FORUM: Asylpolitik ● Giftexporte ● Solidaritätsarbeit mit den Kapverdischen Inseln und Guinea Bissau ● BUKO-Pharma-Kampagne ● Agro-Koordination

Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM

Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

ila-info, Nr. 88/August 1985

Schwerpunkt: Ecuador ● Abenteuer heute – auf der Suche nach neuer Ausbeute ● Die Mangroven entschwinden ● Wirtschaftspolitik ● Presse im Dienst von Parteien und Großkapital ● Bundesregierung: mit 13 Mio sind wir dabei ● Berichte und Hintergründe: Argentiniens Außenpolitik ● Havanna – Stadt ohne Slums ● Kirche auf Kuba ● Nicaraguas Außenminister fastet ● Deutsches Kapital in Mexiko ● Ländernachrichten: Bolivien – Rechtsruck ● Chile – Wirtschaft ● Solidaritätsbewegung: Nicaragua und die deutsche Rechte ● Die BRD – ein Waffenexportland

Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 127/August 1985

Nordkorea wird im Westen meist nur unter dem Aspekt des Führerkultes um Kim Il Sung und seiner dynastischen Bestrebungen betrachtet. Ein sehr differenziertes Bild dieses sozialistischen Landes konnte sich V. Grabowsky anlässlich einer längeren Reise machen. Ein eigenes Kapitel und ein Interview sind der koreanischen Wiedervereinigungsfrage gewidmet. ● Traditionelle Landwirtschaft: Eine Alternative? ist eine Frage, die angesichts der offensichtlich fatalen Folgen der „grünen Revolution“ in vielen Drittwelt-Ländern nicht nur von Experten diskutiert wird. R. Huhle geht dieser Frage anhand des Beispiels Peru nach ● Außerdem J. Nyereres Rede bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Länderberichte zu Uruguay, Peru, Libanon, Sri Lanka und ausführlich zur Zentralafrikanischen Republik sowie ein Interview mit A.G. Frank/I. Wallerstein

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM

Bezug: Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, 7800 Freiburg

Peripherie, Nr. 20/Frühjahr 1985

'Minderheiten': Indianer und Indianisten ● Reservatspolitik gegen „Buschleute“ in Namibia ● Schwarze in den USA ● Zur Geschichte der Miskito

Einzelpreis 9 DM; Abo 30 bzw. 60 DM

Bezug: Peripherie, c/o FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Pia Grund

12. Weltjugendfestspiele Solidarisch mit den Befreiern



Einmarsch der BRD-Delegation ins Moskauer Leninstadion

Die 12. Weltjugendfestspiele, die vom 27. Juli - 3. August d.J. in Moskau stattfanden, wurden von den bundesdeutschen Medien weitgehend ignoriert oder auf die „Berlinfrage“ verkürzt. Zwar geriet Berlin tatsächlich zu einem Streitpunkt des Festivals.

Der Anlaß: Die Delegation aus Westberlin war bei der Eröffnung mit eigener Fahne ins Leninstadion eingelaufen und als „West-Berliner Delegation“ auf der großen Anzeigetafel ausgewiesen worden. Daraufhin war ein Teil der bundesdeutschen Delegation nicht eingelaufen und hatte 2 Tage nicht an der politischen Arbeit teilgenommen.

Ein Lapsus der Sowjets gegenüber dem internationalen Organisationskomitee (für das sich die Jugendorganisation Komsomol im Nachhinein entschuldigte), aber eben doch nur ein Randereignis dieses 12. Festivals. So sah es beispielsweise auch Klaus Mannhardt, Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) und Sprecher des Arbeitskreises Festival (AKF): Für ihn „...nahm sich in Moskau die Diskussion um den Einmarsch der bundesdeutschen Delegation mehr als eine Randerscheinung aus, die lediglich im Blickwinkel einiger bundesdeutscher Jugendfunktionäre von zentraler Bedeutung war... Doch dies alles ist nicht für den Charakter der 12. Weltjugendfestspiele prägend gewesen.“

Insgesamt waren 20.000 Delegierte aus 157 Ländern angereist. Das sind mehr Nationen, als normalerweise an olympischen Spielen teilnehmen.

Die Jugendbewegung der Bundesrepublik war durch 550 Delegierte vertreten, die fast das gesamte Spektrum unseres Landes repräsentierten. Zum ersten Mal gab es mit dem Gemeinsamen Arbeitsausschuß (GAA) eine ein-

heitliche Leitung der bundesdeutschen Delegation.

Der GAA bestand einestils aus dem AKF, dem die traditionellen Festivalkräfte angehören, von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend über einige Landesverbände der Jungen Presse bis hin zur DFG/VK. Andernteils gehörten dem GAA Verbände des Rings Politischer Jugend (Jungsozialisten und Jungdemokraten) und des Bundesjugendrings (Organisationen wie z.B. Falken, Naturfreundejugend, Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend und DGB-Jugend) an.

Gefehlt haben nur die Vertreter der Regierungsjugend, von Junger Union und Jungen Liberalen. Sie hatten es vorgezogen, an Reagans verkorkstem Versuch teilzunehmen, ein

Festivalgast Udo Lindenberg zur Hochstilisierung der Berlin-Frage: „Wir sind hier auf einem Jugendfestival und nicht auf einem Juristenkongreß“



Gegenfestival kurz zuvor in Jamaika hochziehen.

Prägend war in Moskau die Grundstimmung der antiimperialistischen Solidarität, die für die Delegierten kein Lippenbekenntnis blieb. Niemand hielt es auf den Bänken des Moskauer Leninstadions, als bei der Eröffnungsveranstaltung die Vietnamesen, die Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas und der Südwestafrikanischen Befreiungsorganisation (SWAPO) Namibias, die Chilenen, die Kubaner, Salvadorianer und Nikaraguaner einzogen.

Angesichts der Reagan'schen Kreuzzugspläne zurecht dominierend war die Frage der Erhaltung des Weltfriedens. Im Mittelpunkt standen dabei die Verhinderung der Weltraumrüstung, die Beendigung des Wettrüstens und ein allgemeines Verbot von Atomwaffen.

Mit Problemen der Entwicklungsländer befaßten sich zwei thematische Zentren, die beide 5 Tage lang arbeiteten.

Solidarität mit Nicaragua, Südafrika...

Im ersten wurde jeden Tag über eine bestimmte Region diskutiert. Das andere war speziell der Auseinandersetzung um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung gewidmet. Zusätzlich gab es einen „Tag der Internationalen Solidarität“, an dem in allen Zentren zu diesem Komplex diskutiert wurde. Es ging um Fragen wie die Situation der Frauen in der Dritten Welt, die Rolle der lernenden Jugend im Befreiungskampf oder die Situation der Kinder in den Entwicklungsländern.

Die herausragende Bedeutung der Solidarität mit Nicaragua wurde u.a. daran deutlich, daß die Abschlusserklärung, die „Botschaft an die Jugend und Studenten der Welt“ vom Vorsitzenden der Sandinistischen Jugend 19. Juli, Carlos Carrión, verlesen wurde.

Die Botschaft sprach sich für eine „Stärkung der antiimperialistischen Solidarität mit den Völkern, der Jugend und den Studenten in Mittel- und Lateinamerika, der Karibik, in Asien, Afrika, besonders im Süden Afrikas, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, ... mit all jenen, die gegen die Überbleibsel des Kolonialismus und Expansionismus, gegen Apartheid und alle anderen Formen des Rassismus und der Rassendiskriminierung, gegen faschistische und diktatorische Regimes kämpfen. Wir treten ein für die Überwindung ökonomischer Rückständigkeit, für wahrhaftige ökonomische Unabhängigkeit, für die Einstellung von neokolonialer Ausbeutung, Herrschaft und Unterdrückung, für die Lösung der damit verbundenen Probleme der Auslandsverschuldung der weniger entwickelten Länder, die nicht in der Lage sind, diese zu begleichen, wir treten ein für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung.“

Abschließend wurde unterstrichen, daß „die bisher nicht dagewesene Breite der 12. Weltfestspiele der Jugend und der Studenten eine Demonstration des gemeinsamen Strebens der jungen Menschen in der ganzen Welt (war), die verschiedene politische Anschauungen vertreten, nach Ausbau der Kontakte und Förderung des Austauschs und nach gemeinsamen Aktionen im Kampf für Frieden, Abrüstung, Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten neuer Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern!“

Auch innerhalb der Verbände, die aus der Bundesrepublik teilgenommen haben, herrschte Einigkeit darüber, daß es, trotz aller politischer Differenzen, richtig gewesen war, nach Moskau zu fahren, und daß die vorher von Jugendminister Geißler versagte finanzielle Bonner Unterstützung im Nachhinein eingeklagt werden soll.

Marianne Kolter

Weltforen von Nairobi Unzulässige Politisierung?

„Natürlich sind Frauenprobleme politisch“,¹ bemerkte Irmgard Karwatzki, Leiterin der bundesdeutschen Delegation auf der UN-Weltfrauenkonferenz „Gleichheit, Entwicklung, Frieden“, die vom 15.-26. Juli d.J. in Kenias Hauptstadt Nairobi stattfand. Die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit fiel damit entschieden aus der Rolle, war sie doch mit dem Auftrag der Regierung Kohl nach Nairobi geeilt, jede Politisierung der Weltfrauenkonferenz im Verein mit den Delegationen anderer NATO-Staaten, allen voran der USA, zu verhindern.

Regierung massive Eingriffe in die Planung und den Ablauf der Konferenz vorgeschlagen wurden. Die Vorschläge reichten von versuchter Erpressung der Frauenprobleme sollten zur Privatangelegenheit erklärt, ihre Ursachen im Verhalten der Männerwelt gesucht werden. Nicht die internationalen Konzerne und ihre Regierungen, die für Weltwirtschaftskrise und Hochrüstung verantwortlich zeichnen, sollten als Verursacher der drückendsten Probleme benannt werden, sondern der private Chauvi, allenfalls die Männer an sich.

Präsident Ronald Reagan entließ die US-Delegation unter Leitung seiner Tochter Maureen Reagan mit dem Auftrag: „Die Mitglieder Ihrer Delegation glauben fest, daß Sache dieser Konferenz die Frauen sind, nicht Propaganda. Sollte es sich als notwendig erweisen, werden Sie mehr als gewillt sein, dafür zu kämpfen, daß diese Konferenz in der Spur bleibt.“²

In der Spur, das hieß: keine Diskussion zu Krieg und Frieden, Israel/Palästina, Südafrika und Weltwirtschaft. Mit der schwachen Begründung, diese Themen seien Angelegenheit entsprechender sachgebundener Konferenzen der UNO, sollte diese als nicht frauenspezifisch vom Tisch.

Im Vorfeld der Konferenz hatte sich allerdings gezeigt, daß auf die Kraft derartiger Argumente allein nicht vertraut werden kann. Mitglieder der Heritage-Foundation, einer einflußreichen konservativen Beratungsinstitution der Reagan-Administration, legten ein Strategiepapier vor, in dem der Washingtoner



Frauenkonferenz in Nairobi nach Abschluß der UN-Dekade. „Frauenfrage“ können nicht länger vernachlässigt werden“.

keniatischen Regierung (mittels Geldversprechen bei Wohlverhalten, z.B. durch Rationierung der Hotelbetten für unliebsame Delegationen) bis hin zum Antrag auf ein Vetorecht für die USA bei allen Entscheidungen der Konferenz.

Auf der Weltfrauenkonferenz blieb den USA und ihren Verbündeten dann nur noch der Versuch, Entscheidungen lediglich im Konsensverfahren, d.h. bei Einstimmigkeit, zuzulassen. Dies scheiterte am Widerstand der nichtpaktgebundenen und sozialistischen Staaten. Die 157 Delegationen entschieden sich für ein Verfahren, mit dem Einstimmigkeit angestrebt wurde, war diese nicht möglich, wurden jedoch Mehrheitsentscheidungen zulässig.

Dies ermöglichte die Aufnahme sog. politischer Themen in das Abschlußdokument der Konferenz, ein Strategiepapier zur Verbesserung der Lage der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen bis zum Jahre 2000.

Dieses Dokument fordert wirtschaftliche Verbesserungen für die Frauen, größeren arbeitsrechtlichen Schutz, eine auch die Interessen der Frauen berücksichtigende Entwicklungsplanung in den Staaten der Dritten Welt sowie eine stärkere Einbeziehung der Frauen in politische Entscheidungen. Zudem werden Themen aufgegriffen wie Prostitution und die spezifischen Formen der Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen.

Die Verurteilung der Apartheidpolitik

und die Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika wurden gegen die Stimme der USA und bei Enthaltung mehrerer NATO-Staaten, u.a. der BRD und Frankreichs, von der Mehrheit der Konferenz durchgesetzt. Desgleichen stimmte sie einer Verurteilung der israelischen Besatzungspolitik in den arabischen Gebieten zu.

Eine Verurteilung des „Zionismus“ als Haupthindernis für die Verbesserung der Lage der Frauen neben Apartheid und Rassismus wurde durch die Auszugsdrohung der USA und Israels verhindert. Der Begriff „Zionismus“ wurde ersetzt durch die Formel „andere Formen des Rassismus“.

Auch die neokoloniale Praxis der imperialistischen Staaten, „Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher, politischer und anderer Art“ gegen die Entwicklungsländer auszuüben, wird im Abschlußdokument als Hindernis zur Verbesserung der Lage der Frauen benannt. Hier wird auch die Umverteilung der Reichtümer zugunsten der Frauen gefordert.³

Die einstimmige Annahme derartiger Beschlüsse im Rahmen der abschließenden Gesamtabstimmung zeigt das gewachsene Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit über die Ursachen der besonderen Probleme der Frauen.

Auf den vorausgegangenen Weltfrauenkonferenzen zur Dekade der Frau in Mexiko City 1975 und Kopenhagen 1980 war es noch nicht möglich gewesen, alle teilnehmenden Staaten unter

den jeweiligen Abschlußdokumenten zu vereinen, da die USA jede Politisierung der Frauenfrage abgelehnt hatten.

Die stellvertretende Generalsekretärin der Konferenz, Chafika Sellami-Meslem aus Algerien, faßt diese Veränderung als politischen Erfolg der UN-Dekade der Frau auf: „Frauenfragen können nicht länger von den Regierungen der Welt vernachlässigt werden, was ohne die Dekade nicht der Fall wäre.“⁴

Seit 1980 haben immerhin mehr als 80 Staaten die rechtsverbindliche UN-Konvention „Für die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frauen“ unterzeichnet. 1978 gab es in 28 Staaten Gesetze zur Lohngleichheit, heute sind es bereits 90 Staaten.

Diese politischen Entscheidungen sind zwar keine Garantie für die tatsächliche Verbesserung der Lage der Frauen, sie sind jedoch hilfreich im Kampf um ihre Rechte. Dies gilt auch für das jetzt verabschiedete Strategiepapier bis zum Jahre 2000.

Kann im Rahmen der politischen Entwicklung eine positive Bilanz gezogen werden, so fällt die Einschätzung der Entwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen im letzten Jahrzehnt eher negativ aus. Noch immer gilt die Aussage der Weltfrauenkonferenz von 1980: „Frauen machen die Hälfte der Weltbevölkerung aus, stellen ein Drittel der registrierten Arbeitskräfte, leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden, erhalten ein Zehntel des Welteinkommens, besitzen weniger als ein Prozent des Eigentums, stellen zwei von drei Analphabeten.“⁵

Die Weltwirtschaftskrise und die Hochrüstungspolitik der NATO-Staaten wirken sich insbesondere auf die Frauen und die Kinder aus, so daß von einigen Konferenzteilnehmern von einer Feminisierung der Armut gesprochen wurde. Gerade auf dem afrikanischen Kontinent ist die Lage der Masse der Frauen durch Hunger, Bildungsnotstand und soziales Elend sowie durch frauenfeindliche Traditionen gekennzeichnet. Auf dem Lande bleibt ihnen fast ausschließlich die

Arbeit in der Subsistenzwirtschaft, die völlig unzureichende Einnahmen bringt und zudem unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen geleistet werden muß. So beträgt der durchschnittliche Arbeitstag der afrikanischen Frau auf dem Lande 13-16 Stunden, eine Belastung, die keine Zeit für Weiterbildung, Freizeit usw. läßt.

In den Städten Afrikas bleiben, ebenso wie in den meisten Städten Asiens und Lateinamerikas, der Großzahl der Frauen nur zwei Erwerbszweige: die unterbezahlte Arbeit als Haushaltshilfe oder die Prostitution.⁶

Deutlicher noch als auf der offiziellen Konferenz der UNO kam das gewachsene politische Bewußtsein der Frauen auf dem ebenfalls in Nairobi veranstalteten „Forum 85“, einem Treffen zahlreicher nichtstaatlicher Organisationen, zum Ausdruck.

„Forum 85“

Mehr als 10.000 Frauen aus aller Welt waren hier versammelt, um über die Probleme und Fragen der Frauen, ihre Ursachen und mögliche Lösungen miteinander zu sprechen. Organisiert wurde dieses Treffen von nationalen und internationalen Frauenorganisationen, u.a. der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und der Internationalen Demokratischen Frauenföderation. Deutlich im Vordergrund stand hier das Thema „Frieden“. Was UN-Generalsekretär Perez de Cuellar in seiner Eröffnungsrede der Weltfrauenkonferenz in den Mittelpunkt stellte, war hier Gegenstand zahlreicher Diskussionen, Veranstaltungen und Initiativen: „Das tödliche, zerstörerische Potential der existierenden Waffenarsenale, darunter besonders der nuklearen, sowie der für militärische und vernichtende Zwecke vergeudeten Möglichkeiten der so dringend benötigten Ressourcen ist unser aller Hauptsorge.“⁷

Auf dem „Forum 85“ wurde deutlich, daß sich die Frauenbewegung weltweit

nicht begnügt mit „frauenspezifischen Problemen“ à la Reagan, sondern daß sie sich in und mit den demokratischen Bewegungen mit den zentralen Fragen der heutigen Weltlage befaßt.

So wurden rein feministische Positionen vor allem von Frauen aus der Dritten Welt zurückgewiesen: „Kanaken-Männer sind nicht meine Feinde, sie sind meine Brüder. Mein Feind ist das rassistische koloniale Regime, das mein Volk ausbeutet und jeder, der dieses System unterstützt, Frauen so gut wie Männer.“⁸ So ein Diskussionsbeitrag einer Repräsentantin des neukaledonischen Widerstands auf dem „Forum 85“.

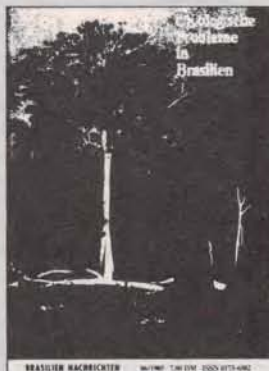
Nicht Frauensolidarität an sich, ohne gesellschaftsbezogenen Hintergrund, wurde großgeschrieben, sondern das Eingreifen der Frauen in gesellschaftliche Prozesse unter gleichzeitiger Beachtung und Vertretung ihrer besonderen Interessen. Die weltweite Frauenbewegung und ihre Aktivitäten in den letzten Jahren, insbesondere zu Krieg und Frieden, hat sicherlich zum großen Teil den Verlauf der Weltfrauenkonferenz der UNO mitbestimmt.

An dem Druck dieser Bewegung konnten selbst die Delegationen der USA, der Bundesrepublik und anderer westlicher Staaten nicht vorbei, so daß sie gezwungen waren, im Abschlußdokument den Aussagen zu Frieden, Weltwirtschaft und Rassismus zuzustimmen.

Ob die in dem Strategiepapier bis zum Jahr 2000 angestrebten Verbesserungen der Lage der Frauen tatsächlich umgesetzt werden, wird nicht zuletzt von den Aktivitäten der Frauenbewegung abhängen.

Anmerkungen:

- 1) Westdeutsche Allgemeine, 24.7.1985
- 2) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 16.7.1985
- 3) Time, New York, 5.8.1985
- 4) Ebenda
- 5) UNO-Frauenkonferenz, Kopenhagen, Juli 1980, zit. nach: i3w-aktuell, Nr. 6/1985
- 6) Socialist Women Bulletin, Nr. 2/1985, in: Socialist Affairs, London, 2/1985
- 7) Unsere Zeit, 17.7.1985
- 8) Die Tageszeitung, Berlin-West, 16.7.1985



BRASILIER NACHRICHTEN

Seit 1976 unser kleiner Beitrag hier zur Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten dort.

Jedes Heft im Großformat (DIN-A-4), 64 Seiten, jeweils mehrere ganzseitige Karten für den Einsatz im Unterricht, Unterrichtsvorschläge. Schwerpunktthemen mit Analysen, Dokumenten, Berichten und Kommentaren. Dazu jeweils aktuelle Informationen aus den Bereichen Politik, Kirche, Wirtschaft, Soziales, Indianer etc. Preis pro Heft: DM 7,00 plus Versandkosten. Abo 1985: DM 28,00 inkl. Versand für 4 Hefte.

Brasilien Nachrichten, An der Illshöhe 30, 4500 Osnabrück. Postkarte genügt.



links lesen

SEPTEMBER '85

THEMENSCHWERPUNKT: SPD VERJÜNGT?

- Interview mit dem JUSO-Vorsitzenden U. Skirke.
- Ökologische Modernisierung.
- Iring Fetscher zur Grundwertekommission.
- Die SPD in Niedersachsen.

Die GRAMMATIK DES TERRORISMUS - von A. BOLAFFI.

EDWARD P. THOMPSON:
Star wars.

Süd-Nord-Gefälle in der BRD: GO SOUTH - von G. Becher.

ITALIENS KOMMUNISTEN IN DER KRISE - von R. Spiss.

Exklusiv für 'links':
MAX HORKHEIMER über
'Kampf und Gewaltlosigkeit'.

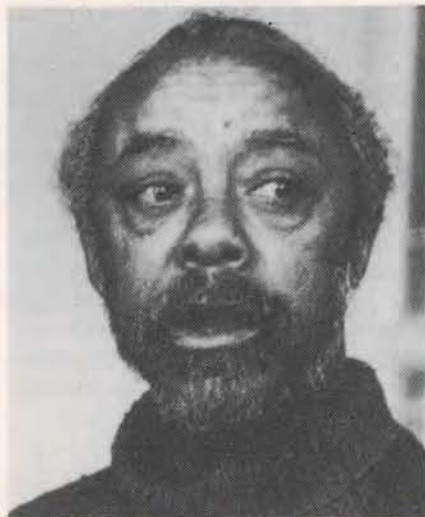
LINKS - SOZIALISTISCHE
MONATSZEITSCHRIFT.

links lesen

Monatlich 36 Seiten. Einzelexemplar DM 4.- / Jahresabo DM 45.-
Zu beziehen über: 'LINKS', Postfach 591, 6050 Offenbach 4.
Probeexemplar kostenlos! Erhältlich im linken Buchhandel.

Kultur

Schattentage - ein Roman aus dem



Autor James Matthews

Die Handlung des kürzlich in deutscher Übersetzung erschienenen Romans von James Matthews, *Schattentage. Roman*. Aus dem Englischen von Jürgen Wolter, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985, 176 Seiten, 12,80 DM

ist rasch wiedergegeben:

Eine schwarze Frau aus Kapstadt, Maria Williams, hat sich als Hausmädchen für ihre weiße Herrschaft buchstäblich zu Tode gerackert. Sie kann ihr Kreuz nicht mehr tragen, sie bekommt kaum noch Luft. An einem Freitagmorgen ist sie zu schwach, um zur Arbeit gehen zu können. Sie legt sich ins Bett. Die Medikamente, die der Arzt verordnet, können ihr nicht helfen. Sie stirbt nach 3 Tagen, am Sonntagmorgen, an ihrem 50. Geburtstag. Ein Leben vor dem Tod ist ihr nicht vergönnt.

Der Roman beschreibt das dreitägige Sterben dieser afrikanischen Maria, deren Lebensgefährtin nicht zufällig Joseph heißt. Eine heilige Familie, Onkel Tom läßt grüßen, scheint es zu Anfang, aber der fromme Schein trägt. Der Leser merkt rasch: die Verhältnisse im Apartheidstaat sind nicht so. Sie schreien zum Himmel, und angesichts des himmelschreienden Unrechts geraten selbst die ehrlichsten Bemühungen um seinen christlichen, gottesfürchtigen, anständigen Lebenswandel unfreiwillig ins Lächerliche. Der liebe Gott entpuppt sich immer wieder als weißer Apartheidapostel.

Maria Williams ist der einzige Unterhalt und Zusammenhalt der Familie, ist ihr einziger Halt. Ihr Mann hat jede Hoffnung auf Arbeit und Lohn fahren gelassen und ist zum Säuer geworden. Ihre Söhne greifen statt zur Flasche zum Rauschgift und flüchten sich in einen heillosen, menschenverachtenden Zynismus, der bis zum Selbsthaß geht. Nur die einzige Tochter Marias, Mary, arbeitet als Näherin in einer Fabrik und trägt so ein wenig zur Ernährung der Familie bei. Auf ihr ruht die einzige Hoffnung der sterbenden Mutter, ihre Söhne hat sie längst aufgegeben.

Kaum ist die Mutter gestorben, bricht unter den Kindern Streit aus. Die Familie fällt im Augenblick des Todes ihrer Ernährerin endgültig auseinander.

James Matthews erzählt die Anti-Legende vom 3 Tage dauernden Sterben der schwarzen

Maria mit der Sorgfalt eines Arztes, der beauftragt ist, den Tod und die Todesursachen festzustellen. Er versagt sich jede Mitleidsbezeugung und löst gerade durch die protokollarische Kühle seines Totenberichts bei seinen Lesern Mitgefühl, ja Beklemmung aus.

Es fällt so gut wie kein Wort gegen die Hauptverantwortlichen des Apartheidregimes. Dennoch ist diese Romanerzählung vom Tode einer schwarzen Mutter eine der packendsten Anklageschriften gegen den alltäglichen Rassismus, die mir bisher bekanntgeworden sind. Die Apartheid, das macht James Matthews erster, vor 8 Jahren zuerst in Südafrika veröffentlichter und seither vom Regime gebannter Roman deutlich, zerstört die Grundlagen des Lebens, zerreißt die Familie und untergräbt jeden Versuch eines falschen Friedens zwischen schwarz und weiß. Sie ist darum zugleich der Totengräber des eigenen Systems.



Der Roman vermischt Elemente einer afrikanischen Totenklage mit christlicher Symbolik, aber er ist alles andere als religiös zu verstehen. Bei aller Traurigkeit des Geschehens endet er keineswegs in totaler Resignation. Die wehrlos dahinsterbende, in ihr schwarzes Schicksal ergebene Mutter wird keineswegs als Leitbild dargestellt, sondern eher als Warnbild: So elendig werdet auch ihr verrecken, wenn ihr euch nicht zur Wehr setzt.

Die Gegenkräfte, die in der Lage wären, die Sklaverei des Apartheidalltags zu sprengen, sind vorhanden. Sie liegen in der Fähigkeit jedes einzelnen, sich seiner verzweifelten Lage bewußt zu werden und sich mit dem Mut der Verzweiflung mit all jenen zu verbinden, deren

11tag der Apartheid

Lage nicht minder ausweglos erscheint. Dieses Widerstandspotential sieht James Matthews vor allem in den Frauen Südafrikas. Die Frauen sind für ihn das am meisten unterdrückte, aber dennoch stärkere Geschlecht. Wo die Männer versagen oder resignieren, kämpfen sie weiter. Matthews macht deutlich: Hätte Mutter Maria nur einen Teil der Lebenskraft, die sie ihrer weißen Herrschaft geopfert hat, für sich selbst und ihresgleichen eingesetzt, sie wäre mit ihrer Klasse die Stärkste der Parteien. Es wird deutlich: Leute wie Maria und ihre Familie haben nichts zu verlieren als die Ketten des falschen Bewußtseins, das sie an die herrschenden Zustände bindet, aber sie haben einen Himmel zu gewinnen. Mit Maria stirbt zugleich auch der letzte Funken Glauben, daß durch Wohlverhalten und Gottergebenheit eine Besserung der Lage erreicht werden könnte. Es stirbt auch der Glaube, daß die Heilige, gleich ob christlich oder afrikanisch begründet, so etwas wie einen Schutzwall gegen das von außen kommende Apartheidsystem bilden könnte. Der Rassismus hat wie ein Krebsgeschwür auch die heiligste Grundlage der Familie ausgehöhlt.

Aus der Unausweichlichkeit solcher Erkenntnisse ergibt sich die Widerstandskraft eines solchen ermüthenden Berichts von der Innenseite der Apartheid. Der Tod der Mutter ist zwar sinnlos, aber nicht gänzlich umsonst. Er macht eines deutlich: Jetzt helfen keine Gebete mehr, kein Bitten um Nachsicht, jetzt hilft nur die Auflehnung.

Die Situation ist konkret, Kapstadt, Südafrika, Ende der 70er Jahre. Und trotzdem ist dieser Roman mehr als ein literarisches Zeugnis gegen das Apartheidregime, er ist zugleich ein Dokument des menschlichen Ringens um eine humanere Welt und ein literarisches Kunstwerk von bezwingender Einfachheit. Das Buch darf darum internationale Gültigkeit beanspruchen.

Die deutsche Übersetzung von Jürgen Wolter entspricht weitgehend dem umgangs- und alltagssprachlichen Ton des Originals; leider ist ihr jedoch nur selten gelungen, für die plebejischen und rebellischen Untertöne, wie sie für das „schwarze Englisch“ von James Matthews und seine Landsleute kennzeichnend sind, entsprechende deutsche Slang-Ausdrücke zu finden. So tritt mitunter in der deutschen Fassung Biederkeit an die Stelle von Schlichtheit, Wortarmut an die Stelle von bewußter Wortkargheit. Aber wer wollte bestreiten: Wenn es um die einfachen Leute geht, ist Deutsch allemal eine besonders schwere Sprache. P. Schütt



Ronald Reagan als Ronbo auf dem Marsch nach Nikaragua (aus New York Post)

Rambo II Revanche für Vietnam

„Jungs, ich bin froh, daß ich Rambo gesehen habe. Jetzt weiß ich, was ich tue, wenn dies das nächste Mal passiert.“ Das war US-Präsident Reagans Kommentar in einer seiner neuesten Mikrofonproben. Gemeint war der neue US-Kino-Kassenschlager, der selbst die „Rote Flut“ noch in den Schatten stellt und im Herbst d.J. auch in der Bundesrepublik anläuft.

„Rambo II – Der Auftrag“ heißt der Streifen hierzulande, in den USA „Rambo – First Blood, Part II“.

Rambo, dargestellt von Sylvester Stallone, kehrt als ehemaliger Vietnamsoldat noch einmal illegal in den Dschungel zurück, um blutige Rache zu üben und dort noch gefangengehaltene GIs zu befreien. Der Film beginnt also schon mit einer Lüge, hat doch 1976 selbst ein US-Kongreß-Ausschuß klargestellt, Hanoi halte keine amerikanischen Soldaten mehr fest. Dennoch findet Rambo in Käfigen gehaltene GIs vor, die er befreit.

Und was er sonst tut, das ist gründlich. Als ein nur mit Lendenschurz bekleidetes Muskelpaket metzelt er alles und jeden nieder, der ihm im Wege steht, ob mit Pfeil und Bogen, Messer, Maschinenpistole oder Sprengstoff. Schließlich trifft es ja nur Untermenschen – Gelbe und deren sowjetische Waffenbrüder.

Das Massaker wird dann auch mit patriotischer Begeisterung in den Kinos der USA beklatscht, setzt es doch das Weltbild derjenigen wieder ins Lot, die die Niederlage des US-Imperialismus noch im Indochinakrieg (1964-75) nicht verwunden haben. Vietnam – der Schandfleck der Nation – kann wenigstens in den Köpfen nachträglich zum Fest umgemodelt werden. Reagan erklärt das so: „Vietnam war keine

Niederlage. Die Soldaten sind lediglich zurückgezogen worden.“

Die Kinokassen klingeln. Der Film hat in kürzester Zeit 400 Mio Dollar eingespielt, nicht gerechnet die Rambo-T-Shirts und Rambo-Waffen, die ebenfalls Marktrenner sind. Und die politische Rechte jubelt, z.B. Verteidigungsminister Caspar Weinberger: „Was für ein Film! ... Der erste große Hit des Sommers!“

Es mutet als Zynismus an, wenn der „Ramboismus“ mit Vaterlandsliebe gleichgesetzt wird und daneben das wirklich leidgeprüfte vietnamesische Volk mit neu geschürtem Haß bedacht wird. Außerdem, was meint Reagan mit „Das nächste Mal“? Dabei ist kaum anzunehmen, daß er als Angriffsziel erneut Vietnam im Auge hat. Da ist ihm wohl schon eher Nikaragua im Sinn, ein aktuelles Ärgernis, auf dessen Invasion ein solcher Film einzustimmen vermag. Beifall aufbringen für Massenmorde in Vietnam heißt dann auch, den US-Interventionismus gegen Nikaragua befürworten.

Schon ist ein weiterer Streifen mit Sylvester Stallone in Arbeit. Zunächst schlägt er als „Rocky“ in einem Weltmeisterboxkampf einen sowjetischen Gegner zusammen, um anschließend erneut einen brutalen Auftrag auszuführen. Geht er dann vielleicht nach Nikaragua? Man könnte so erschreckt mutmaßen.

Sicher ist, daß es sich bei derartigen Filmen wie „Rambo“ und demnächst wohl auch „Rocky“ nicht um „einfache“ brutale Abenteuerfilme, sondern vielmehr um Machwerke imperialistischer Kriegshetze handelt.

Es bleibt zu hoffen, daß die bundesdeutschen Kinobesucher sich „Rambo“ nicht wie die US-Bürger applaudierend reinziehen, sondern zumindest hie und da Protest anmelden.

Petra Sittig

Unterrichtsmaterialien Dritte Welt — Fernleihbibliothek

- Die Themenbereiche „Unterentwicklung und Dritte Welt“ finden in den üblichen Schulbüchern keine angemessene Berücksichtigung.
- Der Arbeitskreis Dritte Welt Reutlingen verleiht deshalb gegen Versandkostenersatzung an interessierte Lehrer, Pfarrer, Jugendarbeiter über 500 **Unterrichtsmaterialien** zum Themenfeld **Dritte Welt**.
- Einige Themenbeispiele: • Kolonialismus • Welthandel • Multis • Rüstungsexport • Hunger • Entwicklungshilfe • Menschenrechte • Kinder in der Dritten Welt • Dritte-Welt-Tourismus
- Bei Bestellung bitte möglichst präzise thematischen oder Länderschwerpunkt sowie Fach und Klassenstufe angeben.
- Zur eigenen Orientierung empfehlen wir unser „**Pädagogik-Handbuch Dritte Welt**“, hg. von A.K. Tremel, DM 5,— + Porto (Bezug über uns). Ein Großteil der darin vorgestellten 400 Titel ist bei uns ausleihbar.
- **Bestelladresse: Arbeitskreis Dritte Welt, Entwicklungspädagogisches Informationszentrum, Lederstr. 34, 7410 Reutlingen, Telefon 071 21 / 1 73 76.**

Illusionen zu El Salvador?

Vielen Dank für Euren Hinweis auf die von uns verfaßte Broschüre zu El Salvador (siehe AIB 8-9/1985, S. 69; d. Red.). Eure Kritik insbesondere bezüglich der von uns vorgenommenen Einschätzung der Christdemokratie und auch der Gewerkschaftsbewegung trifft wohl zu. Die Broschüre reflektiert den Diskussionsstand um die Jahreswende, wo auch bei einer Reihe unserer salvadorianischen Gesprächspartner wohl Illusionen über die Möglichkeiten der Duartregierung vorhanden waren.

Was die FDR/FMLN angeht, bin ich mit Euren Anmerkungen nicht so einverstanden. Zum einen haben wir uns in der Broschüre wohlweislich zurückgehalten, die Politik der FDR/FMLN zu kommentieren, zum anderen zeichnen sich aktuell zwei Entwicklungslinien ab, die durchaus in einem deutlichen Gegensatz zueinander stehen. Das ist zum einen die Politik von MIPTES, MNR und MPSC, die teilweise mit Erfolg versuchen, wieder in den Städten Fuß zu fassen, und da ist zum anderen die erklärte Politik der FMLN-Gruppen, angesichts deutlich eingeschränkter militärischer Möglichkeiten auf dem Lande, den Krieg wieder stärker in die Städte zu tragen. Beide Konzeptionen schließen sich politisch tendenziell aus. Und man ist sich darüber ja auch schon öffentlich in die Haare geraten.

Bis jetzt ist mir auch kein FMLN-Dokument bekannt, in dem schlüssig dargelegt wird, wie einerseits die Massenbewegung in den Städten ausgebaut und wie dort gleichzeitig der Krieg verschärft werden soll.

Roger Peltzer, Münster

BUKO und Südliches Afrika

Das war ein fast sachlicher Bericht über den Ablauf des letzten BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; d. Red.) in Freiburg (AIB 7/1985, S. 37), doch Petra Sittig sollte sich etwas genauer erkundigen, falls der politische Hintergrund es erlaubt, bevor sie so etwas schreibt. Denn was ist denn merkwürdig an der Einladungspraxis des BUKO. Ihr solltet die Beschlüsse des BUKO kennen, wonach alle Befreiungs- und Oppositionsbewegungen im südlichen Afrika, die gegen das Apartheidregime Widerstand leisten, zu unterstützen sind (Beschluß 1982, siehe auch Schreiben des BUKO zur Konferenz Südliches Afrika im Oktober 1984).

Alleinvertretungsansprüche und Fixierung auf eine Organisation, egal ob explizit ausgesprochen oder „an die Spitze des Befreiungskampfes“ gestellt, lehnen wir ab. Von daher wurden alle Organisationen eingeladen. Nicht alle haben diese Möglichkeit genutzt, den Kontakt mit der Solidaritätsbewegung herzustellen bzw. zu vertiefen (ANC und BCM hatten zugesagt, sind aber nicht erschienen). Für andere war es z.T. die erste Gelegenheit, sich und ihre Arbeit darzustellen (anwesend waren Vertreter aus Süd-Sudan, Eritrea, Tigray, vom PAC, der SWAPO, aus Paraguay, Guatemala u.a.).

Und zum anderen: Wer entscheidet und definiert, welche Organisation existent ist bzw. andere Organisationen angeblich bekämpft. Daß es in Azania/Südafrika heftige Auseinandersetzungen zwischen den Oppositionsbewegungen gibt, ist unbestritten, sollte aber nicht zum Anlaß genommen werden, noch



mehr wertend dort einzugreifen, indem man nur eine bestimmte Richtung und Organisation unterstützt. Wer an der Spitze des Befreiungskampfes steht (wenn da überhaupt jemand steht), wird dort unten entschieden.

Und noch ein Beispiel der Unwissenheit von Petra Sittig: Die SWANU hat sich gespalten und von dem Flügel abgesetzt, der die interne Lösung unterstützt (Moses K) und seitdem gibt es wieder Gespräche und Zusammenarbeit zwischen SWANU und SWAPO.

Und so lange es keinen anderen BUKO-Beschluß gibt, wird sich die Einladungspraxis natürlich nicht ändern, was kaum mit der Zusammensetzung des Koordinierungsausschusses (KA) zu tun hat. Aber falls ihr meint, daß so etwas geändert werden sollte, meldet euch doch mal früher, bewerbt euch mal für den KA und, was noch wichtiger ist, führt einen entsprechenden Beschluß auf dem nächsten BUKO herbei.

Rainer für den Koordinierungsausschuß des BUKO, Hamburg/Münster

Anmerkung aus der Redaktion:

Daß die Einladungspraxis des KA gegenüber Vertretern der Befreiungsbewegungen merkwürdig ist, da sie von keinerlei politischen Kriterien ausgeht, wie der Befreiungskampf im Südlichen Afrika gestärkt werden kann, halten wir uneingeschränkt aufrecht. Weder werden hier Schwerpunkte gesetzt, wie es der BUKO auch sonst in seiner Arbeit tut, noch entspricht sie den aktuellen Erfordernissen der Entwicklung des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika.

In der Tat ist die Kompromiß-Resolution vom 6. BUKO aus dem Jahr 1982, in der es heißt, daß die „von der OAU und der UNO anerkannten Befreiungsbewegungen ANC, PAC und SWAPO und alle Kräfte, die Widerstand gegen das Apartheidregime“ leisten, unterstützt werden sollen, angesichts der aktuellen Volkerhebung zunehmend fragwürdiger geworden. Dabei wird unseres Erachtens seitens des KA der Passus zum Widerstand zu einseitig ausgelegt.

„Wer an der Spitze des Befreiungskampfes steht, wird dort entschieden“, heißt es im Leserbrief des KA. Zeigt nicht die Tatsache, daß der Widerstand entsprechend den Orientierungen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) handelt, daß Nelson Mandela und der ANC in Umfragen als die Führer des süd-afrikanischen Volkes anerkannt werden und sich die Repression vor allem gegen den ANC und Organisationen (Vereinigte Demokratische Front – UDF) richtet, die sein Programm unterstützen, daß „dort unten“ längst ent-

schieden wurde, wer an der Spitze steht? Sollte der den bewaffneten Widerstand alleine tragende ANC deshalb nicht mehr Solidarität verdienen als der Panafrikanische Kongreß (PAC), von dem seit Jahren kaum Lebenszeichen mehr vernommen wurden und dem mittlerweile auch die Unterstützung der Frontstaaten entzogen wurde? Oder soll etwa die Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins/Azania (BCM/A) gefördert werden, die als Organisation allenfalls in Westeuropa existiert und niemanden repräsentiert?

Im Falle Namibias schließlich hat die Einladung einer Fraktion der Südwestafrikanischen Nationalunion (SWANU), die sich erst seit kurzem von der Kollaboration mit den Besatzern losgesagt hat, noch weit negative Auswirkungen. Damit begab sich der KA in Widerspruch zur bisherigen Linie des BUKO, die zuvor nie in Zweifel gezogen worden war, nämlich daß die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) die alleinige Vertreterin des namibischen Volkes ist. Hier ist Vorsicht angebracht, zumal die USA und die Bundesregierung die internationale Position der SWAPO zu untergraben trachten.

Wenn der KA schon „Alleinvertretungsansprüche“ ablehnt, dann sollte er wenigstens den Willen der Völker Namibias und Südafrikas respektieren. Er sollte also nicht dadurch „wertend dort eingreifen“, daß er nicht repräsentative Organisationen aufwertet.

Petra Sittig/Nico Biver, Marburg

Brigade Ramona Parra

Im sehr interessanten Gespräch von Peter Schütt mit dem chilenischen Maler Pato Madeira (AIB 8-9/1985, S. 64ff.) ist auch von der ersten politischen Malbrigade in Chile zur Zeit des Wahlkampfes der Unidad Popular die Rede. Deren Name „Brigada Ramona Parra“ wird in einer Anmerkung der Redaktion als „chilenische Sängerin“ erklärt.

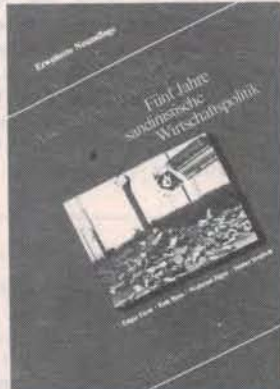
Ramona Parra hat nun allerdings nichts mit der berühmten Sängerfamilie der Parra zu tun. Ramona Flor Parra war vielmehr eine knapp 18jährige Arbeiterin, welche im Jahr 1946 anläßlich einer Massenkundgebung der Chilenischen Arbeiterkonföderation (CTCH, Vorläuferin der CUT) in Unterstützung der Forderungen eines Generalstreiks auf der Plaza Bulnes in Santiago von „Ordnungshütern“ ermordet worden ist. Die Polizei hatte – wie so oft vorher und auch später wieder – im Auftrag der bürgerlichen Regierung ohne effektiven Grund und ohne Vorwarnung in die demonstrierende Menge (ca. 20.000 Arbeiter) geschossen. Fazit: Acht Tote und über 100 zum Teil schwer verletzte.

Zur Erinnerung an diese junge Kommunistin, deren Andenken wie jenes so vieler anderer Märtyrer erst in der Zeit der Unidad Popular dem Vergessen der Geschichte entrissen wurde, wählte die Malbrigade diesen Namen. Auch die Monatszeitschrift des Kommunistischen Jugendverbandes (JJCC) trug den Titel „Ramona“.

René Lechleiter, Zürich

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Buchtips: Nicaragua



K.P. Wolf, *Tage, die wie Wunden brennen*, Roman, Weltkreis Verlag, Dortmund 1985, 240 S., 14,80 DM

Der Autor war Mitglied der Brigade Carlos Fonseca und hat in dem Buch seine Erlebnisse und Eindrücke in Nicaragua literarisch verarbeitet. Es handelt sich hierbei um den ersten Roman über die internationalen Brigaden in Nicaragua.

K.P. Wolf schildert die Geschichte von Robin, der, nachdem er arbeitslos geworden ist, all seine Sachen verkauft und nach Nicaragua aufbricht, um beim Aufbau zu helfen. Er ist sich dabei selbst nicht im Klaren, ob er als Flüchtling oder als Internationalist kommt.

E. Fürst/W. Jäger/S. Strubelt, *Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten. Fünf Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik*, Edition Nahua, Wuppertal 1985, 128 S., 12,80 DM

Bei diesem Buch handelt es sich um eine erweiterte Neuauflage einer bereits 1982 erschienenen Veröffentlichung. Es gibt einen Überblick über die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen nach der Revolution, die Prinzipien der sandinistischen Wirtschaftspolitik und die Probleme und Schwierigkeiten, die vor allem durch die Konterrevolution entstehen. Leider ist die Erweiterung recht kurz ausgefallen und berücksichtigt nicht die einschneidenden Maßnahmen, die im Rahmen der Kriegswirtschaft Anfang d.J. getroffen wurden.

„Contras“

Erneut wurde am 15. August d.J. eine bundesdeutsche Internationalistin in Nicaragua von der „Contra“-Organisation MISURA entführt. Daß die Lehrerin Ingeborg Konradi bereits nach 2 Tagen wieder freikam, hatte sie nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, daß die MISURA vor den negativen Auswirkungen eines Mordes in der Öffentlichkeit zurückschreckte.

Bereits am 14.6.1985 war die bundesdeutsche Biologin Regine Schmemmann von MISURA nach Honduras entführt und auf internationalen Druck hin nach 3 Wochen wieder freigelassen worden. Ihre beiden nikaraguanischen Begleiter, Jorge Canales und Fausto Cristy, werden jedoch noch immer von den „Contras“ in Honduras festgehalten.

R. Schmemmann hat daher zu einer Briefaktion an den honduranischen Präsidenten aufgerufen, um deren Freilassung zu erreichen. Briefentwürfe sind beim Informationsbüro Nicaragua, Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal 1 erhältlich.

Ausländerpolitik

In ihren Versuchen, das Asylrecht abzubauen, sehen sich die ausländerfeindlichen Kräfte in der CDU/CSU wachsendem Widerstand gegenüber. So traf die von den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg wie von Berlin angeregte Bundesratsinitiative, die von den CDU/CSU-geführten Bundesländern im Juni d.J. in den Bundestag eingebracht wurde, Ende August d.J. auf entschiedene Ablehnung seitens der evangelischen und katholischen Kirche.

Der Änderungsantrag sieht u.a. vor, Asyl zu verweigern, wenn der Bewerber nach Verlassen des Heimatlandes und vor Einreise in die BRD über 3 Monate in einem anderen Staat lebte, die Asylberechtigung alle 2 Jahre erneut zu überprüfen und eine Arbeitserlaubnis bis zur unwiderruflichen Anerkennung des Asylbewerbers auszusetzen.

Gegen diese Verschärfung des Asylrechts sprachen sich amnesty international, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und terre des hommes (tdh) aus. Tdh forderte zudem, ein Auslieferungsverbot für Asylbewerber und Asylberechtigte gesetzlich festzulegen.

Dessen ungeachtet werden von Teilen der CDU/CSU auf allen Ebenen Methoden und Rechtfertigungsmodelle entwickelt, um für die geplante, menschenverachtende Asylrechtsänderung zu werben und sie durchsetzbar zu machen. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Miltner z.B. ficht ungeeignet für eine Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, der das Recht des politischen Verfolgt auf Asyl verfassungsrechtlich verbietet.

Rüstungsexport nach Südafrika

Am 4. und 5. Oktober d.J. finden bundesweite Aktionen gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika statt.

In einem Aufruf (voller Wortlaut siehe in: AIB 8-9/1985, S.14), der von der Anti-Apartheid-Bewegung, dem BUKO, dem ASK, christlichen Gruppen, politischen Jugendorganisationen und Solidaritätsgruppen unterzeichnet ist, wird zu dezentralen Aktionen aufgerufen, „um die Öffentlichkeit zu informieren ... und Politiker zum Handeln zu zwingen“. Als Rüstungslieferanten werden Daimler-Benz, Magirus-Deutz, Siemens, Rheinmetall, BMW, SEL, MTU u.a. genannt.

El Salvador – Fotoausstellung

Eine Ausstellung zum salvadorianischen Befreiungskampf hat die Nachrichtenagentur NOTISAL zusammengestellt. Sie besteht aus 74 Schwarz-Weiß-Fotos nebst deutschsprachigen Begleittexten und Zeugenaussagen. Sie enthält Bilder vornehmlich aus dem Leben der FMLN-Guerilla und der von ihr kontrollierten Gebiete.

Interessenten können sich wenden an den NOTISAL-Korrespondenten in der BRD: R. Ribera, Wolfstr. 45, 5300 Bonn; Tel. 0228 – 635452



ASK – Südafrikasolidarität

Vor dem Hintergrund des Rassistenterrors in Südafrika nehmen auch in der Bundesrepublik die Solidaritätsaktionen zu. In Hamburg und Frankfurt fanden im August d.J. lokale Demonstrationen mit jeweils über 3.000 Teilnehmern statt. Eine bundesweite Demonstration war für den 21.9.1985 in Bonn angesetzt.

Anfang August d.J. hat der Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier von der Bundesregierung die Aufkündigung des Kulturabkommens mit Südafrika verlangt. Dies ist auch eine der Forderungen, die das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) mit einer Postkartenaktion an Bundeskanzler Kohl (Adenauerallee 139-141a, 5300 Bonn 1) erhebt. Das ASK fordert zudem die Einstellung jeglicher Waffenlieferungen und eine Beendigung der finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung für das Apartheidregime.

Die ASK-Postkarten können für 0,10 DM beim Solidaritätsshop Dritte Welt (Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90) bestellt werden. Man kann aber auch den bestehenden Text auf eine Postkarte kleben und an Bundeskanzler Kohl schicken.

Angehts des Ausnahmezustandes in Südafrika, der Massenverhaftungen und der Polizei-Morde an zahllosen Menschen, die für ihre elementarsten Menschenrechte kämpfen, fordere ich,

- sofort jegliche Lieferung von Waffen und Militärausrüstungen nach Südafrika zu unterbinden;
- sofort Sanktionen gegen das Apartheid-Regime zu ergreifen, insbesondere als erste Schritte das Kulturabkommen zu kündigen sowie jegliche finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung des Regimes (wie z.B. durch Hermescredite) zu beenden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Haiti

Am 22.7.1985 fand in Haiti, das seit 1957 von der Familiendiktatur der Duvaliers beherrscht wird, eine Volksabstimmung über eine Reihe von Verfassungsänderungen statt. Neben der grundsätzlichen Zustimmung zum Regierungskurs stand die Fortführung der Präsidentschaft auf Lebenszeit ohne zwischenzeitliche Wahlen von Jean-Claude Duvalier sowie das Recht des Präsidenten auf Ernennung eines Nachfolgers und die Bildung des Amtes eines Ministerpräsidenten zur Abstimmung.

Die unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit vorgesehene „demokratische Öffnung“ sieht zwar die Zulassung politischer Parteien vor, allerdings nur, wenn sie Duvaliers Präsidentschaft auf Lebenszeit anerkennen. Außerdem benötigen sie zu ihrer Gründung 18.000 Unterschriften, die dem Innenminister und dem Chef der Polizei vorgelegt werden. Die Opposition rief zum Boykott des Referendums auf. Da die Stimmabgabe nicht geheim war und das Regime seine Anhänger gleich mehrmals abstimmen ließ, konnte es schließlich 99,98% Zustimmung vorweisen. Der US-Botschafter Clayton McManamy lobte das Referendum als „Schritt nach vorn“.

Guadeloupe

Ende Juli d.J. kam es im französischen „Überseedepartement“ Guadeloupe (Karibik) zu tagelangen Protesten und Streiks. Die Demonstranten forderten die Freilassung von George Faisans, einem Mitglied der Volksbewegung für ein unabhängiges Guadeloupe (MPGI). Er hatte einen rassistischen Lehrer, der schwarze Schüler beschimpfte und schlug, symbolisch mit zwei Schlägen mit der flachen Seite einer Machete bestraft. Daraufhin wurde er zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 3.6.1985 trat Faisans im Gefängnis von Fresnes, unweit von Paris, in einen Hungerstreik, um seine Freilassung durchzusetzen.

Die MPGI, die Volksunion für die Befreiung Guadeloupes (UPLG) und andere Organisationen, die für ein unabhängiges Guadeloupe kämpfen, organisierten daraufhin Protestaktionen. Diese mündeten am 25.7.1985 in einen Generalstreik, der das Land lahmlegte. Demonstranten bauten Barrikaden und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Um ein weiteres Umsichgreifen der Unruhen zu verhindern, wurde Faisans schließlich am 30.7.1985 freigelassen.

Freudenkundgebung in Guadeloupe nach der Freilassung Georges Faisans



Mittelamerika

Nach ihrem Treffen am 21./22.7.1985 in Panama haben die Außenminister der Contadora-Staaten (Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama) die mittelamerikanischen Staaten aufgefordert, den im Herbst 1984 vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages zu unterzeichnen. Sie legten zudem ein Papier über Sicherheitsfragen vor, das Nicaragua, El Salvador, Kostarika, Honduras und Guatemala unterbreitet wurde. In einer Rundreise versuchen die Außenminister die offenstehenden Fragen zu klären.

Sie forderten die USA auf, die von ihnen einseitig unterbrochenen Gespräche mit Nicaragua wieder aufzunehmen. Nicaragua und Kostarika wurden angehalten über Grenzzwischenfälle zu verhandeln.

Am 31.5.1985 waren kostarikanische Sicherheitskräfte von nikaraguanischem Territorium aus beschossen worden. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hatte es jedoch abgelehnt, Nicaragua für den Zwischenfall zu verurteilen. Managua machte die „Contras“ für den Überfall verantwortlich und schlug die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der gemeinsamen Grenze vor. Kostarika forderte jedoch als Vorbedingung, daß Nicaragua sich für den Vorfall zu entschuldigen habe.

Unterstützung hat die Contadora-Initiative auf einem gemeinsamen Treffen mit den Außenministern Brasiliens, Argentinien, Uruguays und Perus vom 23.-24.8.1985 im kolumbianischen Cartagena erhalten. Gemeinsam forderten die acht Staaten die USA auf, keine Invasion gegen Nicaragua zu versuchen und eine Verhandlungslösung in El Salvador zu unterstützen.

Mexiko

Bei den Parlamentswahlen vom 7.7.1985 in Mexiko erlangte die regierende Institutionelle Revolutionäre Partei (PRI) wie erwartet die absolute Mehrheit mit 64,8% der Stimmen und 292 von 400 Sitzen. Sie verlor damit 1,5% gegenüber den Wahlen von 1982.

Die rechtskonservative Partei der Nationalen Aktion (PAN) gewann 16,7% (1982: 18%) und konnte ihre Position vor allem im Norden des Landes ausbauen. Ihre Kandidatur wurde vom Unternehmerverband der Mexikanischen Republik (Coparmex) unterstützt. Ihr Wahlprogramm umfaßte unter anderem die Rück-

gängigmachung der Agrarreform und die Verhinderung staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft. Daß sie nicht, wie alleseits erwartet, größere Stimmengewinne erzielen konnte, lag u.a. an massiven Wahlfälschungen.

Die bedeutendste Linkspartei, die Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos (PSUM), erhielt 3,6% der Stimmen, die beiden anderen, die Mexikanische Arbeiterpartei (PMT) und die Revolutionäre Arbeiterpartei (PRT) jeweils 1,7%.

Chile

Am 26. August d.J. haben sich unter Vermittlung der katholischen Kirche 11 Parteien der Rechten, der Mitte und der Linken Mitte auf eine „Nationale Übereinkunft zum Übergang zur vollständigen Demokratie“ geeinigt. Die Parteien, darunter die Christdemokraten, fordern Wahlen zur Präsidentschaft und zu einer Verfassungsgebenden Versammlung sowie die Aufhebung aller Ausnahmerechte und die Wiedereinführung aller bürgerlichen Freiheiten.

Die in der Demokratischen Volksbewegung zusammengeschlossenen Linksparteien waren von den Verhandlungen ausgeschlossen worden, weil sie sich nicht auf eine rein gewaltlose Strategie zum Sturz Pinochets festlegen lassen wollen.

Zum Protesttag gegen die Diktatur, der am 4.9.1985 vom Nationalen Arbeiterkommando (CNT) organisiert worden war, hatten die Unterzeichnerparteien aufgerufen, Unterschriften unter ihren Aufruf zu sammeln und die Häuser nicht zu verlassen.

Nichtsdestotrotz kam es zu großen Protestaktionen bei denen 6 Menschen ermordet und über 500 verhaftet wurden. Die Schulen wurden großteils boykottiert, der Verkehr kam zum Erliegen und die Geschäfte blieben geschlossen.

Das Pinochet-Regime befand sich bereits vorher in einer schwierigen Phase, nachdem es eingestehen mußte, daß der Geheimdienst der „Carabineros“ für den Mord an drei Kommunisten im März d.J. (siehe AIB 5/1985, S. 12ff.) verantwortlich war.

14 „Carabineros“ wurden angeklagt und der Chef ihres Geheimdienstes und Mitglied der Junta, Cesar Mendoza, mußte zurücktreten.

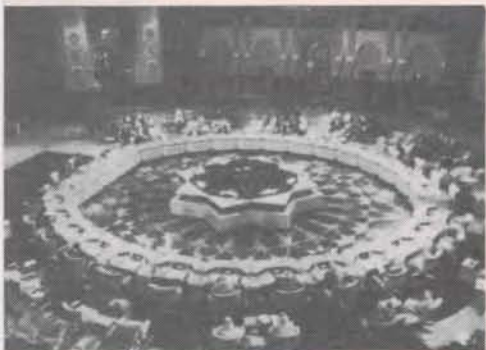
Naher Osten

Die außerordentliche arabische Gipfelkonferenz, die vom 7.-9. August d.J. in Casablanca stattfand, endete ohne ausdrückliche Billigung für die laufende Nahost-Verhandlungsinitiative Jordaniens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). König Hussein und der PLO-Vorsitzende Arafat versuchten in Casablanca vergeblich, volle Rückendeckung für ihr Amman-Abkommen vom 11. Februar 1985, mit dem sie ein jordanisch-palästinensisches Konföderationsprojekt und Direktverhandlungen mit Israel unter einem internationalen Schirm anpeilten (siehe AIB 7/1985, S. 9ff.), zu erlangen. Der Gipfel bekräftigte vielmehr seinen Fes-Plan von 1983, in dem u.a. von einem eigenständigen Palästinenserstaat die Rede ist.

König Hussein drang auch mit dem Vorstoß nicht durch, die Arabische Liga auf Mehrheitsbeschlüsse umzupolen. Demgegenüber blieb in Casablanca eine von Saudi Arabien angeführte Mehrheit darauf bedacht, den aus Protest gegen die „jordanische Option“ ferngebliebenen radikalen Flügel (Syrien, Südjemen, Algerien,

Libyen, Libanon) nicht vor den Kopf zu stoßen. Nicht befaßt wurde deshalb auch Ägyptens Rückkehr in die Liga. Andererseits enthielt sich der Gipfel einer Verurteilung des Amman-Kurses und der Unterstützung des Befreiungskampfes im Südlibanon.

Nichts erreichte auch der US-Nahostsonderbeauftragte Richard Murphy bei einer erneuten Rundreise Mitte August d.J., die ihn nach Amman, Kairo und Jerusalem führte. Keine Einigung erzielte man über die für eine jordanisch-palästinensische Delegation vorgeschlagenen Palästinenser (Israel akzeptierte nur 2 von 7 aufgelisteten Kandidaten), die in bilaterale Vorgespräche mit der Regierung Reagan eintreten soll. Ferner widerstrebt Washington und Tel Aviv der von Hussein/Arafat geforderte anschließende Verhandlungsrahmen einer internationalen Konferenz, für den sie allenfalls die Einbeziehung Ägyptens wünschen.



Arabischer Gipfel in Casablanca

Kampuchea

Auf der 11. Konferenz der Außenminister Laos', Kampucheas und Vietnams, die Mitte August d.J. in Phnom Penh stattfand, unternahmen die Vertreter der drei indochinesischen Staaten erneut einen wichtigen Vorstoß zu einer politischen Lösung in der Kampucheafrage. So wird u.a. laut dem am 16. August d.J. veröffentlichten Kommuniqué Vietnam bis 1990 alle seine Truppenkontingente aus Kampuchea zurückziehen.

Zudem erklärte der kampucheanische Außenminister Hun Sen die Bereitschaft seiner Regierung, mit verschiedenen kampucheanischen Oppositionsgruppierungen und einzelnen Personen zu verhandeln. Gegenstand der Verhandlungen soll eine nationale Aussöhnung und die Abhaltung allgemeiner Wahlen nach dem vietnamesischen Truppenabzug sein. Bedingung sei jedoch der Konsens über die Ausschaltung der „Roten Khmer“ Pol Pots, worauf sich die Gespräche stützen müßten. Ausdrücklich an die Adresse der Führer der anderen beiden Rebellengruppen, Norodom Sihanouk und Son Sann, richtete Hun Sen das Angebot, jederzeit und an jedem gewünschten Ort mit ihnen Gespräche zu führen.

Im Juli d.J. hatte die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) indirekte Verhandlungen unter Einschluß der Regierung in Phnom Penh vorgeschlagen. Sie forderten jedoch die Beteiligung aller Oppositionsgruppen.

Die „Roten Khmer“, die Gefahr laufen in die Isolation zu geraten, bemühen sich indes um ihr Image zu verbessern. Am 2.9.1985 erklärten sie, daß Pol Pot als Oberbefehlshaber abgesetzt worden wäre.

Iran

Der bisherige iranische Präsident Ali Khamenci gewann die Präsidentschaftswahlen vom 16. August d.J. mit 85,6% der abgegebenen Stimmen. Auf Mahmud Kaschani, der im Wahlkampf für Pressefreiheit, mehr Rechtssicherheit und Ablösung der gesamten Regierung plädierte, entfielen 9,8%, auf Habibullah Askar-Oladi, einem Vertreter der Bazarhändler innerhalb der regierenden Islamisch-Republikanischen Partei (IRP), 2,0% der Stimmen (2,5% ungültige Stimmen). Alle zur Wahl zugelassenen Kandidaten gehören der IRP an.

Im Vorfeld der Wahlen waren der frühere Ministerpräsident Mehdi Bazargan – der Chef der einzigen tolerierten Oppositionspartei, der liberalen Freiheitsbewegung Irans – und 46 weitere Kandidaten nicht zur Wahl zugelassen worden. Die illegale Linksoption (Volksmodjahedin, Tudeh-Partei, Volksfedayin (Mehrheit)) hatte zum Wahlboykott aufgerufen.

Obwohl Khomeini selbst zur Beteiligung aufgerufen hatte und die Stimmabgabe in der Geburtsurkunde eingetragen wird, beteiligten sich nur 14 von 24 Mio Wahlberechtigten – 20% weniger als 1981 – am Urnengang.

Sri Lanka

Die seit Anfang Juli d.J. in der Hauptstadt Bhutans, Thimphu, stattfindenden Gespräche zwischen Vertretern der Regierung Sri Lankas und fünf politischen und Guerillagruppen der Minderheit der Tamilen (siehe AIB 8-9/1985, S. 49ff.) wurden am 17.8.1985 ergebnislos abgebrochen.

Die Regierung hatte den Tamilen, die ihre Forderung nach der sofortigen Errichtung eines Separatstaates Tamil Eelam zurückgestellt hatten, lediglich die Einrichtung einer Vielzahl von Bezirksräten mit geringer Kompetenz angeboten und verlangt, daß sie die Waffen niederlegen sollten. Die Guerillaorganisationen forderten, daß zunächst die tamilische Nationalität, ihre territoriale Integrität und ihr Selbstbestimmungsrecht anerkannt werden müßten.

Sie brachen die Verhandlungen ab, nachdem ein neues Massaker der Armeec an 200 Tamilen bekannt wurde und erklärten den am 18.6.1985 geschlossenen Waffenstillstand für beendet. Daraufhin kam es zu mehreren Guerillaaktionen und zu neuen Massakern durch die Armee.

Indien, das als Vermittler auftritt, übte sowohl auf die Regierung von Sri Lanka als auch auf die Guerilleros (durch Ausweisung von zweien ihrer Führer) Druck aus, um sie zu Zugeständnissen zu zwingen.

Die Regierung erklärte sich inzwischen bereit, Provinzräte – wahrscheinlich je einen für das nord- und osttamilische Gebiet – mit größeren Kompetenzen zu schaffen. Allerdings müsse die dortige Bevölkerung diesen Räten zustimmen.

Indien

Am 20. August d.J. wurde der Führer der Sikh-Partei Akali Dal, Harchand Singh Longowal, durch radikale Sikhs ermordet. Am 24.7.1985 hatte er mit dem indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi ein Abkommen unterzeichnet, das dem Bundesstaat Punjab nach mehr als vierjährigen Unruhen und separatisti-



Der indische Staatschef Gandhi (I.) mit dem jetzt ermordeten Sikh-Führer Longowal

Bestrebungen wieder Frieden bringen sollte (siehe AIB 7-8/1984, S.70). Andere Sikh-Führer hatten das Abkommen als „Verrat“ bezeichnet.

Neben Entschädigungen für unschuldige Opfer der Unruhen seit dem 1.8.1982 regelt das Abkommen territoriale Ansprüche und die Nutzung des Wassers zwischen den Bundesstaaten Punjab, Haryana und Rajestan sowie die Förderung der Sprache Pundjabi.

Nach der Ermordung Longowals sind die Friedensbemühungen jedoch in Frage gestellt. Der radikale Flügel der Akali Dal hat zum Boykott der ebenfalls vereinbarten Landesparlamentwahlen vom 25.9.1985 aufgerufen. Ihr Ausgang wird zeigen, ob das Abkommen Bestand haben kann.

Auch im ostindischen Bundesstaat Assam ist der durch die Masseneinwanderung von Bengalen aus Bangladesh entstandene Konflikt beigelegt worden. Nach einem Abkommen vom 15.8.1985 wird Bengalen, die nach 1966 eingewandert sind, das Wahlrecht 10 Jahre lang entzogen. Die nach 1971 zugezogenen Bengalen werden in andere Landesteile umgesiedelt. Das 1983 gewählte Landesparlament wurde aufgelöst und soll im November d.J. neu gewählt werden.

Nigeria

Am 27. August d.J. wurde der seit 2 Jahren regierende Staatschef Nigerias, Mohammed Buhari, durch einen unblutigen Staatsstreich gestürzt. Neuer Staatspräsident wurde der Generalstabschef der Landstreitkräfte, General Ibrahim Babangida. Die neuen Machthaber warfen Buhari Mißwirtschaft vor, und versprachen das Land vor der wirtschaftlichen Katastrophe zu retten.

Die wirtschaftliche Lage hatte sich vor allem aufgrund der sinkenden Einnahmen aus dem Erdöllexport (von 25 Mrd Dollar 1980 auf 11 Mrd in diesem Jahr) verschlechtert. Die Auslandsschuld stieg auf 20 Mrd Dollar und der Schuldendienst erreicht inzwischen 44% der Exporteinnahmen. Die Folgen waren eine hohe Arbeitslosigkeit und eine Inflationsrate, die 40% (100% bei Lebensmitteln) überschritt.

Die neue Regierung zeigt eine größere Bereitschaft, die Bedingungen für einen 2,5-Mrd-Dollar-Kredit des Internationalen Währungsfonds zu erfüllen und damit auch ein Umschuldungsabkommen mit den Hauptgläubigerländern zu erzielen.

Die Abwertung der Landeswährung, die Kürzung der Staatsausgaben und Subventionen sowie die Öffnung der Grenzen für ausländische Waren und Kapital werden die soziale Lage der Bevölkerung jedoch noch eher weiter verschlechtern.

D 7426 E
Postvertriebsstück
 Zeitungsgebühr bezahlt
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

RÖDERBERG
 kritisch · engagiert · antifaschistisch

Verlag · Postfach 101848 · 6000 Frankfurt/Main · telex nr. 414721 · Tel. 069/751046



Verfolgung
 Vertreibung
 Vernichtung

Politik

- RT100 Gramsci 4,-
- RT64 Marx, Elend 3,50
- RT118 Verfolgung 5,-
- RT74 Che 4,-
- RT35 Klemperer 5,-

Philosophie

R
TASCHEN
BÜCHER

Voltaire

Abbé Beichtkind
 Cartesianer
 Philosophisches
 Wörterbuch

Röderberg

- RT140 Roux, Freiheit 5,-
- RT57 Voltaire
Korrespondenz 4,-
- RT134 Voltaire, Philosophisches Wörterbuch 5,-
- RT105 Konfuzius 4,-
- RT126 Comenius 6,-

Geschichte

*Christoph
 Columbus
 Schiffstagebuch*



- RT28 Bauernkrieg 5,-
- RT76 Antike Heilkunst 3,50
- RT86 Columbus 3,50
- RT130 Alexander d. Große 4,-
- RT83 Brant, Narrenschiff 5,-

Exil

EXIL
 in
 der
 UdSSR

Röderberg

- RT88 UdSSR 6,50
- RT89 Schweiz 8,-
- RT90 USA 6,50
- RT91 Lateinamerika 6,50
- RT92 CSR 6,50
- RT97 Niederlande und
Spanien 8,-
- RT98 Frankreich 10,-

Biographien

RÖDERBERG



BIOGRAFIEN

- RT15 Seghers 4,50
- RT32 Brecht 4,-
- RT37 Hesse 8,-
- RT71 Heinrich Mann 5,50
- RT120 Feuchtwanger 8,-



COUPON
 Ich bestelle: Buchpaket Politik (DM 21,50) Buchpaket Philosophie (DM 24,-) Buchpaket Exil (DM 52,-)
 Buchpaket Geschichte (DM 21,-) Buchpaket Biographien (DM 30,-)
 Lieferung erst nach vorheriger Zahlung inkl. 3,50 DM Versandkostenanteil auf das Kto. PGiroA Frankfurt
 181900-609, BLZ 500 100 60, Röderberg-Volksversand.

Namé.....Straße.....

Wohnort.....Datum, Unterschrift.....

Einsenden an: Volksversand, Postfach 101484, 6000 Frankfurt/Main